

Preußische Allgemeine

Nr. 29 · 19. Juli 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €

Der 20. Juli und wir

Seit Jahrzehnten würdigt das demokratische Deutschland den soldatischen Widerstand gegen die NS-Diktatur – und verdrängt zugleich dessen geistige Fundamente Seite 3



Interview Die Ukraine zwischen Friedensinitiativen und Eskalation Seite 2



Zeitgeist Eine Bilanz der Fußballeuropameisterschaft in Deutschland Seite 8

FOTOS: ACTION PRESS / ULLSTEIN [M], IMAGO

VON RENÉ NEHRING

Was für ein Bild! Als in den frühen Stunden des vergangenen Sonntags die Nachricht vom Attentat auf Donald Trump durch die Medien lief, sorgte vor allem ein Foto für Furore: der angeschossene ehemalige Präsident und abermalige Präsidentschaftsbewerber der Republikaner am Ohr blutend, von Agenten des Secret Service umringt, aus deren Deckung er sich noch einmal herausreißt, um wildentschlossen die Faust gen Himmel zu recken. Dass an ebenjenem leuchtend blauen Himmel auch noch die Flagge der Vereinigten Staaten wehte, ließ die Kommentatoren – egal, wie sie politisch zu Trump stehen – schnell von einem „ikonischen“ Bild sprechen.

Bilder schreiben Geschichte: Das Foto von dem Sowjetsoldaten etwa, der 1945 über dem Reichstag die Rote Fahne wehte, oder auch die ungefähr zur gleichen Zeit entstandene Aufnahme von einer verstörten Berlinerinnen, nach der zwei lachende Rotarmisten greifen, erzählen mehr vom Ende des Zweiten Weltkriegs als etliche Artikel und Bücher. Ähnlich verhält es sich mit anderen ikonischen Bildern wie dem Foto von dem „Napalm-Mädchen“ Phan Thi Kim Phuc, deren Haut 1972 bei einem US-amerikanischen Angriff verbrannte, oder wie den wie gemalt wirkenden Fotografien von den Terrorattacken auf das New Yorker World Trade Center am 11. September 2001. Auch sie erzählen mehr als andernorts tausend Worte.

Ein Bild entscheidet die Wahl

Die Macht der Bilder gilt um so mehr im Zeitalter der sozialen Medien. Wo Fotos, Memes und Videoclips in Sekunden weltweit millionenfach verbreitet werden und zugleich die Aufnahmefähigkeit für komplexe Inhalte geringer wird, erzeugen sie Grundstimmungen, gegen die mit rationalen Argumenten kaum noch anzukommen ist. Gegenüber dem NDR kommentierte

Das Attentat auf Trump wird zum „Todesschuss für Biden“

Nach dem vergangenen Sonntag scheint die US-Präsidentenwahl entschieden. Um so schlimmer, dass die deutsche Politik darauf nicht vorbereitet ist

denn auch der sich auf die Wirkung von Bildern historischer Ereignisse spezialisierte Historiker Gerhard Paul: „Ich würde sagen, dieses Bild ist der Todesschuss für Joe Biden. Da kommt er nicht mehr mit. Trump hat sich hier unbewusst als Held der amerikanischen Geschichte inszeniert, als einer, der in schwersten Zeiten seinen Mann steht. Da kommt kein anderes Bild und da kommt keine andere Person mehr ran.“ Unzählige andere Kommentatoren sehen es ähnlich.

Die Wirkung der Bilder vom Trump-Attentat wirken um so stärker, als auf der anderen Seite ein nicht nur körperlich, sondern auch geistig zunehmend schwächelnder US-Präsident Biden steht, der gerade in jüngster Zeit mit etlichen Aussetzern zeigte, dass er dem Amt nicht mehr gewachsen ist. Weshalb denn auch just in den Tagen vor den Schüssen auf Trump immer mehr Anhänger von Bidens Demokratischer Partei den Präsidenten aufgefordert hatten, seine Ambitionen auf eine weitere Amtszeit aufzugeben und einem jüngeren Bewerber Platz zu machen.

Immerhin dieses Problem dürfte Biden nach den Ereignissen vom Sonntag los sein. Angesichts der weltweit einhelligen Meinung der Kommentatoren, dass mit dem Erscheinen des ikonischen Attentatsbildes die Wahl bereits entschieden ist, dürfte sich nun in den Reihen der Demokraten kaum noch ein Bewerber finden, der dem Präsidenten die Kandidatur

streitig macht, um anschließend gegen Trump eine Niederlage einzufahren. So wird nun Biden, falls nicht doch noch etwas unvorhersehbares geschehen sollte, in aller Ruhe die Wahl verlieren dürfen. Und jene Unterstützer, die eben noch mit dem Entzug von Wahlkampfspenden gedroht hatten, falls er weitermachen sollte, können nun erst recht ihr Geld bis zur nächsten Wahl zurückhalten.

Unvorbereitet auf das Erwartbare

Es ist also an der Zeit, sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, dass der 45. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika – Donald J. Trump – auch der 47. Präsident seines Landes sein wird. Um so erschreckender, und bezeichnender, dass die deutsche Politik – wie so oft bei absehbaren Ereignissen und Entwicklungen – darauf nicht vorbereitet zu sein scheint. Wie sonst ist es zu erklären, dass sich führende Bundespolitiker sowohl in Berlin als auch in Brüssel seit Jahren am Trump-Bashing beteiligen und offensichtlich nicht einmal auf die Idee kommen zu fragen, wie die Lage aussehen sollte, falls der ihnen verhasste Trump eines Tages doch wieder Präsident des noch immer mächtigsten Landes der Welt sein sollte.

Wie sehr die deutsche Haltung von Wunschdenken geprägt ist, zeigten gerade erst wieder die Reaktionen auf die Friedensmission des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán nach Kiew, Moskau,

Peking und Washington. Während sich Außenministerin Baerbock „irritiert“ zeigte und EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen gar einen Ungarn-Boycott für ihre Kommissare verhängte, traf sich Orbán in den genannten Hauptstädten wie selbstverständlich nicht nur mit den dortigen Staats- und Regierungschefs, sondern in Washington auch mit Trump.

Man kann für das künftige Gewicht unseres Landes in der Welt nur hoffen, dass die deutsche Politik sich nun von ihren Obsessionen löst und nüchtern der Frage widmet, welche Folgen eine weitere Präsidentschaft Trumps haben könnte. Hilfreich könnte dabei eine unvoreingenommene Analyse seiner ersten Amtszeit sein, in der Trump – zum Beispiel – nicht nur keinen Krieg vom Zaun brach, sondern ausdrücklich auf kriegerische Einsätze verzichtete und entscheidend daran beteiligt war, dass einige muslimische Staaten Frieden mit Israel schlossen. Auch der US-Rückzug aus Afghanistan wurde durch Gespräche mit Vertretern der Taliban während jener Amtszeit eingeläutet.

Fakt ist: Donald Trump ist nicht der Teufel, für den er oft von seinen Kritikern dargestellt wird – so wie er auch nicht der Messias ist, für den ihn viele seiner Anhänger halten. Fakt ist auch, dass es Zeit ist, sich darauf einzustellen, dass Trump schon bald wieder die Geschicke der USA und damit auch der westlichen Welt maßgeblich bestimmen wird.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Wie Frankreich mit seiner Strompolitik Europas Energiemärkte dominiert Seite 4

Kultur

Die wichtigsten Orte des Bauernkriegs bereiten sich auf den 500. Jahrestag vor Seite 9

Das Ostpreußenblatt

30 Jahre Neidenburger Gesellschaft der Deutschen Minderheit Seite 13

Lebensstil

Vor 700 Jahren wurde das Spielzeugdorf Seiffen im Erzgebirge gegründet Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



4 191814 304401
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Interview

„Es kommt Bewegung in die politische Lage“

Über jüngste Friedensinitiativen für den Ukrainekrieg, mögliche Entwicklungen nach der US-Präsidentenwahl – und die Gefahr, dass sich ausgerechnet jetzt die NATO zu einem Hauptakteur des Krieges entwickelt

IM GESPRÄCH MIT
HARALD KUJAT

Nähert sich der Ukrainekrieg einem Ende? Zumindest deuten verschiedene Aktivitäten in der jüngsten Zeit darauf hin, dass Bewegung in die verfahrenere Lage kommen könnte. Andere Zeichen deuten hingegen darauf hin, dass auch eine weitere Eskalation im Bereich des Möglichen liegt. Zeit für eine Einordnung des Geschehens in einem Schlüsselmoment des Krieges.

Herr Kujat, während von den Fronten des Ukrainekriegs zuletzt wenig zu hören war, gab es auf politischer Ebene einige Schlagzeilen. So gab es die von zahlreichen Medien und Politikern kritisierte Reise des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán nach Kiew, Moskau und Peking. Und in Washington trafen sich die NATO-Staaten zu ihrem Gipfel. Fangen wir mit der NATO an: Was hat der Gipfel gebracht?

Schwerpunkt des Gipfels war erwartungsgemäß der Ukrainekrieg und die fortgesetzte finanzielle wie materielle Unterstützung der Ukraine. Die Koordination der Unterstützung, die bislang von den USA geleistet wurde, wird künftig von der NATO übernommen, wozu eine neue Dienststelle des Bündnisses in Wiesbaden eingerichtet werden soll. Es wird ein NATO-Fonds von 40 Milliarden Euro zunächst für das nächste Jahr gebildet, aus dem die Unterstützungsleistungen finanziert werden. Angekündigt wurde zudem die Lieferung weiterer Luftverteidigungssysteme und das baldige Eintreffen der ersten F-16-Kampfflugzeuge. Außerdem stand erneut das Verlangen der Ukraine, NATO-Mitglied zu werden, auf der Tagesordnung.

Besondere Aufmerksamkeit verdient der verschärfte Ton gegenüber China. Es hieß, China sei durch seine grenzenlose Partnerschaft mit Russland zu einem entscheidenden Faktor für den Krieg Russlands gegen die Ukraine geworden. Dadurch sei die Bedrohung, die Russland für seine Nachbarn und die euro-atlantische Sicherheit darstellt, erhöht worden. Mit der Aussage, der Indo-Pazifik sei für die NATO wichtig, weil die Entwicklungen in dieser Region direkte Auswirkungen auf die euro-atlantische Sicherheit hätten, geht die bislang regionale Nordatlantische Allianz weit über die bisherige Charakterisierung Chinas als „systemischen Gegner“ hinaus auf einen direkten Konfrontationskurs zu China.

Welche Konsequenzen hat die Errichtung der NATO-Dienststelle in Wiesbaden für den Ukrainekrieg?

Die Errichtung dieser NATO-Dienststelle ist ein großer Schritt hin zu einer stärkeren „Europäisierung“ des Ukrainekriegs. Denn mit der Übernahme zusätzlicher Verantwortung für die Ukraine ist auch die Verpflichtung verbunden, im Falle einer drohenden Niederlage des Landes die Hilfen zu erhöhen und die Niederlage abzuwenden.

Interessant ist, dass es in Wiesbaden bereits eine US-Dienststelle mit gleichem Auftrag gibt. Diese soll weiter bestehen bleiben, vermutlich deshalb, weil sie auch Aufgaben wahrnimmt, die von einer NATO-Dienststelle nicht geleistet werden können, etwa die Versorgung der Ukraine mit nachrichtendienstlichen und Aufklärungsinformationen sowie Zieldaten.

Wie schätzen Sie die Situation der NATO rund zweieinhalb Jahre nach Beginn des Ukrainekriegs ein?

Wenn man sich die Entwicklung seit Ausbruch des Krieges ansieht, muss man feststellen, dass sich die NATO immer mehr zu einem Hauptakteur des Geschehens entwickelt. Am Anfang waren es vor allem Russland und die USA, die ihren Konflikt auf dem Boden der Ukraine austrugen. Der Beitrag der Amerikaner geht nun schrittweise auf ihre europäischen Verbündeten über.

Das ist für uns eine komplexe und auch gefährliche Entwicklung. Denn durch die kritische Lage der Ukraine können Situationen entstehen, die eine bedrohliche Eskalation zwischen Russland und den Europäern auslösen.

Vor wenigen Tagen etwa hat die Ukraine mit amerikanischen ATACMS-Raketen Sewastopol angegriffen. Dabei kam es zu Verletzten und Toten. Hierauf hat Russland erstmalig erklärt, dass der Einsatz

von bis zu 500 Kilometern, die „Tomahawks“ hingegen von bis zu 2500 Kilometern. Sie gehören demnach zum Reichweitspektrum des von den USA gekündigten INF-Vertrages. Sie sollen zwar konventionell eingesetzt werden, aber es muss geklärt werden, ob diese Marschflugkörper auch mit nuklearen Gefechtsköpfen bestückt werden können. Eine ältere bodengestützte Variante mit einem nuklearen Gefechtskopf (BGM-109G Gryphon) wurde ab 1983 im Rahmen des NATO-Doppelbeschlusses in Deutschland und vier weiteren europäischen Staaten stationiert. Übrigens werden auch SM-Raketen und später noch in der Entwicklung befindliche Hyperschall-Marschflugkörper in Deutschland stationiert.

Russland hat den direkten Zusammenhang mit dem INF-Vertrag betont. Die amerikanische Entscheidung sei erwartet worden und Russland bereite bereits seit einiger Zeit „kompensierende Gegenmaßnahmen“ vor.

stimmt war, prasselte dafür heftige Kritik auf den Ungarn nieder. Wie bewerten Sie diese Initiative?

Orbáns Reise zeigt, dass Bewegung in die politische Lage des Ukrainekriegs kommt. Ich finde sowohl den Zeitpunkt als auch die Herangehensweise des Premierministers hervorragend. Während die NATO neue Waffenlieferungen an die Ukraine ankündigt, zeigt Orbán, dass es auch anders geht. Zudem folgt seine Reise praktisch unmittelbar auf Putins jüngste Vorschläge für eine Verhandlungslösung.

Richtig war es zudem, nicht nur mit der Ukraine und Russland, sondern auch mit China zu sprechen. Denn die Chinesen sind nicht nur eine relevante Großmacht, sondern sie haben auch den einzig realistischen Vorschlag für einen Waffenstillstand und anschließende Friedensverhandlungen unterbreitet. Wichtig ist zudem, dass Orbán nach der Gipfelkonferenz auch mit Trump gesprochen hat. Orbán schrieb danach: „Wir haben über Wege

griff nur mit US-amerikanischer Unterstützung möglich gewesen ist.

Generell sind gemeinsame Telefonate ein positives Zeichen. Sie zeigen nicht nur, dass beide Seiten im Gespräch sind, sondern auch, dass die beiden Großmächte nach wie vor bemüht sind, eine direkte Konfrontation zu vermeiden.

Wie eingangs gesagt, ist es in den Medien um das Kampfgeschehen zuletzt eher ruhig gewesen. Wie sieht es auf den Schlachtfeldern derzeit aus?

Die russischen Streitkräfte besitzen die Initiative und haben an mehreren Angriffsschwerpunkten ukrainisches Gebiet erobert. Sie beabsichtigen jedoch offenbar nicht, einen großen Durchbruch zu erzielen, sondern zeigen, dass sie in der Lage sind, an mehreren Stellen der Front vorzurücken und ihre Geländegewinne auszubauen.

Dabei arbeiten sie sich auf strategische Punkte wie beispielsweise Tschaschiv Jar vor. Von dort aus wären sie in der Lage, die ukrainischen Versorgungslinien zu bedrohen. Offenbar wollen sie die bisherigen Eroberungen der vier anektierten Regionen Donezk, Lugansk, Saporischschja und Cherson konsolidieren. Das stimmt mit den von Putin genannten Konditionen für eine Friedensregelung überein.

Rechnen Sie angesichts der hier skizzierten Gemengelage mit einem baldigen Ende des Krieges oder doch eher damit, dass sich das Kampfgeschehen noch eine Weile hinziehen wird?

Ich sehe im Grunde drei Möglichkeiten. Die erste ist, dass sich der Krieg noch eine Weile hinzieht, obwohl auf beiden Seiten eine Kriegsmüdigkeit feststellbar ist. Die zweite Möglichkeit ist, dass es doch zu einer militärischen Niederlage der Ukraine kommt, weil die westlichen Waffenlieferungen am Ende nicht ausreichen. Und die dritte Option ist, dass es schon bald zu Verhandlungen kommt und damit der Weg für eine Beendigung des Krieges frei wird.

Spannend wird es, wenn Donald Trump am 9. November zum nächsten US-Präsidenten gewählt werden sollte – was nach dem bisherigen Wahlkampf Joe Bidens und auch durch den Schub, den Trump durch das Attentat auf ihn am vergangenen Wochenende erfahren dürfte – zunehmend realistisch wird. Trump könnte unter anderem die Ukraine zwingen, die bisherige Ablehnung von Verhandlungen aufzugeben und die Haltung gegenüber einem Deal mit Putin zu ändern, indem er die weitere Unterstützung an die Bedingung knüpft, dass Selenskyj sich verhandlungsbereit zeigt. Dann könnte es tatsächlich zu einem schnellen Ende des Krieges kommen. Trump hatte nach seinem Gespräch mit Orbán verkündet: „Danke Viktor. Es muss Frieden geben, und zwar schnell.“

Das Allerschlimmste für uns Europäer wäre allerdings, wenn die Amerikaner aus ihrer bisherigen Unterstützerrolle aussteigen würden und wir so unvernünftig wären, auf eigene Faust die Ukraine weiter zu unterstützen. Dann würden wir den Ukrainekrieg endgültig zu unserem machen.

Das Gespräch führte René Nehring.

● **General a. D. Harald Kujat** war von 2000 bis 2002 Generalinspekteur der Bundeswehr und von 2002 bis 2005 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses.



Dienststelle Wiesbaden: Im Dezember 2023 besuchte Präsident Selenskyj das in der hessischen Landeshauptstadt stationierte Europa-Hauptquartier der US-Streitkräfte. Künftig soll von Wiesbaden aus auch die Ukrainehilfe der NATO koordiniert werden

nicht nur mit einem US-Waffensystem erfolgte, sondern ohne amerikanische Beteiligung für die Ukrainer gar nicht durchführbar gewesen sei. Damit sind die Vereinigten Staaten aus russischer Sicht nicht mehr nur Unterstützer einer gegnerischen Konfliktpartei, sondern selbst Konfliktpartei. In diese Situation kann Europa durch die Verlagerung der Verantwortung für die Ukraine künftig ebenfalls geraten.

Am Rande des NATO-Gipfels wurde auch eine bilaterale Erklärung zwischen den USA und Deutschland veröffentlicht, dass ab 2026 amerikanische Tomahawk-Marschflugkörper und später – derzeit noch in der Entwicklung befindliche – Überschallwaffen in Deutschland stationiert werden sollen. Das ist ein weiteres Beispiel für die voranschreitende Eskalation. Natürlich waren, worauf westliche Politiker hinwiesen, bisher schon russische Iskander-Raketen in der Nähe von Königsberg und somit in der Nähe von NATO-Staaten stationiert. Allerdings haben Raketen eine Reichweite

Wie steht es eigentlich um eine mögliche NATO-Mitgliedschaft der Ukraine?

In dieser Hinsicht sind beim NATO-Gipfel zwei Formulierungen gefallen: zum einen, dass der Weg zur NATO-Mitgliedschaft der Ukraine unumkehrbar sei. Zum anderen, dass die aktuellen Unterstützungsmaßnahmen eine Brücke bilden hin zu einer späteren NATO-Mitgliedschaft der Ukraine. Das ist tatsächlich eine neue Qualität und soll den bisherigen Weg „Trump-sicher“ machen, was allerdings naiv ist.

Zugleich wurde jedoch richtigerweise betont, die NATO werde dann in der Lage sein, eine Einladung auszusprechen, wenn alle Alliierten zustimmen. Da bekannt ist, dass einige NATO-Staaten – auch die USA – nicht bereit sind, die Ukraine zur Mitgliedschaft einzuladen, bleibt die Eröffnung des formalen Beitrittsprozesses weiter ungewiss.

Zu den politischen Ereignissen der letzten Tage gehörte auch die eingangs erwähnte Orbán-Reise. Obwohl die Mission vorab mit der NATO abge-

gesprochen, Frieden zu schließen. Die gute Nachricht des Tages: Er wird es lösen.“

Nicht zuletzt zeigt Orbáns Reise, dass die Europäer durchaus handlungsfähig sein könnten, wenn sie es denn wollten. Dass man sich in Brüssel durch die ungarische Initiative in der eigenen Untätigkeit ertappt fühlt, kann ich gut verstehen. Umso interessanter, dass Orbán in Europa auch Zustimmung erfahren hat, etwa vom slowakischen Ministerpräsidenten und zuvor schon vom tschechischen Präsidenten.

Wie steht es um die direkten Gespräche zwischen Russland und den USA? Ende Juni berichteten russische Medien von einem Telefonat zwischen dem US-Verteidigungsminister Lloyd Austin und seinem russischen Kollegen Andrej Bjeloussow.

Ob es einen regelmäßigen Austausch zwischen beiden Seiten gibt, weiß ich nicht. Das Telefonat im Juni war eine Folge des ukrainischen Angriffs auf Sewastopol und des russischen Vorwurfs, dass dieser An-

Der 20. Juli und das heutige Deutschland

Das Attentat auf Hitler im Sommer 1944 ist eines der wenigen Ereignisse, die die deutsche Gegenwart mit der Vergangenheit verbinden. Umso bedrückender, dass kaum noch etwas über die geistigen Fundamente des Widerstands bekannt ist

VON PETER STEINBACH

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg galten die Widerstandskämpfer gegen die NS-Diktatur – ebenso wie die Emigranten – in Deutschland wenig. Erst in den fünfziger Jahren setzte ein Wandel ein, vor allem im Rahmen der deutschen Wiederbewaffnung. Nun wurde der militärische Widerstand geradezu zur Legitimationsgrundlage der gerade aufgestellten Bundeswehr. „Offiziere gegen Hitler“ – das war nicht nur der Titel des ersten Buches zur Geschichte des Widerstands, geschrieben von Fabian von Schlabrendorff, sondern auch der Ausdruck einer grundlegenden Umwertung der Auflehnung gegen das Unrecht, wenngleich die damit gezeichneten Bilder nicht immer wirklichkeitsgetreu waren.

Nach dem von Schlabrendorff überlieferten und noch immer beeindruckenden Diktum von Henning von Tresckow wurde das Attentat vom 20. Juli 1944 – nach einer ganzen Reihe erfolgloser Versuche zuvor – von den Regimegegnern als Zeichen eines anderen Deutschlands verstanden, das vielleicht einmal allein wegen der Tat an sich, die den Zeitgenossen nicht selten als „Verrat“ galt, dem deutschen Volk helfen würde, den Weg in den Kreis der zivilisierten Nationen zurückzufinden. Tatsächlich machte nach 1945 das Wissen um individuelle Alternativen zur kollektiven Anpassung an die NS-Diktatur und zur Folgebereitschaft in den Krieg die jüngere Geschichte für viele Deutsche um einiges erträglicher.

Auch außenpolitisch, vor allem in der Phase der Integration der beiden deutschen Staaten in ihre jeweiligen Bündnisstrukturen, war die Möglichkeit, auf „das andere Deutschland“ verweisen zu können, hilfreich. Nicht nur die Bundesrepublik hatte um ihre Anerkennung zu kämpfen – auch die DDR musste sich immer wieder mit Vorbehalten ihrer mittel- und osteuropäischen Nachbarn, die offiziell Bruderstaaten waren, jedoch über ein intaktes historisches Gedächtnis verfügten, auseinandersetzen.

Weit mehr als ein Militärputsch

Prägend im Inneren – hier allerdings nur in der Bundesrepublik – wurde die Erfahrung des Widerstands auch für die Bestimmung der Beziehungen zwischen Staat, Gesellschaft und Individuum. Dies gilt in besonderer Weise für die Entwicklung eines Leitbildes, welches seit der Mitte der fünfziger Jahre eine neue militärische Tradition zu begründen hatte: das Konzept der „inneren Führung“, das die Funktion einer demokratisch legitimierten „bewaffneten Macht“ in einem freiheitlichen Verfassungsstaat reflektierte und zugleich das Grundproblem der Stellung des Soldaten in einer „Bürgergesellschaft“ zu lösen hatte.

In den auch in der Gegenwart immer wieder aufbrechenden geschichtspolitischen Kontroversen um den Widerstand geht es zumeist nicht mehr um dessen Anerkennung an sich, sondern vielmehr um eine Rangfolge der „Würdigkeit“ der Regimegegner, die aus verschiedenen politischen Lagern, Richtungen und Traditionen stammten. Dem historischen Geschehen gerecht werden diese vergleichenden, ja konkurrierenden Perspektiven nicht immer. Denn im Widerstand gegen den Nationalsozialismus kooperierten – vermutlich erstmals in dieser Form überhaupt – verschiedenste politische, kirchliche, gewerkschaftliche und militärische Kreise, ohne ihr jeweiliges Selbstverständnis preiszugeben. Ohne Zweifel musste dabei den Zivilisten zunächst das Moralgefüge der Soldaten fremd bleiben, also jene Zusammenhänge zwischen Befehl und Gehorsam, zwischen dem soldatischen Eid und der Bereitschaft zum Einsatz des Lebens.



Köpfe des Widerstands, die in einem gänzlich anderen Staatsverständnis aufgewachsen waren: Henning von Tresckow (4. v.r.) und Fabian von Schlabrendorff (r.) im Kreise anderer Offiziere
Foto: ullstein bild

Und auch wenn sowohl die Zeitgenossen als auch die Geschichtswissenschaft lange um die Deutung des soldatischen Widerstands im „Dritten Reich“ gerungen haben, so ist heute doch gemeinhin anerkannt, dass die militärische Opposition nicht auf einen „Staatsstreich“ hinwirkte, sondern vielmehr auf einen in höheren Militärkreisen um Generaloberst Ludwig Beck, Oberst Hans Oster, Sonderführer Hans von Dohnanyi und Generalleutnant Paul von Hase seit 1937/38 geplanten Versuch eines gesamtgesellschaftlichen Umbruchs, für welchen das Attentat auf den verhassten Diktator Hitler lediglich das Fanal sein sollte. Die vielfältig dokumentierten Kontakte zwischen der militärischen und der zivilen Opposition belegen, dass es niemals allein um einen Militärputsch, sondern um die Öffnung von Freiräumen für die politische Gestaltung durch zivile Politiker nach dem Ende der Diktatur ging. Welchen Wert ein Erfolg dieses Umsturzversuches gehabt hätte, zeigt sich daran, dass mehr als die Hälfte aller Toten des Zweiten Weltkrieges erst nach dem 20. Juli 1944 zum Opfer des Grauens wurden.

Die Quellen des Widerstands

So anerkannt die Ziele des militärischen Widerstands heute auch sind, so wenig erinnert oder gar gewürdigt werden die Quellen, aus denen sich dieses Handeln speiste. Dabei ist schon ein Begriff wie „soldatischer Widerstand“ erläuterungswürdig, bezog er sich doch bis zur Errichtung der NS-Herrschaft landläufig auf das tapfere Halten einer Position im Felde gegen einen vordringenden Gegner.

Die deutschen militärischen Traditionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts fußen wesentlich auf den Erfahrungen des preußischen Heeres. Die Triumphe unter Friedrich dem Großen im 18. Jahrhundert waren ebenso prägend wie der Zusammenbruch im Jahre 1806/07. Einer der wichtigsten Grundsätze sowohl des preußischen Heeres als später auch der gesamtdeutschen Armeen war der 1832 von Carl von Clausewitz in seinem Buch „Vom Kriege“ formulierte „Primat des Politischen“. Schon damals galt als Konsequenz aus der Ära der Befreiungskriege und der Reformzeit der Grundsatz, dass das Militär kein Staat im Staate war, sondern lediglich das „Werkzeug“ der politischen Führung.

Erst vor diesem Hintergrund der langen Verschränkung von Militär und Staat wird das Ungeheure sichtbar, das sich im Rahmen des

20. Juli 1944 ereignete. Tief verwurzelt im Verständnis des Obrigkeitsstaates vom Auftrag der bewaffneten Macht, versuchten zumeist jüngere Offiziere in Abstimmung mit einigen Freunden, welche zwar Uniform trugen, aber im Grunde ihres Herzens Zivilisten geblieben waren – wie Moltke, Yorck, Dohnanyi, Beck – das Blatt zu wenden und weiteres Unheil von ihrem Vaterland abzuwenden. Und zwar nicht, dies sei noch einmal betont, um sich selbst an die Macht zu putschen, und schon gar nicht, um in letzter Minute die eigene Haut zu retten, wie es sowohl die Nationalsozialisten als auch die DDR-Führung lange Zeit mit einer gewissen Resonanz im Westen propagierten, sondern allein, um die Gefährdung der Substanz des eigenen Staates durch die verbrecherische Politik der Nationalsozialisten zu beenden und um politische Lösungen vorzubereiten, die Deutschland trotz der Forderung nach der bedingungslosen Kapitulation eine totale militärische Katastrophe erspart hätten.

Preußen lieferte indes nicht nur die Vorbilder für die Gültigkeit des Primats des Politischen, sondern auch dafür, wann dieser Grundsatz aufgehoben ist – nämlich dann, wenn die politische Führung des Staates selbst gegen dessen ethische und juristische Normen verstößt. Dramen wie „Der Prinz von Homburg“ von Heinrich von Kleist, die Romane Theodor Fontanes sowie später auch Essays in der „Weltbühne“ belegen die lange Präsenz dieses Denkens in der preußischen Gesellschaft quer durch alle Schichten hindurch.

Das Recht auf Ungehorsam

Es gab aber nicht nur abgeleitete, sondern auch genuin militärische Normen für eine Abweichung von Befehlen und eine Verleugnung von Loyalitäten. Jeder Offizier kannte die entscheidenden Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuches, vor allem den von Axel von dem Bussche immer wieder akzentuierten „Notwehrparagrafen“, und viele hatten sich innerlich wohl auch mit den berühmten Akten eines als vorbildlich gedeuteten militärischen Ungehorsams auseinandergesetzt, welche zugleich die Grenzen des soldatischen Gehorsams und damit die entscheidenden Voraussetzungen soldatischer Eigenständigkeit bezeichneten.

Häufiger Ausgangspunkt dieser Überlegungen war die Ermahnung von Prinz Friedrich Carl von Preußen an seinen General Yorck in der Poscheruner Mühle: „Seine Majestät hat

Preußen lieferte nicht nur die Vorbilder für die Gültigkeit des Primats des Politischen, sondern auch dafür, wann dieser Grundsatz aufgehoben ist – nämlich dann, wenn die politische Führung des Staates selbst gegen dessen ethische und juristische Normen verstößt

Sie nicht deshalb zum Offizier gemacht, damit Sie einfach alle Befehle ausführen, sondern damit Sie auch wissen, wann Sie Befehle nicht ausführen müssen.“ Hier wird deutlich, dass keineswegs der Zusammenhang zwischen Befehl und Gehorsam das ethische Grundproblem des Soldaten darstellt, sondern vielmehr die exakte Markierung der Grenzen des Befehls als Voraussetzung der Verweigerung von Gehorsam. Verweigerung des Gehorsams, etwa in der Form des „Nichteinverständnisses mit einem dienstlichen oder taktischen Befehl“, konnte sogar die Befehlsverweigerung legitimieren, wenn sich herausstellte, dass die Nichtdurchführung des Befehls angemessener war als der „Kadavergehorsam“.

Eine neue Dimension der Befehlsverweigerung trat im Zuge weltanschaulicher Auseinandersetzungen seit der Französischen Revolution auf: Es ging nun nicht mehr um Monarchen und Dynastien, sondern um Staaten und Nationen. Offiziere, die sich einem Befehl widersetzen, konnten gerade dadurch nicht selten das höhere Interesse einer Nation vertreten. Dies wurde deutlich in den Befreiungskriegen des frühen 19. Jahrhunderts, als preußische Offiziere, die sich den Kapitulationsbefehlen ihres Königs offen widersetzen, durch spätere Entwicklungen gerechtfertigt wurden. Dies betraf etwa den General Yorck, als er sich in der Konvention von Taurroggen gegen seine Führung stellte. Hier wird eine neue Form der Begründung militärischen Ungehorsams sichtbar: die Rechtfertigung aus einem höheren Interesse heraus, das sich am „Bestand der Nation“ – so ein 1938 von Beck benutzter Begriff – orientierte.

„... wo Gehorsam nicht Ehre brachte“

„Befehlsverweigerung“ zielte so auf mehr als nur auf die Verweigerung eines dienstlichen Auftrags. Ihre, häufig erst nachträgliche Rechtfertigung speiste sich aus der Einsicht in die begrenzte Legitimität einer politischen Führung. Eid und Treue, Befehl und Gehorsam konnten, das wusste Beck, außer Kraft gesetzt werden. Das höhere Recht der Nation, aber auch der Wille, sich durch eine Kollaboration mit der NS-Diktatur persönlich nicht in Schuld verstricken zu lassen, bestimmten somit auch die Überlegungen der NS-Gegner und mündeten schließlich in die Bereitschaft, lieber den Tod in Kauf zu nehmen als sich selbst und die Nation mit rechtswidrigen oder gar verbrecherischen Befehlen zu belasten.

Wie tief die Ablehnung eines unehrenhaften Verhaltens im preußischen Staatsverständnis verankert war, zeigt auch das Beispiel des Johann Friedrich von der Marwitz, der sich im Siebenjährigen Krieg weigerte, den Besitz des sächsischen Grafen Brühl zu plündern und lieber seinen Dienst quittierte, als den Ehrenkodex eines Offiziers zu verletzen, der kein Landsknecht mehr sein wollte. Fontane hat diese Geschichte eindrucksvoll überliefert, und Theodor Heuß hat in seiner großen Rede an der Freien Universität Berlin zum zehnten Jahrestag des Anschlags vom 20. Juli 1944 im Jahre 1954 daran erinnert, als er den Spruch auf Marwitz' Grabstein zitierte: „Wählte Ungnade, wo Gehorsam nicht Ehre brachte.“

Ungnade, das war nicht Unehre. Das machte es auch der militärischen Opposition gegen Hitler leichter, sich gegen die persönlichen Interessen und Bindungen zu entscheiden, und dafür nicht länger Schuld auf sich zu laden. Auch 80 Jahre nach dem 20. Juli 1944 lohnt es, zurückzuschauen auf die Tat und die Motive jener, die damals den „entscheidenden Wurf“ wagten – sowie auf die Traditionen, auf denen ihr Handeln fußte.

● Prof. Dr. Peter Steinbach lehrt Politikwissenschaft und Geschichte an den Universitäten Passau, Karlsruhe und Mannheim sowie an der FU Berlin. Er ist Wissenschaftlicher Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin.

● MELDUNGEN

Militärische Kooperation

Warschau – Im Zuge ihrer Regierungskonsultationen haben Bundeskanzler Olaf Scholz und Polens Ministerpräsident Donald Tusk eine stärkere Zusammenarbeit im militärischen Bereich vereinbart. Beide Regierungen streben unter anderem eine engere Kooperation bei der militärischen Logistik und der Treibstoffversorgung der NATO an. Angekündigt wurden von beiden Seiten zudem gemeinsame Initiativen im Bereich Panzer und Munition. Bei der Zusammenarbeit im Rüstungsbereich dringt Polens Regierung darauf, Zugang zu westlichen Technologien zu erhalten. Bei der Modernisierung von Leopard-2A4-Panzern ist beispielsweise geplant, auch die polnische Industrie einzubeziehen. Bei den Regierungskonsultationen in Warschau signalisierte die polnische Regierung erneut die Bereitschaft, sich an der von Deutschland koordinierten Luftverteidigungsinitiative „European Sky Shield“ beteiligen zu wollen. *H.M.*

Anschläge im JVA-Umfeld

Berlin – Bislang unbekannte Täter haben bei einer Serie von Brandstiftungen in der Nähe der Berliner Justizvollzugsanstalten in Moabit, Tegel und Spandau Fahrzeuge in Brand gesteckt. Vermutet wird, dass die Brandanschläge Privatfahrzeugen von Bediensteten der Justizvollzugsanstalten gegolten haben. Ein Bekennterschreiben, das auf der linksextremen Internetseite Indymedia veröffentlicht wurde, stufte der Polizeiliche Staatsschutz als nicht authentisch ein. In dem Schreiben drohten die Verfasser an, weiterhin gezielt Fahrzeuge von Beamten anzugreifen und in einem nächsten Schritt JVA-Beamten auch direkt an ihren Privatadressen zu attackieren. Verbunden war dies mit der Forderung nach einer „lückenlosen Aufklärung der Missstände in den Justizvollzugsanstalten“. Bereits im April hatten Polizei- und Justizgewerkschafter den Senat aufgefordert, für einen stärkeren Schutz der Privatfahrzeuge von JVA-Bediensteten zu sorgen. *H.M.*

Deutsche Bahn hemmt NATO

Berlin – Der Zustand der Deutschen Bahn stellt laut einer Untersuchung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) die Verteidigungsfähigkeit der NATO in Frage. Wie es in dem Papier heißt, muss Deutschland wegen gestiegener Anforderungen im Militärbündnis ab 2025 in der Lage sein, bei einem Bündnisfall innerhalb von 30 Tagen 30.000 Soldaten zu entsenden. Zudem hat Deutschland ebenfalls zugesichert, ab 2025 in Litauen eine Brigade mit 4000 Bundeswehrsoldaten zu stationieren. Diese Vorhaben erhöhen laut der DPAG-Studie die Anforderungen an die Transportkapazitäten erheblich. Die Studienautoren kritisieren, dass Deutschlands Verkehrsinfrastruktur während des Kalten Krieges in einem weitaus besseren Zustand gewesen sei als derzeit. Die Studie weist zudem auf die Privatisierungsbemühungen der Deutschen Bahn Anfang der 2000er Jahre hin, die zur Stilllegung von 5400 Streckenkilometern geführt hat. *H.M.*



FOTO: IMAGO / ZOOMAR

Produzieren Exportstrom und sind nicht wie Windkraft oder Solarenergie vom Wetter abhängig: Frankreichs Atomkraftwerke

ENERGIEVERSORGUNG

Franzosen-Strom hat Vorrang

Als Strom-Exporteur verdient Frankreich kräftig an Europas Energiemarkt

VON HAGEN RITTER

Vor den französischen Parlamentswahlen war in deutschen Medien zu lesen, dass führende Politiker von Marine Le Pens Rassemblement National Frankreichs Strommarkt vom Rest Europas abkoppeln und auch Stromexporte nach Deutschland stoppen wollten. Nach Ansicht von Parteichefin Le Pen geht der gemeinsamen Strommarkt zulasten von Frankreichs Industrie, weil Deutschlands Ausstieg aus der Kernenergie auf dem Strommarkt höhere Preise verursachte. Nur wenige Tage vor der Wahl hatte auch Eric Ciotti, Chef der konservativen Les Républicains erklärt, Frankreich müsse aus dem europäischen Energiemarkt aussteigen, damit günstigere Strompreise garantiert werden können. Im Wahlkampf hatte das Thema Kaufkraft der Franzosen ohnehin eine wichtige Rolle gespielt.

Die Parlamentswahl gewonnen hat in dessen aber ein linkes Volksfrontbündnis aus Sozialisten, Grünen, Kommunisten

und Jean-Luc Mélenchons Linkspartei. Die Pläne, Frankreich vom europäischen Strommarkt abzukoppeln, sind mit dem linken Wahlsieg nicht vom Tisch. Sowohl Frankreichs Kommunisten als auch dem Linkspopulisten Mélenchon sind französische Stromlieferungen nach Deutschland und in andere Nachbarländer nämlich ebenso ein Dorn im Auge.

Spanien wirft Frankreich Öko-Strom-Blockade vor

Nicht zu vergessen: Schon vergangenes Jahr sah sich Frankreichs Führung scharfen Vorwürfen der spanischen Regierung ausgesetzt, sie würde grenzüberschreitende Stromleitungen blockieren. Spaniens damalige Energieministerin Teresa Ribera (Sozialisten) warf Paris sogar vor, die Franzosen hätten über Jahre Projekte zur besseren Anbindung der iberischen Halbinsel an das europäische Stromnetz verhindert. Mittlerweile werden Ribera gute Chancen eingeräumt, für Spanien einen Posten in der neuen EU-Kommission zu besetzen. Der Vorwurf, Frankreich

blockiere spanischem Öko-Strom den Zugang zum europäischen Markt, kann damit weiteres Gewicht bekommen.

Kenner der Materie sehen auch kaum Chancen für den Plan eines Ausstiegs Frankreichs aus dem gemeinsamen Strommarkt. Als eines der letzten großen Projekte der Wahlperiode hatte noch die alte EU-Kommission vergangenes Jahr eine Reform des Strommarktes auf den Weg gebracht. Mit einem Stopp von Stromexporten würde Frankreich geltende Abmachungen brechen und müsste damit rechnen, dass Brüssel Strafmaßnahmen verhängt. Allerdings hatte wenige Tage vor der Parlamentswahl Jordan Bardella, der Spitzenkandidat des Rassemblement National, einen Weg aufgezeigt, wie sich Frankreich zumindest vorübergehend Handlungsfreiheit auf dem Strommarkt verschaffen kann. Bardella sprach dabei vom Ziel, sich von den Strompreisregularien in der EU zu lösen, um einen „französischen Strompreis“ zu bekommen. Dies wäre kein kompletter Ausstieg vom gemeinsamen Strommarkt,

sondern nur eine Sonderregelung für Frankreich. Ausnahmeregeln bei den Energiepreisen hatte die EU auch schon Spanien und Portugal während der Energiekrise zugestanden.

Möglicherweise setzen sich nach dem Ende des Wahlkampfes aber auch die Stimmen derjenigen durch, die auf die Vorteile auf dem Energiemarkt für Frankreich verweisen. Jean-Pierre Clamadiou, Präsident des Energiekonzerns Engi und auch der Wirtschaftsprofessor Patrice Geoffron erinnerten beispielsweise daran, dass Frankreich über den gemeinsamen Strommarkt unter dem Strich mehr exportiert als importiert. Entscheidend dabei: Frankreich verdient mit seinen Exporten Geld. Deutschland muss hingegen seinen exportierten Strom immer öfter verschenken oder sogar Geld drauflegen, wenn mal wieder wetterbedingt ein Überangebot an Öko-Strom herrscht.

Frankreich verdient am Atomstrom, Deutschland zahlt für Ökostrom

Ein neues Vorhaben der EU-Kommission kann den Vorteil für Frankreich noch vergrößern. Bei dem Projekt geht es um eine Neuberechnung der Öko-Bilanz bei der Herstellung von Batterien für Elektroautos. Wie die „Bild“-Zeitung unter Berufung auf einen Entwurf der EU-Kommission berichtete, soll zur Berechnung des „CO₂-Fußabdrucks“ der Batterieherstellung künftig nur noch der Strom berücksichtigt werden, der wirklich zur Produktion genutzt wird. Setzt die EU-Kommission dieses Berechnungsverfahren tatsächlich um, landen Batteriehersteller in Deutschland schnell im Aus. Trotz der Energiewende spielen in Deutschland fossile Energieträger noch immer eine wichtige Rolle bei der Stromerzeugung. Verringert sich der Anteil der Fossilen durch Ausbau von Windkraft und Solarstrom, steigen wiederum die Kosten. Frankreich kann dagegen seinen hohen Anteil von rund 67 Prozent Atomstrom am Energiemix als Trumpf ausspielen. Es war Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, der 2023 in der EU durchgesetzt hat, dass Strom aus Kernkraft nicht nur als „klimaneutrale“ Energie eingestuft wurde, sondern auch als förderungswürdig gilt.

In der deutschen Wirtschaft wachsen bereits Befürchtungen, dass die EU-Kommission auf die Idee kommt, die in der Schublade liegende Öko-Bilanz-Regel für die Batterieherstellung auch noch auf andere Wirtschaftsbereiche anzuwenden. Zu den dann drohenden Auswirkungen zitiert die „Bild“-Zeitung aus einem internen Papier von Unternehmen, dass dies dann für den hiesigen Standort „einen Rattenschwanz der Deindustrialisierung bedeuten“ würde.

VERTUSCHUNGSGEFAHR

Schweigt die Ampel den Nord-Stream-Anschlag tot?

AfD drängt mit Großer Anfrage auf finale Klärung zur eventuellen Rolle ukrainischer Kräfte

Die AfD-Bundestagsfraktion erhöht den Druck auf die Bundesregierung, die Attacken gegen die Nord-Stream-Gasleitungen vom 26. September 2022 „endlich zeitnah“ aufklären zu lassen. Diesem Zweck dient auch ein Entschließungsantrag an den Bundestag samt vorhergehender Großer parlamentarischer Anfrage.

Im ersten Falle fordern die AfD-Vertreter den Bundestag auf, der Bundesregierung nahezu legen, dem Generalbundesanwalt Budgetmittel zur Verfügung zu stellen, damit dieser eine „Belohnung für Hinweise zur Aufklärung der Anschläge“ in Höhe von bis zu 50 Millionen Euro ausloben könne. Immerhin sei die Ausführung der Sprengungen sehr aufwendig und technisch anspruchsvoll gewesen, weswegen „es neben den Tätern einen größeren Kreis von Mitwissern und Hel-

fershelfern gegeben haben“ dürfte. Zudem schreibt die AfD-Fraktion: „Eine behinderte, unterlassene oder nicht mit Nachdruck verfolgte Aufklärung der Täter mindert das internationale Ansehen der Bundesrepublik Deutschland und die Versorgungssicherheit.“ Außerdem rügen die 78 AfD-Abgeordneten die Informationspolitik der Ampel, durch welche „der Eindruck entstehen konnte, die Bundesregierung versuche die hinterhältigen Anschläge auf eine zentrale Infrastruktur Deutschlands und Europas totzuschweigen“.

Eine weitere Reaktion auf das nach Ansicht der AfD „demonstrative und provokative Desinteresse an der schweren Beschädigung einer Milliardeninvestition und zentralen Kritischen Infrastruktur Deutschlands“ seitens der Bundesregierung, deren bisherige Antworten zum

Stand der Aufklärung der Anschläge „nahezu völlig der Substanz“ entbehrten, ist die vor dem Entschließungsantrag eingereichte Große Anfrage zum Thema „Die Sprengung der Nord-Stream-Pipelines“. Diese enthält 99 Einzelfragen zu allen denkbaren Aspekten des Themas.

Dazu zählen die Gründe für die augenscheinlich äußerst schleppend verlaufenden Ermittlungen und die mangelhafte Information der Öffentlichkeit über den bisherigen Erkenntnisstand. Ebenso will die AfD wissen, ob die Bundesregierung in der Zeit vor den Anschlägen Maßnahmen ergriffen habe, um dieses zentrale Element der deutschen Energieversorgung zu schützen.

Ein anderer Fragenkomplex betrifft die angeblichen Warnungen des US-Geheimdienstes CIA vor einer Atta-

cke ukrainischer Kräfte und die Presseberichte über ein vermeintliches ukrainisches Kommando, das für die Sabotageaktion verantwortlich sein soll. Überprüfe die Bundesregierung angesichts dessen nun „ihre Ukrainepolitik im Allgemeinen“? Hierzu kommen etliche brisante Detailfragen über den Verlauf des NATO-Marinemanövers BALTOPS 22 im Gebiet der Sprengungen. Könnte die Bundesregierung bestätigen, dass die Task Force 68 der 6. US-Flotte damals Experimente mit unbemannten Unterwasserfahrzeugen durchgeführt habe? Am Ende geht es dann noch darum, wie es aktuell um den Schutz Kritischer Infrastrukturen auf dem Meeresgrund bestellt sei.

Die Bundesregierung will die Anfrage der AfD-Fraktion noch im Verlaufe diesen Monats beantworten. *Wolfgang Kaufmann*

IMMIGRATION

„Asyl-Hammer“ oder bloß Wahlkampf?

Landesinnenminister der Union fordern hartes Umsteuern bei der illegalen Einwanderung

VON HERMANN MÜLLER

Von September 2015 bis zum darauffolgenden Sommer sind fast 1,4 Millionen Asylbewerber nach Deutschland geströmt. Begleitend gab die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel die Parole aus: „Wir schaffen das.“

Neun Jahre später nun haben Unions-Innenminister in Dresden eine Erklärung beschlossen, die eine Abkehr von Merkels Konzept der offenen Grenzen darstellt. Die Politiker von der CDU sowie Joachim Herrmann von der CSU fordern von der Ampel-Bundesregierung nichts weniger als einen „harten Kurswechsel“ in der Asylpolitik. Zur Begründung erklärte Sachsens Innenminister Armin Schuster (CDU): „Die Menschen in unserem Land verstehen immer weniger die abwartende Haltung in Berlin und erwarten eine deutliche Begrenzung der Asylimigration.“

Brandenburgs CDU-Innenminister Michael Stübgen warf der Bundesregierung eine bloße Ankündigungspolitik vor. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) habe kurzfristige Maßnahmen zur Abschiebung von schweren Straftätern angekündigt. Nach Angaben von Stübgen habe Faeser bei den Bundesländern auch abgefragt, welche Straftäter zuerst abgeschoben werden müssten, doch: „Ihr wurden alle Personen gemeldet, aber seitdem ist nichts passiert.“ Der Minister weiter: „Wer in besonderem Maße straffällig wird, kann keinen Anspruch auf Asyl haben und muss unser Land verlassen.“ Sollten sich Länder weigern, ihre Staatsbürger zurückzunehmen, so Stübgen, müssten solche Staaten mit Kürzungen von Wirtschaftshilfen und auch mit der Anwendung eines „Visa-Hebels“ rechnen.

Faeser verweist auf EU-Recht

Nach ihrem Treffen legten die Unions-Innenminister einen ganzen Forderungskatalog an Faeser vor. Nach den Vorstellungen der Innenminister sollen „anerkannte Schutzberechtigte“, die bereits in anderen EU-Ländern registriert sind, zurückgeführt werden. Zudem wollen die Unions-Politiker die zur Fußball-EM eingeführten stationären Grenzkontrollen verlängern. Dieser Forderung hat Faeser bereits eine Absage erteilt. Gegenüber Polen, Tschechien und Österreich werden die



Nun wieder Schluss? Kontrollen an der niederländischen Grenze bei Emmerich während der EM

Foto: imago/Markus van Offern

stationären Grenzkontrollen zunächst fortgesetzt. Die Kontrollen an den Grenzen zu Dänemark und den Benelux-Staaten laufen nach dem Willen Faesers jedoch mit dem Ende der EM wieder aus. Lediglich an der Grenze zu Frankreich will die SPD-Politikerin wegen der Olympischen Spiele in Paris die Bundespolizei noch einige Wochen kontrollieren lassen.

Faeser begründet ihre Entscheidung mit europäischem Recht. Eine ähnliche Reaktion hat bereits eine Forderung von Sachsens Innenminister Armin Schuster (CDU) ausgelöst. Der hatte kurz vor dem Innenministertreffen in Dresden dafür plädiert, Asylbewerber aus sicheren Drittstaaten an der Grenze abzuweisen. Eigentlich verlangt Sachsens Innenminister damit nur die Anwendung der Asylregelung im deutschen Grundgesetz, die Anwendung gültigen Verfassungsrechts also.

Als Reaktion auf Schusters Vorschlag wies der SPD-Innenpolitiker Lars Castellucci allerdings darauf hin, dass solche

Zurückweisungen gegen EU-Recht verstoßen würden. Tatsächlich hat der Europäische Gerichtshof entschieden, dass Zurückweisungen von Nicht-EU-Bürgern an den Binnengrenzen als rechtswidrig anzusehen seien.

Die Rolle der Staatsanwaltschaften

Mittlerweile hat auch Bundesjustizminister Marco Buschmann die Debatte um die Asyleinwanderung mit einem eigenen Vorschlag bereichert. Im Interview mit der „Welt am Sonntag“ schlug Buschmann vor, Asylbewerbern, die aus anderen EU-Staaten nach Deutschland reisen, weniger Sozialleistungen zu zahlen. Der FDP-Politiker räumte selbst ein, sein Vorschlag sei „sicherlich umstritten“. Fraglich dürfte vor allem die Wirksamkeit sein. Moderate Leistungskürzungen werden viele Asylanten vermutlich nicht davon abbringen, ihr Glück weiterhin in Deutschland zu suchen, statt in Griechenland, Bulgarien oder Polen zu bleiben.

Insgesamt fällt bei der Diskussion um die Asylzuwanderung auf, dass Politiker wie Faeser oft nur über europäische Lösungen oder wie die CDU-Innenminister über ganze Forderungskataloge sprechen, nicht aber über die kleinen „Stellschrauben“, bei denen nicht einmal Gesetze geändert werden müssten. So reist der weitaus größte Teil der Asylbewerber illegal nach Deutschland ein. Dies ist nach gültiger Rechtslage eine Straftat, die mit Haft geahndet werden kann.

Dementsprechend leitet die Bundespolizei auch regelmäßige Ermittlungsverfahren ein. Ebenso zuverlässig werden die Verfahren aber von den Staatsanwaltschaften eingestellt, sobald die illegal Eingereisten einen Asylantrag stellen. Die Verfahren werden von den Staatsanwaltschaften auch in den vielen Fällen nicht wieder aufgenommen, in denen sich der Asylantrag letztendlich als unbegründet erweist.

IM FOKUS DER MEDIEN

Das Problem mit den „Barbershops“

Ein Hautpilz macht Schlagzeilen – Doch auch die Justiz interessiert sich für viele der Billig-Friseure

Immer mehr Männer klagen nach dem Besuch sogenannter Barbershops über Symptome wie schuppige Stellen am Nacken und einen starken Juckreiz. Ursache ist nach Angaben von Medizinern ein hochansteckender Hautpilz, der sich derzeit europaweit ausbreitet. Unbehandelt kann der Trichophyton tonsurans genannte Hautpilz laut Dermatologen auf andere Körperstellen übergehen und dort eitrige Abszesse herbeiführen.

Früher war dieser Hautpilz meist unter Ringern in den USA oder der Türkei festgestellt worden. Die aktuell in Deutschland Erkrankten sollen nach Einschätzung eines Dermatologen den „Ringerpilz“ zu 80 Prozent in sogenannten Barbershops erhalten haben. Es sind vor allem junge Menschen, die sich in solchen Läden für wenig Geld Trendfrisuren schneiden lassen.

Gegenüber dem „Spiegel“ äußert Judith Warmuth, Obermeisterin des bayerischen Friseurhandwerks, die Vermutung, dass sich bei den günstigen Preise der Barbershops „andere Aspekte wie Hygiene oft hinten anstellen“ müssten. Mediziner und Friseurmeister gehen davon aus, dass bei einem Teil dieser Billiganbieter Scherköpfe oder Klingen entweder nicht gründlich genug oder überhaupt nicht gereinigt werden.

Mit den Barbershops ist eine Branche in den Fokus der Öffentlichkeit geraten, die in den vergangenen Jahren immer mal wieder ins Visier von Behörden geraten ist. Dabei geht es um Vorwürfe wie Geldwäsche durch kriminelle Clans, Sozialleistungsbetrug oder Steuerhinterziehung. Sehr häufig prüfen Behörden auch, ob ein Handwerk unberechtigt ausgeübt wird. Ursprünglich handelt es sich bei den Bar-

bershops um Geschäfte, die männlichen Kunden eine Rasur oder das Trimmen des Bartes anbieten. Derlei stufen die deutschen Handwerkskammern als sogenanntes Minderhandwerk ein, das auch ohne eine Qualifikation als Friseurmeister ausgeübt werden darf. Ohne Meisterbrief dürfen die Barbershops jedoch das Schneiden von Haaren nicht anbieten.

Verbindungen zum Clan-Milieu

Umgangen wird der Meisterzwang nach Erkenntnissen des Friseurhandwerks mitunter, indem ein Meister dem Barbershop für einige hundert Euro im Monat seinen Namen zur Verfügung stellt, quasi auf dem Papier legalisiert. Der Nachweis, ob das Geschäft tatsächlich von einem Friseurmeister geführt wird, oder ob dieser nur als Strohhalm dient, ist oft nicht einfach.

Ähnlich wie Shishabars sind Barbershops in jüngster Zeit zum Ziel von Schwerpunkteinsätzen geworden, bei denen Zoll, Ordnungsamt, Polizei und Steuerfahndung zusammen anrücken. Als Berlins Polizei im Jahr 2020 bei einem Einsatz in Wedding 14 Barbershops kontrollierte, führte dies dazu, dass zwei der Läden sofort geschlossen und drei Personen wegen illegalen Aufenthalts in Deutschland festgenommen wurden.

Auch in zehn weiteren Barbershops stellten Polizei und beteiligte Beamte vom Ordnungsamt sowie Ermittler des Finanzamtes Verstöße fest. Lediglich zwei der 14 kontrollierten Läden blieben ohne Beanstandung. Ein Sprecher der Berliner Polizei erklärte seinerzeit, dass bei solchen Einsätzen auch Verbindungen von Barbershops zum Clan-Milieu eine Rolle spielten. *H.M.*

KOLUMNE

Ein Rückblick

VON THEO MAASS

Mit der Fußball-EM enden auch die Fanzonen. Bei freiem Eintritt erwiesen sich dort die Imbissstände als Touristenfallen mit Nepp-Charakter. Vor dem Brandenburger Tor wollten die Betreiber für ein Bier und eine Bratwurst jeweils sechs Euro, einmal Pommes weitere fünf, für Becher und Mehrweg-Schalen noch einmal drei Euro Pfand. Für alles zusammen gibt es beim „Italiener“ oder „Griechen“ ein ordentliches Essen und auf dem Breitbandfernseher das laufende Spiel der EM dazu. Trotz der horrenden Preise waren die Imbissbetreiber teilweise unzufrieden. In Stuttgart klagte gar einer über einen Verlust von 20.000 Euro. Der Grund dafür war das frühe Ausscheiden der deutschen Mannschaft.

In der Gewitter-Wasserschlacht von Dortmund siegte Deutschland glücklich mit 2:0 und flog dann gegen Spanien aus dem Turnier. Ab da blieben viele deutsche Zuschauer weg – nicht nur in Berlin. Noch einmal wurde es voll, als die Türkei im Berliner Olympiastadion gegen die Niederlande spielte. Deutschland ausgeschieden – und Spanier, Franzosen, Engländer und Niederländer gab es nicht so viele, um Stadien und Fanzonen zu füllen. Passend zur vergammelten Infrastruktur wurden in Berlin in der Fanzone am Brandenburger Tor zeitweilig zudem einige Bildschirme abgeschaltet. Laut Veranstalter sei dies aus Sicherheitsgründen erfolgt. Gut beraten waren die Fußballfreunde, die bei Luigi oder Christatos ihre Pizza oder Souflaki aßen und dort die Spiele in Gesellschaft verfolgten. Gehässig kommentierte ein Freund aus Stettin: „Bei euch klappen nicht mal mehr die Türen.“ Recht hat er.

Das Turnier war zudem – wieder einmal – überschattet von linken Parolen. Pars pro Toto Katrin Göring-Eckardt nach dem Ungarn-Spiel: „Stellt euch kurz vor, da wären nur weiße deutsche Spieler.“ Gegen Dänemark standen vier Deutsche mit Migrationshintergrund auf dem Platz, ein fünfter wurde eingewechselt.

MELDUNG

Symbolpolitik an der U-Bahn

Berlin – Die Bezirksverordnetenversammlung von Tempelhof-Schöneberg hat mit großer Mehrheit die Ergänzung des U-Bahnhofsnamens Nollendorfplatz beschlossen. Der Zusatz lautet „Regenbogenkiez“. Die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) müssen der Ergänzung zustimmen. Der Kreisvorsitzende der örtlichen Lesben- und Schwulenunion (LSU) in der CDU, André Laurman-Urbanski, erklärte, damit werde „die bedeutende historische Verbindung des Stadtteils zur queeren Geschichte und Kultur angemessen gewürdigt“. Der Kiez am Nollendorfplatz sei „einer der größten touristischen Magnete für queere Menschen weltweit“. In der Antragsbegründung heißt es, dass die Umbenennung für „Toleranz, Weltoffenheit und gelebte Normalität in einer Stadt der Vielfalt steht“. Tatsächlich ist der Nollendorfplatz zunehmend ein Ort, an dem Homosexuelle mit Gewalttätigkeiten zu rechnen haben. Diese gehen meist von orientalischen Migranten aus. *F.B.*

● MELDUNGEN

Bandenkriege eskalieren

Wien – Österreichs Hauptstadt wird von einer Welle der Gewalt durch Migrantenbanden heimgesucht. Nachdem sich über Monate in den Wiener Bezirken Meidling und Brigittenau Spannungen zwischen jungen Syrern und Tschetschenen immer weiter zugespitzt hatten, kam es Anfang Juli innerhalb von zwei Tagen zu drei bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den verfeindeten Gruppen. Dabei hatten sich zunächst syrische und tschetschenische beziehungsweise afghanische Jugendliche mit Holzlaten, Messern und Schusswaffen bekämpft. Bei einem weiteren Zusammentreffen wurden am Bahnhof Meidling vier Männer niedergestochen. Die Wiener Polizei nahm einen 29-jährigen Tschetschenen in Untersuchungshaft. Ihm werfen die Ermittler Beteiligung an versuchtem Mord vor. Laut der Landespolizeidirektion handelt es sich bei den Beteiligten der Auseinandersetzungen „um ethnische Gruppen, in denen das Ehrgefühl eine sehr wichtige Rolle spielt“. *H.M.*

Google-KI ist „Klimakiller“

Mountain View – Der US-Internetkonzern Google produzierte im vergangenen Jahr rund 48 Prozent mehr Kohlendioxid als 2019. Das geht aus dem aktuellen Umweltbericht des IT-Riesen hervor, der sich 2021 verpflichtet hatte, seine Netto-Emissionen des angeblichen Treibhausgases und „Klimakillers“ CO₂ binnen zehn Jahren auf Null zu senken. Dennoch will Google an diesem ehrgeizigen Ziel festhalten. Der derzeitige Anstieg beim CO₂-Ausstoß resultiert nach Angaben des Unternehmens aus höheren Emissionen im Verlauf der Lieferketten sowie dem größeren Energiebedarf der Rechenzentren. Letzterer wiederum ist die Folge des verstärkten Einsatzes von Künstlicher Intelligenz durch Google. So wird die hauseigene KI Gemini in immer mehr Kernprodukte des Konzerns integriert. Das führt parallel auch bei den Nutzern zu einem erhöhten Stromverbrauch pro Suchanfrage. Momentan gibt es keinerlei Anzeichen für ein Ende dieser Entwicklung. *W.K.*

Moldaus Jagd auf Deserteure

Chişinău – Die Bundesrepublik unterstützt Moldaus Grenzpolizei bei der Jagd auf Ukrainer, die sich dem Einsatz an der Front durch eine Flucht ins Ausland zu entziehen suchen. So hat die Bundesregierung 38 Geländewagen und fünf Motorboote an die Grenzschützer des kleinen südosteuropäischen Binnenstaates, der zwischen der Ukraine und Rumänien liegt, übergeben. Nach Ansicht des moldauischen Innenministers Adrian Efras werde dies die Schlagkraft der Grenzpolizei spürbar erhöhen. Seit der Verkündung der allgemeinen Mobilmachung durch die Regierung in Kiew sind rund eine Million Ukrainer über die Grenze nach Moldau gekommen, von denen 900.000 in Staaten der EU weiterreisten. Moldau liefert keine Wehrdienstverweigerer an die Ukraine aus, unterstützt die Grenztruppen des Nachbarlandes jedoch im Rahmen gemeinsamer Patrouillen, die oft zu Verhaftungen führen. *W.K.*

FRISCHER MIX IN STRASSBURG

Neue Fraktionen im EU-Parlament

„Europa Souveräner Nationen“ – für die einen wahrer Aufbruch, für die anderen Resterampe

VON PETER ENTINGER

So gehen die Meinungen auseinander. Der geschasste Spitzenkandidat, welcher der neuen Fraktion nicht einmal angehört, spricht davon, dass ein Traum in Erfüllung gehe. Ein ehemaliger Parteichef nennt die neue rechte Truppe schlicht „Resterampe“. Auch sonst dürften der wegen seiner Nähe zu Russland und China in die Kritik geratene AfDler Maximilian Krah, der im neu gewählten Straßburger Parlament auf den Plätzen der Fraktionslosen Platz nehmen muss, und AfD-Ex-Parteichef Jörg Meuthen, der die Rechtspopulisten einst von der konservativen EKR-Fraktion in die rechte ID-Delegation führte, um am Ende ebenfalls fraktionslos zu sein, nicht mehr viel gemeinsam haben.

Und wie groß die Gemeinsamkeiten derer wirklich sind, die sich in der vergangenen Woche in Straßburg zusammengefunden haben, steht noch in den Sternen. Immerhin ist es der AfD vielen Unkenrufen zum Trotz doch gelungen, ein neues rechtes Bündnis zu schmieden. Der Fraktion sollen demnach 28 Abgeordnete aus neun Ländern angehören, 14 davon von

der AfD. Für eine Fraktionsbildung im Europaparlament sind 23 Abgeordnete aus sieben Mitgliedstaaten notwendig. Chef der Fraktion, die sich „Europa Souveräner Nationen“ nennt, soll der Thüringer Rene Aust werden. Im neuen Bündnis dürfte die AfD nicht mehr wie zuletzt in der ID-Fraktion das fünfte Rad am Wagen spielen, sondern eher tonangebend sein. Ein Blick auf die neue Gemeinschaft lässt dabei vermuten, dass sie entweder aus der Not der Einsamkeit geboren ist, oder der Bezeichnung „Resterampe“ doch nicht so ganz entkommen kann. So jedenfalls liest sich die Teilnehmerliste:

- die Reconquête aus Frankreich,
- die Konfederacja aus Polen,
- die Wasraschdane aus Bulgarien,
- die Se Acabó La Fiesta aus Spanien,
- die tschechische Svoboda a přímá demokracie,
- die Republika aus der Slowakei,
- die People and Justice Union aus Litauen
- und zu guter Letzt eine parteilose Abgeordnete aus Ungarn.

Die Probleme beginnen dabei schon bei den als islamkritisch geltenen Franzosen. Krah, der nach seinen Ausfällen im

Wahlkampf als AfD-Spitzenkandidat gar nicht erst in die Straßburger Delegation aufgenommen wurde, hatte bereits frühzeitig mit Reconquête-Parteigründer Eric Zemmour geliebäugelt. Er erschien ihm von vornherein politisch zuverlässiger als Marine Le Pen und ihr Rassemblement National, kurz RN genannt.

Orbán „Patrioten für Europa“ als einflussreiche Kraft

Bei der EU-Wahl erzielte Zemmour dann immerhin noch 5,5 Prozent und schickte fünf Abgeordnete nach Straßburg. Doch im Zuge der französischen Parlamentswahlen schlossen wiederum vier der fünf Gewählten – darunter Le Pens Nichte Marion Maréchal –, ein Bündnis mit dem Rassemblement National. Somit wurden sie parteilos und es war bis zuletzt offen, ob sie sich nicht doch der größeren Fraktion „Patrioten für Europa“ anschließen, die bereits zuvor vom ungarischen Regierungschef Viktor Orbán gegründet worden war.

Zurück zur „AfD-Truppe“. Der bulgarische Parteichef Kosta Kostadinow erwähnte schon mal lobend, dass Deutschland und Bulgarien im Ersten und Zwei-

ten Weltkrieg verbündet waren, und sagte auf einem AfD-Parteitag: „Es ist höchste Zeit, dass Ihr Land seinen rechtmäßigen Platz als Großmacht einnimmt, und das nicht nur in Europa.“ Selbst AfD-Funktionären gilt Kostadinow seither als unalkulierbarer Kantonist.

Die polnische Konfederacja musste zwei Abgeordnete auf Druck der AfD von der Fraktionsliste streichen. Sie sollen sich in Interviews nämlich mehrdeutig zum Thema Holocaust geäußert haben. Als bestenfalls „skurril schillernd“ wird die spanische Partei „Die Party ist vorbei“ von Kritikern eingestuft. Deren Vorsitzender Alvis Pérez bezeichnet sich gerne als den spanischen Trump. Er erzielte bei der EU-Wahl immerhin 5,1 Prozent und jagte damit vor allem Spaniens rechtspopulistischer Vox-Partei wertvolle Punkte ab. Angesprochen auf eine mögliche Zusammenarbeit beider Parteien, sagte Vox-Chef Santiago Abascal abwertend: „Auf diesen Sargnagel lege ich keinen Wert.“

Nach ihrem steilen Aufstieg bei den spanischen Parlamentswahlen und dem Tiefschlag bei der EU-Wahl sehnt sich Vox nach Seriosität und fand daher Anschluss im neuen Orbán-Bündnis. Fraktionsvorsitzender dort wurde der RN-Chef Jordan Bardella. Neben der FPÖ aus Österreich haben sich auch der belgische Vlaams Belang sowie die Dänische Volkspartei dem Orbán-Bündnis angeschlossen, das somit hinter Christdemokraten und Sozialdemokraten die drittstärkste Kraft in Straßburg wird. Bardellas Stellvertreterin in der Fraktion wird Kinga Gál, die Vorsitzende von Orbáns Fidesz im EU-Parlament.

Die bisherige ID-Fraktion steht hingegen vor der Auflösung. Obwohl Wahlgewinner, zählt auch die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni zu den Verlierern. Die eurokritische EKR-Fraktion verliert dabei an Einfluss. Nennenswerte Stärke hat neben Melonis „Brüder Italiens“ nur noch die polnische ehemalige Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“. Doch am Ende stellt sich wie immer die Frage nach der Stabilität dieser Bündnisse. Vor allem auf die Zusammenarbeit zwischen Orbáns Leuten und dem RN darf man gespannt sein. Vor fünf Jahren legte Marine Le Pen noch ihr Veto ein, als Orbán in die ID-Fraktion wollte. Nun spricht man von einer Liebesheirat.



Ihm steht womöglich harte Arbeit bevor: René Aust (AfD) soll Chef der Fraktion „Europa Souveräner Nationen“ werden

MOLDAU

EU-Politik trifft das Armenhaus Europas

Begrenzung des ukrainischen Getreideexports bringt den Landwirten Freude, den Eisenbahnern Frust

Die Republik Moldau, die zwischen Rumänien und der Ukraine liegt, hat nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine am 3. März 2022 einen Antrag auf Mitgliedschaft in der EU gestellt. Aktuell laufen Beitrittsverhandlungen mit der Regierung von Präsidentin Maia Sandu in Chisinau. Seit Moldau die russische Kriegspolitik kritisiert, haben sich auch die angespannten Beziehungen zum Nachbarn Ukraine verbessert, was sich für das kleine Land auch wirtschaftlich positiv ausgewirkt hat.

Besonders die Moldauischen Eisenbahnen (Calea Ferată din Moldova, CFM) haben vom ukrainischen Export Richtung Rumänien profitiert, wie auch von der westlichen Unterstützung bei Verbesserungsplänen für die Infrastruktur und die Modernisierung des Schienennetzes. Als im vergangenen Jahr die Ukraine jedoch

Exporte über die Häfen Odessa, Tschornomorsk und Pivdennyj trotz des hohen Risikos wieder aufgenommen hatte, zeichnete die CFM einen Umsatzrückgang, der sich durch die EU-Politik der Begrenzung ukrainischer Getreideausfuhren verschärft hat.

Moldau war bisher nicht nur Transitland für ukrainischen Weizen und Sonnenblumen, sondern ein Teil der Produkte blieb auch im Land. Der Nutzen für die Eisenbahner erwies sich als Existenzbedrohung für die örtlichen Landwirte. Wie im übrigen Europa, kam es auch in Moldau zu Bauernprotesten.

Die moldauische Regierung ist den Bauern, die vor Kurzem neue Proteste angekündigt hatten, rasch entgegengekommen, indem sie die ukrainischen Lieferungen bis Ende des Jahres weiter begrenzen

will. Das Parlament hat einen Gesetzentwurf verabschiedet, der die Einfuhr von Weizen, Mais und Sonnenblumen ausschließlich auf der Grundlage von Lizenzen vorsieht. Zuvor hatte die Republik Moldau Ende Juni das Lizenzierungssystem für Getreideimporte erst abgeschafft, das im Jahr 2023 eingeführt worden war, um den Inlandsmarkt vor ukrainischen Produkten zu schützen.

Bauern drohten mit Protesten

Der Bauernverband sprach sich dagegen für eine Ausweitung der kontrollierten Einfuhr von Getreide und Ölsaaten aus der Ukraine aus. Er bezifferte die Verluste im vergangenen Jahr, als die Regierung diese Maßnahmen erst mit großer Verzögerung umsetzte, auf umgerechnet über 104 Millionen Euro. Dass die Behörden

diesmal schneller reagiert haben, ist offenbar der Tatsache geschuldet, dass im Herbst Präsidentschaftswahlen stattfinden, bei der die regierende Präsidentin Sandu wieder antreten möchte, und dass ein europäisches Referendum im Land geplant ist.

Des einen Freud ist des anderen Leid – während die Bauern mit der Entscheidung ihrer Regierung zufrieden sind, klagen die Eisenbahner darüber, dass sie fast nichts zu tun haben und keine Einnahmen generieren können, da der Transit von der Ukraine nach Rumänien drastisch eingebrochen sei. Im Vergleich zur EU mit durchschnittlich gut 38.000 Euro Bruttoinlandsprodukt pro Kopf ist Moldau mit einem Bruttoinlandsprodukt von 5427 Euro pro Einwohner eines der ärmsten Länder Europas. *Manuela Rosenthal-Kappi*

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Der neue Chef des Unternehmensverbandes Hafen Hamburg e.V., Ulfert Cornelius, spricht von einem „Transitionsprozess“ des Hamburger Hafens. Auf einem großflächigen Terminal kommen neue Industrieanlagen für Import, Aufbereitung und Weitertransport von „klimafreundlichen Energieprodukten“ in die Genehmigungsphase. Der US-Industriegasproduzent Air Products und das Hamburger Energieunternehmen Mabanaf investierten bis Januar 2023 bereits eine Milliarde Euro in den Aufbau von Verarbeitungsindustrien und einer Vertriebsinfrastruktur für „grünen Wasserstoff“ und „grünes Ammoniak“.

„Grüner Wasserstoff“ und sein Trägermedium Ammoniak sollen an rund einem Dutzend Standorten im Ausland mit Unmengen von Strom aus Wind- und Solarenergie produziert werden. In flüssiger Form soll das Ammoniak laut Planung ab 2027 mit großen Tankschiffen aus Saudi-Arabien zum Hamburger Hafen befördert werden. Dort erfolgt in einer Crackeranlage die Aufspaltung des Ammoniaks in die Bestandteile Wasserstoff und Stickstoff. Bis 2030 entsteht laut Cornelius ein Bedarf von etwa acht Millionen Tonnen Wasserstoff und 40 Millionen Tonnen Ammoniak. Der Import müsse dann über mehrere Häfen abgewickelt werden.

Widerstand in Kanada

Dabei wird erstaunlicherweise ausgeblendet, mit wie vielen Risiken die Wasserstoffstrategie behaftet ist. So wurden sämtliche seit 2022 geschlossenen Wasserstoffabkommen zwischen Deutschland und rund einem Dutzend Partnerländern überwiegend im globalen Süden von den Eliten dieser Länder vereinbart. Man hatte vorausgesetzt, dass sich die Einwohner vor Ort in Afrika, Lateinamerika und Kanada in das über sie verhängte Schicksal fügen und den Bau der gewaltigen Wind- und Solarparks hinnehmen würden. Doch das ist nicht der Fall.

Als Folge des deutsch-kanadischen Wasserstoffabkommens Port-au-Port/Stephenville müssten im Südwesten Neufundlands auf der kleinen Halbinsel Port-au-Port und im benachbarten Codroy Valley zwei Windparks mit 150 beziehungsweise 160 200-Meter-Windrädern errichtet werden. Am 9. Juni hatte das Umweltministerium der Provinz Neufundland/Labrador die Genehmigung des Projektes bekannt gegeben. In einem offenen Brief an die provinzielle Regierung fordern jetzt die Mitglieder des Vereins Environmental Transparency Committee Port-au-Port (ETC) die Rücknahme der Genehmigung. Laut ETC wurde die Umweltprüfung trotz



Ökologisch derart wertvoll, dass hier nicht einmal Öko-Tourismus gestattet ist – aber angeblich geeignet für gigantische Sieben-Gigawatt-Wind- und -Solarparks: Der Tsau-Khaeb-Nationalpark in Namibia
Foto: imago/dreamstime

ENERGIEWENDE

„Nichts ist ‚grün‘ bei den Wind- zu-Wasserstoff-Projekten“

Deutschland rüstet sich für den Import großer Mengen „grüner“ Energieträger. Aber in den Exportländern wächst an der Basis der ökologische Widerstand

gravierender Fehler und Lücken als ausreichend bewertet. Zudem sei das Vorhaben zwischenzeitlich um 150 Windräder im Codroy Valley aufgestockt worden. Es habe keine Kommunikation zwischen der Regierung und den Einwohnern gegeben, darunter Angehörige der Qalipu First Nation. Damit verstoße die Regierung gegen das Minderheitengesetz.

Die Regierung müsse außerdem ihre Politik der Fördermittelvergabe ändern, von denen im vorliegenden Fall das Konsortium WEGH2 enorm profitieren würde. „Nichts ist ‚grün‘ bei den Wind- zu-Wasserstoff-Projekten. Sie sind nur möglich durch Zerstörung von Land, Gewässern und Gemeinschaften.“ Die Regierung habe kein Mandat für Umweltschaden auf dem Kronland Neufundlands. Wörtlich heißt es: „Wir sind Kanarienvögel in der Kohlemine. Wir singen laut. Werden wir

zu weiteren Aktionen gezwungen sein, mit hoffentlich legalen Mitteln?“

Widerstand in Namibia

Auch in Namibia hält der zivilgesellschaftliche Widerstand gegen das deutsch-namibische Wasserstoffprojekt „Hyphen Hydrogen Energy“ an. Laut einem aktuellen Bericht von hydrogeninsight.org äußern die im Dachverband Namibian Chamber of Environment (NCE) organisierten Umweltschützer öffentlich „Wut auf die deutsche Regierung“, weil diese das Drei-Gigawatt-Wasserstoffprojekt im streng geschützten Tsau-Khaeb-Naturreiservat stark fördere.

Der Plan, dort gigantische Sieben-Gigawatt-Wind- und -Solarparks zu errichten, um „grünen“ Strom für die Wasserstoff- und Ammoniakproduktion bereitzustellen, sei „moralisch falsch“. Aus dem

ehemaligen Sperrgebiet an der Atlantikküste soll ab 2027 Ammoniak auf dem Seeweg nach Deutschland exportiert werden. Der Tsau-Khaeb-Nationalpark ist ökologisch so wertvoll, dass dort nicht einmal Öko-Tourismus gestattet ist. Es sei davon auszugehen, dass die Industrialisierung den global wichtigen Biodiversitäts-Hotspot mit seinen zahlreichen seltenen Pflanzen und Tieren vernichten würde.

Desgleichen prangert die unabhängige Denkfabrik Transnational Institute (TNI) die Wasserstoff-Projekte reicher Nationen wie Deutschland in Afrika an. Sie geht der Frage nach: „Wer profitiert vom Grüne-Energien-Rausch?“ Diese Industrien würden internationalen Investoren öffentliche Gelder in die Tasche spülen, während die Gemeinschaften vor Ort durch die Ausbeutung ihrer Lebensräume schwerste Beeinträchtigungen zu erleiden hätten.

UNRUHIGES WIRTSCHAFTSKLIMA

Pekings machthungriger Griff nach Zentralasien

Weg von Putin, hin zu Xi Jinping: Kasachstan und Tadschikistan im Fokus von Chinas Staatspräsidenten

Pekings Interesse an Zentralasien, dessen riesige Fläche sich vom Kaukasus bis in die Mongolei erstreckt, ist ungebrochen. Chinas Präsident Xi Jinping begann am 2. Juli anlässlich des Gipfeltreffens der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ), das in der kasachischen Hauptstadt Astana stattfand, eine Reise durch diese Region. Xi besuchte neben Kasachstan auch Tadschikistan. Beide Länder haben Probleme mit dem radikalen Islam, mit dem Russland anscheinend nicht mehr fertig wird. Deshalb haben beide Länder jetzt ihre Kontakte nach Peking verstärkt, dessen Regime es gelungen ist, seine unruhige Muslimprovinz, Sinkiang, sogar mit Hilfe aus dem Iran und der Türkei zu befrieden. Xi's Reise verdeutlicht die Intensivierung der diplomatischen Bemühungen Pekings in Zentralasien, die

auf dem Fundament einer ursprünglichen Strategie beruhen: der Entwicklung der „neuen Seidenstraße“, die bereits 2013 während eines Besuchs von Xi Jinping in Kasachstan erdacht wurde. Seitdem hat Kasachstan unter anderem einen Logistikstützpunkt im chinesischen Hafen Lianyungang erhalten und zahlreiche Infrastrukturen geschaffen – vom Eisenbahnkorridor Kasachstan-Turkmenistan-Iran bis zur Autobahn Westeuropa-Westchina. „Die Entwicklung der Infrastruktur und auch der öffentlichen Güter, die (China) für strategische Regionen anbietet, ist unbestreitbar“, stellt Sinologe Emmanuel Lincot in seinem neuesten Buch fest.

Seit 2019 vertiefen sich die Beziehungen zwischen China und Kasachstan stetig. Kasachstan, dessen Präsident Kassym-Jomart Tokajew fließend Chinesisch

spricht, war immerhin das erste Land, das Xi nach der Corona-Pandemie besuchte. Im September 2022 nahm Xi Jinping bereits am SOZ-Gipfel in Samarkand, Usbekistan, teil. Acht Monate später lud China die Staats- und Regierungschefs von fünf zentralasiatischen Ländern in die ehemalige kaiserliche Hauptstadt Xi'an ein. Im selben Jahr erreichte der Handel zwischen Kasachstan und China ein Volumen von 41 Milliarden US-Dollar.

Der 24. SOZ-Gipfel will offiziell „dauerhaften Frieden und Wohlstand“ bringen, aber auch „die Sicherheit, Stabilität und Entwicklung der Mitgliedsländer fördern“. Kasachstan, Indien, China, Kirgisistan, Pakistan, Russland, Tadschikistan, Usbekistan und der Iran sind Mitglieder der SOZ und bilden eine Gruppe von enormem Gewicht, der auch Weißrussland bei-

treten wird. Auf dem strategischen Schachbrett Zentralasiens versucht Peking nun, in den Raum vorzudringen, der von dem durch den Ukrainekrieg bereits deutlich geschwächten Russland zurückgelassen wurde, was bei den ehemaligen Sowjetrepubliken Besorgnis hervorruft. Viele dieser Ex-Sowjetrepubliken haben ihren Männern bereits unter Strafe verboten, sich für die russische Armee, die händeringend Rekruten für den Krieg in der Ukraine sucht, anwerben zu lassen. China stärkt damit auch in dieser Nachbarregion weiter seine Positionen, trotz eines hartnäckigen Vorurteils im Westen, dass die Zukunft der Region sehr stark, wenn nicht sogar ausschließlich von Moskau abhängt. Historisch sind die Chinesen jedoch mit der Region mindestens ebenso vertraut wie Russland.

Bodo Bost

● MELDUNGEN

Kooperation in Schwedt

Warschau – Als Teil eines Aktionsplans zur deutsch-polnischen Zusammenarbeit haben Bundeskanzler Olaf Scholz und der polnische Ministerpräsident Donald Tusk vereinbart, die Arbeit der PCK-Raffinerie in Schwedt (Uckermark) gemeinsam zu sichern. Dazu wollen beide Regierungen die Zusammenarbeit von Unternehmen im Bereich der Rohöl-Infrastruktur fördern. Nach dem freiwilligen Verzicht Deutschlands auf russisches Pipelineöl wird die Raffinerie im Nordosten Brandenburgs derzeit über die Häfen Rostock und Danzig sowie im Transit über Russland mit Rohöl aus Kasachstan beliefert. Die Raffinerie steht seit Herbst 2022 unter Zwangsverwaltung der Bundesnetzagentur. Mehrheitseigentümer der PCK Raffinerie ist noch immer ein Tochterunternehmen des russischen Energieversorgers Rosneft. Der PCK-Chef Ralf Schairer hat anlässlich eines Besuchs des Ostbeauftragten Carsten Schneider (SPD) den Ausbau der Pipeline von Rostock nach Schwedt gefordert. *H.M.*

USA: Zurück zu Verbrennern

New York City – Fast jeder zweite Elektroauto-Besitzer in den USA will beim nächsten Autokauf auf ein Modell mit Verbrennungsmotor umsteigen. Das ergab eine Umfrage des Beratungsunternehmens McKinsey & Company. Ähnlich äußerten sich viele E-Auto-Nutzer in anderen westlichen Industriestaaten, die ebenfalls von McKinsey interviewt wurden. Weltweit bereut im Durchschnitt jeder dritte Eigentümer eines Elektrofahrzeuges seine Kaufentscheidung. Als Hauptgründe für die Unzufriedenheit werden genannt, dass die öffentliche Ladeinfrastruktur unzureichend sei, dass die Gesamtbetriebskosten zu hoch seien und dass die Reichweite ihrer Autos zu gering sei. Die Errichtung neuer Ladestationen scheitert in den USA oft an Schwächen des Stromnetzes. Manche Betreiber greifen daher auf Ladestationen mit Benzin- oder Dieselgeneratoren zurück. *W.K.*

Scharfe Kritik an Habeck

Berlin – Der Automobilexperte Ferdinand Dudenhöfer macht Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) für die schwierige Situation bei den Herstellern von E-Autos verantwortlich. Laut Medienberichten sind bei VW in Zwickau die Arbeitsplätze von mehr als tausend Mitarbeitern in Gefahr. In Zwickau hat VW ein komplettes Werk vom Verbrennungsmotor auf Elektromobilität umgestellt. VW kündigte vor Kurzem an, dieses Werk umstrukturieren zu wollen. Dudenhöfer übte speziell Kritik an der Entscheidung, die staatlichen Kaufprämien für Elektroautos Ende 2023 von „heute auf morgen“ einzustellen. Habeck habe damit den Markt „erledigt“. Dudenhöfer zufolge können sich die VW-Mitarbeiter „bei Habeck bedanken“, dass es nun erneut zu einem Stellenabbau kommt. Eine Mitschuld am sinkenden Interesse an Elektroautos sieht Dudenhöfer allerdings auch bei anderen Parteien, die zu oft betonen würden, wie innovativ der Verbrennungsmotor sei. *H.M.*

KOMMENTARE

Polnische Spielchen

HERMANN MÜLLER

Egal, ob Hardliner der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) oder EU-Begeisterte der Bürgerplattform von Donald Tusk: Polnische Politiker jeglicher Couleur gehörten zu denjenigen, die beim Bau der Gasleitung Nord Stream 2 am lautesten gewarnt haben, Wladimir Putin werde Energielieferungen als politische Waffe nutzen. Inzwischen scheint die Zeit reif für eine Diskussion, ob es nicht Polen selbst ist, das die Versorgungssicherheit Deutschlands als Druckmittel nutzt. Anlass ist die Lage der PCK Raffinerie Schwedt im Nordosten Brandenburgs.

In Berlin und Potsdam ist es ein offenes Geheimnis, dass Polen für seinen Mineralölkonzern Orlen einen Einstieg bei der Raffinerie anstrebt. Um der Kaufabsicht den nötigen Nachdruck zu verleihen, scheut Warschau offenbar nicht davor zurück, die prekäre Situation der Raffinerie auszunutzen. Bundeskanzler Olaf Scholz hatte 2022 erklärt, Deutschland verzichte freiwillig auf russisches Öl. Ein rentabler Betrieb der riesigen PCK-Anlagen hängt seitdem vom

Wohlwollen Warschaus ab. Bereits vergangenes Jahr blockierten polnische Stellen im Danziger Hafen die Entladung von Öltankern, die Ladung für Schwedt hatten. Parallel drängte Warschau auf Enteignung des russischen PCK-Haupteigentümers.

Nun zeichnen sich neue Schwierigkeiten ab. Schwedt wird mittlerweile auch mit Öl aus Kasachstan beliefert. Lieferweg ist die Druschba-Pipeline, die über polnisches Gebiet verläuft. Wie der „Nordkurier“ berichtet, will Polen offenbar die Chance nutzen, einen bald auslaufenden Wartungsvertrag für die Transitleitung neu auszuhandeln, um sich mehr Einfluss über diesen Lieferweg zu sichern. Der Brandenburger Bundestagsabgeordnete Christian Görke (Linkspartei) forderte inzwischen ein Machtwort Robert Habecks, da die „derzeitigen politischen Spielchen“ die Versorgungssicherheit gefährden. Noch dringender ist jedoch ein Ausbau der bestehenden Pipeline vom Rostocker Hafen, damit Schwedt frei von polnischen Einflussmöglichkeiten mit Rohöl versorgt werden kann.

Instinktlose Steuer-Irrung

JENS EICHLER

Man kann der Ampel in Berlin vieles vorwerfen. Eines aber nicht: Dass sie nicht kreativ wäre. Wie sonst käme diese Koalition, die eigentlich die Interessen des Volkes vertreten und Schaden von ihm abwenden soll, auf die abstruse Idee, die eigenen Bürger immer höher steuerlich – vor allem durch versteckte, indirekte Abgaben – bis zum Unerträglichen zu belasten, dafür aber Migranten bis zu 50 Prozent Steuererleichterungen zu schenken? Angeblicher Grund für diese Ungerechtigkeit gegenüber den Steuerzahlern: Man will mehr ausländische Fachkräfte anlocken. Dabei muss niemand einem bestimmten politischen Lager angehören, um diese „mentale Erleuchtung“ als das zu bewerten, was sie ist: instinktlos und irgendwie sogar dreist. Und wie so oft ist auch dieser Ampel-Impuls erneut völlig unausgegoren. Denn wer ist denn überhaupt eine „ausländische Fachkraft“? Ein heimkeh-

render Student nach nur einem Auslandssemester? Oder jemand, der das Studium im Ausland gar beendet hat? Ein Ausgewanderter, der zurückkehrt? Oder gilt plötzlich ein ausländischer Pass als Merkmal? Das wiederum wäre Diskriminierung par excellence und damit ein Fall für Ferda Ataman als Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung. Wenn dann Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) nur Tage später wegen leerer Kassen androht, die Beitragsätze für die Pflegeversicherung erhöhen zu müssen, kommt das einem Schlag ins Gesicht für alle Beitragszahler gleich. Fressen doch monatliche Pflegekosten die eh schmale Rente der Patienten auf, oft ihr wenig Erspartes dazu, bis am Ende sogar deren Kinder (zu-)zahlen müssen. Da kommt das Steuergeschenk für Ausländer gerade richtig. Bürger schröpfen, um Migranten zu pampern. Großartige Idee! Für die Ampel scheint der Souverän nur noch eine Geld-Melkmaschine zu sein.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024:

Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	(040) 4140 08-0
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de anzeigen@paz.de vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



Wieder begeistert vom eigenen Land: Fußball-Fans während der Europameisterschaft in Deutschland

Foto: action press

RESÜMEE DER FUSSBALL-EM

Die Rückkehr des Stolzes

REINHARD MOHR

Nein, ein Remake des „Sommermärchens“ der WM 2006 war die Fußballeuropameisterschaft in Deutschland 2024 nicht. Schon das Wetter spielte nicht so mit wie damals. Statt Dauersonne gab es Gewitter, Starkregen und dunkle Wolken. Aber auch die „Gesamt-situation“ („Der Schuh des Manitu“) war deutlich weniger unbeschwert als vor 18 Jahren – vom endemischen Ampel-Chaos über Ukraine- und Gaza-Krieg bis hin zu den Wahltribulenzen in Frankreich, und zuletzt auch noch das Attentat auf Trump. So sehr die Welt gerade jetzt positive Erlebnisse gebrauchen kann: Die politische Stimmung ist so schlecht wie lange nicht.

Umso erfreulicher, dass die deutsche Fußball-Nationalmannschaft, obwohl bereits im Viertelfinale gegen Spanien ausgeschieden, plötzlich wieder Emotionen, Engagement und Leidenschaft entfacht hat wie seit zehn Jahren nicht mehr. Hunderttausende vor allem junge Fans, unter ihnen viele Frauen, fieberten mit der Mannschaft um Toni Kroos und Ilkay Gündogan, jubelten und trauerten. Ein neues Gemeinschaftsgefühl war spürbar, ebenso ein Identifikationsbedürfnis mit der Nationalmannschaft des Landes, das ansonsten gerade wenig gute Nachrichten hervorbringt und nur darauf zu warten scheint, dass die rotgelbgrüne Bundesregierung voller unfähiger Bruchpilot*innen endlich abtritt.

Ein neues Wir-Gefühl

Auch auf dem grünen Rasen zeigte sich, dass der Geist, neudeutsch: die Mentalität wieder da ist, auch wenn der Weg zur absoluten Weltspitze noch ziemlich lang ist. Das Verdienst gebührt vor allem Bundestrainer Julian Nagelsmann, der einige mutige Veränderungen eingeleitet hat.

Umso erstaunlicher, dass Kanzler Olaf Scholz und seine Berliner Gurkentruppe überhaupt nicht vom neuen Schwung der Nationalmannschaft profitieren konnten, ganz anders als Angela Merkel 2006, als Deutschland „die Welt zu Gast bei Freunden hatte“, und 2014, als Deutschland Weltmeister wurde. Kein Wunder, dass Bundestrainer Nagelsmann die Kanzlerrolle gleich mit übernahm, als er nach der Niederlage gegen Spanien sagte:

„Ich finde, dass wir es gemeinschaftlich geschafft haben, ein Land, das viel zu viel in Tristesse und stetig in Schwarzmalerei verfällt, ein bisschen aufzuwecken.

Schöne Momente zu bescheren. Ich hoffe, dass diese Symbiose zwischen Fußball-Fans und der Fußball-Mannschaft auch in der normalen Gesellschaft stattfindet, dass wir begreifen, dass wir als Gemeinschaft mehr bewegen können, dass nicht jeder sein eigenes Süppchen kocht und individueller sein will als sein Nachbar. Mit seinem Nachbarn ist man stärker als ohne. Einfach ein Tick mehr Dinge wieder gemeinsam machen, diese Gemeinschaft hat sehr gutgetan.“

Die Reaktion der woken Blase

Wahre Worte aus der normalen Welt jenseits der links-grün-woken Blase. Das konnte die natürlich so nicht stehenlassen. Der „Spiegel“-Chefredakteur Dirk Kurbjuweit musste umgehend widersprechen: Selbst beim Thema Fußball sei die Gesellschaft keine Gemeinschaft, weil viele Menschen, die hier lebten, nicht Fans der deutschen Mannschaft seien, sondern der türkischen oder englischen, französischen Kicker.

Eine Banalität, die nach den Türkei-Spielen auf dem Berliner Ku’damm zu besichtigen war, rechtsextremistische „Graue Wölfe“-Zeichen inklusive. Kurbjuweits Problem: Er kann nicht zwischen Gemeinschaft und Gemeinschaftsgefühl unterscheiden. Gemeinsamkeiten schließen Unterschiede ein. Für ihn aber, den Grobmotoriker im Geiste, ist der Antrieb demokratischer Gesellschaften „nicht das Gemeinsame, sondern der Unterschied, der Widerspruch, die Debatte“. Es gehe nicht um „die Einheit der Identitäten, sondern deren Integration unter einem gemeinsamen Dach.“

Integration unterm Dach? Was soll das sein? Ein klimafreundliches Solar-dach mit sozialer Wärmepumpe? Identität betrifft jeden einzelnen, da muss auch nichts integriert werden – wohin auch? Das Gemeinschaftsgefühl aber verbindet gerade die verschiedensten Menschen, die in diesem Moment eines eint: für die eigene Mannschaft, für das eigene Land zu sein, zu dem selbstverständlich alle gehören, die entweder Bürger des Landes sind oder sich anderweitig mit seinen Erfolgen identifizieren – und auch bei Niederlagen mitleiden.

Weltmeister Thomas Müller sagt es so: „Ich bin stolz, ein Teil dieses Teams zu sein, und vor allem stolz, ein Deutscher zu sein. Danke an alle, die mit uns mitgefiebert haben und tolle Gastgeber waren. Lasst uns dieses Gefühl gerade in den aktuellen Zeiten mit in unseren Alltag nehmen.“ Für viele mag das eine „toxische“

Äußerung sein, denn Stolz wird in der Regenbogen-Republik vor allem als „Pride“ gefeiert, der allein der non-binär-queeren LGBTQI+-Community zusteht.

Mannschaftskollege Toni Kroos, der seit zehn Jahren in Spanien lebt, setzte einen weiteren Akzent aus dem echten Leben: „Ich finde Deutschland nach wie vor wirklich ein tolles Land, ... aber es ist zumindest nicht mehr ganz das Deutschland, wie es vielleicht vor zehn Jahren war, wo wir gegangen sind. Ich habe eine siebenjährige Tochter zum Beispiel. Wenn die nachher 13, 14, 15 wird. Und wenn mich jetzt jemand fragen würde: Würdest du deine Tochter mit 14 tendenziell abends um 23 Uhr jetzt in Spanien rauslassen oder in einer deutschen Großstadt? Wäre ich, glaube ich, tendenziell eher bei Spanien.“

Was bleibt

Harsche Kritik aus der linksgrünen Blase war die Folge, die „Süddeutsche“ barmte: „Die Rechten jubeln“, und auf „web.de“ hieß es „Toni Kroos redet sich um Kopf und Kragen.“ Dabei ging fast unter, dass Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt (Grüne) auf der Plattform X zu Protokoll gegeben hatte: „Diese Mannschaft ist wirklich großartig. Stellt euch kurz vor, da wären nur weiße deutsche Spieler.“ Grüner Rassismus *par excellence*: die Hautfarbe als Kriterium. Dass auch Syrer, Brasilianer und Tadschiken „Weiße“ sein können, ist ihr nicht klar – ihr, die Migranten einst zynisch als „Geschenke“ bejubelt hatte.

Was gab es sonst noch? Kompanien von Experten, Co-Kommentatoren und Moderatorinnen, kreative Frisur-Gestaltungen vom Vogelnest bis zum Haarreif für Männer, grandioses „Spielermaterial“, einen Ort namens „Gelsenkirchen“ als „Shithole“ und das Frankfurter Bahnhofsviertel als „Zombieland“, dazu die Deutsche Bahn als Symbol des Niedergangs der Ampelrepublik. Derweil zerschlugen sich die Hoffnungen auf einen anlassbedingten Anstieg des Bierkonsums. Oh, und Spanien wurde – trotz des nicht gegebenen Handelfmeters für Deutschland – verdientermaßen Europameister.

Was bleibt? Das Gefühl, dass dieses Land weit unter seinen Möglichkeiten regiert, ach was: durchgewürschelt, untergewirtschaftet und weggenuschelt wird – dass es also durchaus Grund zu Optimismus gäbe, wenn das Leitungsteam ausgewechselt würde.

Wie hätte früher der C-Jugend Trainer gesagt: Olaf, ab zum Duschen!

Uffrur für Freiheit und Gerechtigkeit

500 Jahre Bauernkrieg: An den wichtigsten Orten des Aufstandes bereitet man eine ganze Reihe von Ausstellungen vor

VON VEIT-MARIO THIEDE

Der Bauernkrieg begann im Sommer 1524 friedlich, aber lautstark am Südrand des Schwarzwalds. In Stühlingen zogen Bauern vor das Schloss des Landgrafen Sigmund II. Sie forderten, die Abgabenlast und Frondienste zu vermindern, verlangten faire Gerichtsbarkeit und die Wiederherstellung ihres alten Rechts, zu jagen, zu fischen und den Wald zu nutzen.

Die Stühlinger Empörung war das erste Flämmchen zu einem Flächenbrand, der 1525 weite Teile Südwest- und Mitteldeutschlands erfasste. Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Thüringen widmen dem Bauernkrieg jetzt groß angelegte Landesausstellungen.

Die von Baden-Württemberg beginnt am 26. Oktober in Stuttgarts Altem Schloss unter dem Titel „Protest!“. Aufgezeigt werden die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen dem Bauernkrieg und heutigen Protestbewegungen. Zeitgleich gibt es im Jungen Schloss „Zoff!“. Die Mitmachausstellung für Familien und Kindergruppen handelt von Streit und Versöhnung.

Der „Uffrur!“ beginnt erst am 26. April 2025 im Kloster Bad Schussenried. Es ist ein authentischer Ort des Bauernkriegs. Die Aufständischen verwüsteten das Klosterarchiv und raubten die Lebensmittelvorräte. Im Verlauf des Bauernkriegs zerstörten die aufrührerischen Landleute, Städter und Bergmänner rund 1000 Klöster und Burgen. Die Fürsten schlugen hart zurück: An die 75.000 Aufständische verloren ihr Leben, während die Gegenseite nur geringe Verluste erlitt.

In Bad Schussenried berichten historische Objekte über die wirtschaftlichen, politischen und religiösen Aspekte des Bauernkriegs. Künstliche Intelligenz verhilft acht historischen Persönlichkeiten zu digitalem Leben. Vorstellen wird sich uns etwa der Maler Jörg Ratgeb, der nach der Schlacht von Böblingen wegen Hochverrats gevierteilt wurde. Sieger dieser und vieler weiterer Schlachten war der



Thomas Müntzer senkt die Fahne der Aufständischen: Detail aus Werner Tübkes Monumentalgemälde in Bad Frankenhausen

vom Schwäbischen Bund mit der Niederschlagung der Aufstände beauftragte Georg III. Truchsess von Waldburg. Der grausame und gnadenlose Truchsess ist auch als „Bauernjörg“ bekannt.

„Gerechtigkeit“ heißt die dezentrale Landesausstellung Sachsen-Anhalts. Im Kunstmuseum Moritzburg von Halle läuft ab 24. November die Ausstellung „Frührenaissance. Mitteldeutschland am Vorabend des Bauernkriegs“. Sie wartet mit Gemälden, Skulpturen und Kunsthandwerk auf. Neu an diesen Werken war ihre Doppelfunktion: Sie dienten nicht mehr nur religiösen Zwecken, sondern nun auch der Repräsentation ihrer Auftraggeber. In Halles Landesmuseum für Vorgeschichte läuft ab Sommer 2025 eine Schau zur Archäologie und Geschichte der im Bauernkrieg zerstörten Klöster Himmelpforte und Kaltenborn.

Martin Luther attackierte mit seinen Schriften die Aufständischen und forderte die Fürsten auf, sie wie tolle Hunde totzuschlagen. In den Museen Luthers Sterbehäuser in Eisleben und Luthers Elternhaus in Mansfeld sind bereits die für Kinder und Jugendliche entwickelten Mitmachausstellungen „1525! Aufstand für Gerechtigkeit“ eröffnet.

Müntzers Fürstenpredigt

Im zweiten Teil der Eislebener Schau steht der Theologe und radikale Reformator Thomas Müntzer im Blickpunkt. Und ebenso im Schloss von Allstedt. Am 13. Juli 2025, dem 501. Jahrestag seiner berühmten „Fürstenpredigt“, wird eine multimediale Inszenierung eröffnet, die seinem Leben gewidmet ist. In der auf dem Schloss vor Herzog Johann von Sachsen und seinem Sohn Johann Friedrich gehaltenen „Fürstenpredigt“ forderte Müntzer: „Drum sage ich mit Christo und Paulo und mit Unterrichtetsein über das ganze göttliche Gesetz, dass man die gottlosen Regenten, besonders die Pfaffen und Mönche, töten soll.“

Das Müntzer-Gedenken setzt sich in der Thüringer Landesausstellung „Freiheit“ fort. In Mühlhausen war Müntzer ab Februar 1525 Prediger an der Marienkirche. Sie ist inzwischen Museum und Müntzergedenkstätte. In ihr stellt uns ab 26. April 2025 eine Sonderschau die ländliche Gesellschaft, ihre Lebenswelt, rechtliche Situation und Konflikte mit der Obrigkeit zu Beginn des 16. Jahrhunderts vor.

Zeitgleich macht uns die Präsentation im Bauernkriegsmuseum Kornmarktkirche mit den Ereignissen der Jahre 1524 und 1525 aus überregionalem Blickwinkel vertraut, während das Kulturhistorische

Museum deren widersprüchliche Deutung sowie konfessionelle und politische Inanspruchnahme und künstlerische Interpretation in den letzten 500 Jahren verfolgt.

Am 11. Mai 1525 traf Müntzer mit 300 Mann vor Frankenhausen ein. Die da versammelten Aufständischen hatten seine Hilfe erbeten. Mit Landsknechten und Reitern zogen der reformatorisch gesinnte Landgraf Philipp von Hessen, sein papstreuer Schwiegervater Herzog Georg von Sachsen sowie braunschweigisch-lüneburgische, kurmainzische und brandenburgische Kontingente vor Frankenhausen. Am 15. Mai ließen die Fürsten mit ihren Kanonen die Wagenburg der aufrührerischen Bauern und Städter beschießen. Die flohen panisch gen Frankenhausen. Das Fürstenheer schlachtete an die 6000 Flüchtende ab und verzeichnete selbst nur sechs Tote. Müntzer schaffte es bis in die Stadt, geriet da jedoch in Gefangenschaft. Nach Verhör und schwerer Folter ließen ihn die Fürsten am 27. Mai vor den Toren Mühlhausens enthaupten.

Auf dem Schlachtberg von Bad Frankenhausen erhebt sich das Panorama-Museum mit Werner Tübkes 1987 vollendetem Rundgemälde „Frühbürgerliche Revolution in Deutschland“. Der Maler breitet ein Panorama des 16. Jahrhunderts aus, in dem auch der Bauernkrieg, Müntzer und Luther ihren Platz haben.

Am 10. Mai 2025 beginnt im Panorama-Museum die Ausstellung „Der Welt Lauf“. Sie zeigt die historischen Vorbilder, die Tübke offen oder versteckt in seinem Monumentalbild zitiert. Insbesondere handelt es sich um Holzschnitte und Flugblätter aus der Bauernkriegs- und Reformationszeit.

Parallel präsentiert Bad Frankenhausens Regionalmuseum die Sonderschau „Bauernschlacht bei Frankenhausen 1525“. Besondere Beachtung verdienen die einzigen bislang entdeckten Funde vom Tag der Schlacht.

● www.bauernkrieg-bw.de, www.gerechtigkeit1525.de, www.bauernkrieg2025.de

AUSSTELLUNG

Das Universum eines visionären Gottsuchers

In Deutschland unbekannt, in England ein Star: Der Dichter und Graphiker William Blake und seine Hoffnung auf universelle Erlösung

Kaum haben sich die Hamburger in ihrer Kunsthalle von der Jubiläumsausstellung über Caspar David Friedrich faszinieren lassen, wird dort der Romantiker im Rahmen der Ausstellung „William Blakes Universum“ in Szene gesetzt. In der Schau wagt man sich erstmalig an die Erkundung von Parallelen der künstlerischen Ideale und Ambitionen Blakes (1757–1827) sowie Friedrichs und Philipp Otto Runge.

Der Engländer kannte seine deutschen Zeitgenossen nicht und hatte womöglich auch nie von ihnen gehört. Doch angesichts der Kriege und Krisen im Nachgang der Französischen Revolution, aber auch ihrer Ideale, entstand in ganz Europa die Sehnsucht, die Welt neu zu errichten, verbunden mit der Hoffnung auf eine Erlösung sowohl der Individuen wie der Nationen. Die bildende Kunst fühlte sich dabei auf beiden Seiten des Kanals herausgefordert, ihren kritischen Beitrag zu leisten.

Dazu zählen Runge's vierteiliger Zyklus „Die Zeiten“ genauso wie Friedrichs siebenteilige Folge „Die Lebensalter“ oder „Der Morgen“ und „Der Abend“, dargestellt auf der Insel Rügen, die sich mit dem großen Thema vom Werden und Vergehen beschäftigen. In ihrer Mystik und tiefer religiösen Spiritualität sind sie eng mit

den Werken Blakes verbunden. Dabei findet man im Detail sogar motivische Überestimmungen.

In Deutschland ist dies erst die zweite dem Künstler gewidmete Museumsausstellung überhaupt. Die vom Fritz-William-Museum in Cambridge übernommene Schau mit rund 90 Arbeiten des Künstlers auf Papier und rund 80 relevanten Arbeiten europäischer Zeitgenossen gibt jetzt einen noch tieferen Einblick in Blakes Werk. Der sehr passende Titel „William Blakes Universum“ bezieht sich zum einen auf die phantastischen visionären Welten, die der Zeichner, Graphiker und Poet in seinen Bildern und Dichtungen erschaffen hat, zum anderen auf den Kosmos, in den seine Ideen intellektuell und künstlerisch einzuordnen sind.

Die Gliederung der Ausstellung in die Kapitel Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft erleichtert es, sich in Blakes Universum hinzudenken. Dabei sollte man unterscheiden zwischen der Ausführung von Aufträgen als Kupferstecher, die er annahm, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen, und der Selbstverwirklichung in Arbeiten als freier Künstler, die zu Blakes Lebzeiten leider wenig Anerkennung fanden. Dabei sind Begriffe wie Apokalypse und Erlösung, Nationalismus, Individualismus und Freiheit, Spiritualität und kritischer Materialismus, die Blakes Denken prägten, immer noch aktuell. Um sie in seinem komplexen Werk zu erfassen, muss man sich für die Ausstellung viel Zeit lassen und sollte unbedingt die Audiotouren der Kunsthallen-App für Erwachsene sowie für Kinder und Jugendliche ab acht Jahren nutzen.

Helga Schnehagen

● Bis zum 8. September, täglich geöffnet außer montags von 10 bis 18, donnerstags bis 21 Uhr. Der Katalog mit 380 Seiten, kostet im Museum 39 Euro.

www.hamburger-kunsthalle.de



Spirituelle Visionen: Blakes „Europa, eine Prophezeiung“ (1794)

GENFER ABKOMMEN

Als Vietnam geteilt wurde

In dem 1946 begonnenen Französischen oder Ersten Indochinakrieg zwischen den Vietminh (Liga für die Unabhängigkeit Vietnams) und der französischen Kolonialmacht war den Vietnamesen in der Schlacht um Dien Biên Phu vom 13. März bis 8. Mai 1954 ein entscheidender Sieg gelungen. Trotzdem kam es vor 70 Jahren nicht zu einem Siegfrieden, denn China und die Sowjetunion, die beiden großen Unterstützer der Vietminh, waren an einer Deeskalation und einer Verständigungslösung interessiert. Frankreich sollte nicht in die Arme eines US-geführten, gegen sie gerichteten Bündnisses getrieben werden, und die USA sollten von einer militärischen Intervention in den Krieg auf Seiten Frankreichs abgehalten werden. Nollens volens stimmten die Vietminh auf der Indochinakonferenz in Genf einer Kompromisslösung zu.

Am 20. Juli endete die am 26. April begonnene Indochinakonferenz mit dem am 21. Juli 1954 verlesenen Genfer Abkommen, das einen Rückzug der alten Kolonialmacht aus Indochina vorsah. Laos und Kambodscha sollten unabhängige Staaten werden. Vietnam indes sollte am 17. Breitengrad geteilt werden. Im Nordteil sollten die Vietminh herrschen und im Südteil der mit Frankreich kollaborierende Kaiser Bao Ðai.

Den Vietminh wurde die Zustimmung dadurch versüßt, dass die Teilung des Landes nur provisorisch sein sollte. Zwei Jahre später, im Juli 1956, sollte in gesamtvietnamesischen Wahlen unter internationaler Aufsicht das Volk über sein politisches System und seine Regierung bestimmen. Darüber, wer diese demokratischen Wahlen gewinnen würde, herrschte ein breiter Konsens. „Allgemein herrschte die Überzeugung, im Fall freier Wahlen wäre Ho Tschiminh zum Ministerpräsidenten gewählt worden ... Jeder Indochina-Kenner, mit dem ich sprach oder korrespondierte, war der Meinung, dass, wäre es zur Zeit der Kämpfe zu Wahlen gekommen, möglicherweise 80 Prozent der Bevölkerung für den Kommunisten Ho Tschiminh statt für den Staatschef Bao Ðai gestimmt hätten“, schreibt der damalige US-Präsident Dwight D. Eisenhower in seinem Buch „Die Jahre im Weißen Haus 1953–1956“ ganz offen. Die Vietminh mit ihrem ausgesprochen populären Anführer Ho Tschiminh schienen also nur zwei Jahre warten zu brauchen, bis ihnen die Macht in einem ungeteilten Gesamtvietnam zufiel.

Sie hatten die Rechnung jedoch ohne den Wirt beziehungsweise die Vereinigten Staaten gemacht. Bereits ein Jahr nach dem Genfer Abkommen kam es in Südvietnam zu einem Regime Change. Der pro-US-amerikanische Regierungschef Ngô Ðinh Diem putschte gegen seinen pro-französische Staatschef und setzte sich selbst als Präsident an dessen Stelle. Ganz im Sinne der USA machte der Diktator klar, dass er sich nicht an das Genfer Abkommen gebunden fühle und es mit ihm nicht zu den dort vorgesehenen gesamtvietnamesischen Wahlen kommen werde.

Die Vietnamesen hatten nun die Wahl, sich mit einer endgültigen Spaltung ihres Landes zu arrangieren oder wieder zur Waffe zu greifen. Die Saat zum Zweiten, zum nun US-amerikanischen Indochinakrieg, dem sogenannten Vietnamkrieg, war gelegt.

Manuel Ruoff



Eine kleine Bucht, die nicht viel mit Preußen zu tun hat, aber sehr viel mit dem sagenumwobenen Schmuggel an Cornwalls Küsten: Prussia Cove

Foto: Bernhard Knapstein

CORNWALL

Eine Preußen-Bucht ohne Preußen

Wo Englands Atlantikküste am südwestlichsten ist, liegt zwischen den Orten Marazion und Porthleven die Prussia Cove. Ihren Namen verdankt sie einem legendären, angeblich Friedrich dem Großen ähnelnden Schmuggler

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Schroffe Steilhänge und üppige Gärten, süße Cottages und gediegene Herrenhäuser mit weitläufigen Parks – die südwestenglischen Grafschaften Cornwall und Devon bieten ideale Kulissen, um sich selbst ins viktorianische Zeitalter zu versetzen. Doch auch die jüngere Kulturlandschaft hat es in sich. Es wundert wenig, dass die Liebesgeschichten von Rosamunde Pilcher vor allem hier, in den küstennahen Gegenden Cornwalls, spielen.

Wo Englands Atlantikküste am südwestlichsten ist, mag der aufmerksame Besucher zwischen den Orten Marazion und Porthleven verwundert auf die recht kleine Preußen-Bucht stoßen. Prussia Cove ist – das wissen Einheimische sehr zu schätzen, wie ein PAZ-Interview mit Anwohnern ergab – bei Touristen kaum bekannt. „Prussia Cove is an Enigma“, bestätigt etwa der junge George Nixon, der in einem Haus oberhalb der Bucht wohnt.

Nixon erklärt im Gespräch auch, wie die Bucht zu ihrem Namen gekommen ist. Die erste Mutmaßung, dass Preußen in der Bucht gesiedelt haben, schiebt Nixon lachend beiseite. Nein, die Bucht sei nach einem sagenumwobenen örtlichen Schmuggler aus dem 17. Jahrhundert benannt worden. Und der habe wie der preußische König ausgesehen. Bis 1701 gab es allerdings gar keinen König in Preußen. Eine umgehend eingeleitete Recherche

der PAZ in der Bibliothek der nahen Stadt Penzance hat die Geschichte zwar grundsätzlich bestätigt, aber stattgefunden hat sie vor allem Ende des 18. Jahrhunderts.

Im Zentrum steht ein Haudegen von Seemann, dessen Familie namens Carter in einem noch heute an der Küste stehenden Haus gelebt hat. Die Carters of Prussia Cove gehörten zu den berühmtesten Schmugglern Cornwalls. Von ihrem geschützten Zufluchtsort an der Südküste Cornwalls aus hatten sie von 1770 bis etwa 1807 die Kontrolle über den Schmuggelhandel. Die Brüder John (1738–1803) und Harry Carter (1749–1809) dieser gefeierten Ganovenbande sind die zentralen Protagonisten, wobei John aufgrund einer gewissen Ähnlichkeit zum preußischen Monarchen Friedrich der Große bereits von jung an „König von Preußen“ genannt wurde, ein Titel, den er auch als Erwachsener noch trug und der später der Bucht den Namen gab.

Schmugglerfamilie Carter

Abgesehen von einer Autobiografie Harry Carters, „The Autobiography of a Cornish Smuggler“, stammt das meiste, was über die Familie bekannt ist, aus Erzählungen und lokalen Legenden. So soll der „König von Preußen“, als ihm gerade von den Behörden Schmugglerware abgenommen worden war, diese nach dem Abtransport heldenhaft zurückerobert haben, wie Nixon schildert. Tatsache ist jedenfalls, dass der Aufstieg der Familie zu Ruhm und

Reichtum historisch in eine Zeit britisch-französischer Auseinandersetzungen fiel, in welcher der Spielraum für individuelle Unternehmungen außerhalb der Gesetze groß war.

Der Unabhängigkeitskrieg in Amerika und die Wirren der Französischen Revolution eröffneten viel Raum für Piraterie und Schmuggel. Regelmäßig wurden Schiffe aller Nationen im Ärmelkanal angehalten, ihre Ladung erbeutet und ihre Besatzungen gefangengenommen. Während die Royal Navy ausländische Häfen blockierte, litten die britischen Handelsschiffe unter der Gewalt der französischen und amerikanischen Marine. Die Piraterie war quasi lizenziert, um dem Mangel an Handelsgütern etwas entgegenzusetzen zu können.

Die Carter-Familie war zunächst an Kaperfahrten während der Kriege Großbritanniens gegen Amerika, Frankreich, Spanien und die Niederlande beteiligt und erhielt für mehrere ihrer Schiffe Freibeuterbriefe. Eines der von Harry Carter befehligten Piratenschiffe ging dadurch verloren, dass es von den französischen Behörden beschlagnahmt wurde, als es in der Bretagne zur Reparatur anlegen musste.

Dass man gleichwohl nicht nur am Steuersystem vorbeilaufen konnte, belegt ein anderer Vorfall. Am 31. Januar 1788 brachte Harry Carter eine Fracht mit der „Revenge“ nach Cawsand südlich von Plymouth, um dort ein wartendes Team seines Bruders Charles aufzunehmen. Die

Schiffsluken wurden für zwei Boote geöffnet, von denen Carter annahm, dass sie Teil des Landungstrupps waren. Die Boote stammten allerdings von der königlichen 16-Kanonen-Schaluppe „Druid“. Die „Revenge“ feuerte auf die „Druid“, tötete eines der Besatzungsmitglieder und verletzte sieben weitere, bevor das eigene Schiff geentert wurde. Harry Carter wurde bei dem Kampf an Bord der Revenge schwer verletzt und entging der Gefangennahme nur, indem er sich über Bord warf und sich an den Schiffstauen ans Ufer zog. Zehn der Schmuggler wurden gefangen genommen und – wie in Kriegzeiten üblich – in die Marine übernommen, sechs wurden getötet.

Blüte Ende des 18. Jahrhunderts

Für Kapitän Carters Gefangennahme wurde eine Belohnung von 300 Pfund ausgesetzt, aber er entging dem Zugriff und versteckte sich auf Acton Castle im Westteil Cornwalls. Später ging er mit Hilfe der Familie Dunkin, einer weiteren Schmugglerfamilie aus Penzance, an Bord von deren Schiff „George“ ins amerikanische Exil. Charles Carter wurde wegen Zollvergehen verurteilt und möglicherweise ausgleichsweise zur Marine „gepresst“.

Der „König von Preußen“, John Carter, starb 1803. Das Anwesen wurde noch im selben Jahr verkauft. Die große Zeit der Carters war damit vorüber, der Schmuggel in Cornwall wurde von den Zollbehörden insgesamt mit Beginn des 19. Jahrhunderts konsequent bekämpft.

Was bis heute in der Preußen-Bucht geblieben ist, sind der Rufname eines berühmten Haudegens, der wie ein preußischer Monarch aussah, das Haus oberhalb der Bucht, zwei zugemauerte Schmuggler-Höhlen und ein Paar Furchen im Gestein. Letztere weisen darauf hin, dass die schwere Schmugglerware vor allem mittels einer Art Lore über das Gestein in die Bucht gezogen worden ist. Es versteht sich von selbst, dass der „König von Preußen“ auch als Bühnenstück für einheimische Laientheater geschrieben worden ist. Eine sagenhafte Räuberpistole halt.

SÜDAMERIKA

Brasilien feiert deutsche Einwanderer

Nach der Erlangung der Unabhängigkeit holte Kaiserin Leopoldine gezielt Landsleute aus ihrer alten in ihre neue Heimat

VON BODO BOST

Vor 200 Jahren, am 24. Juli 1824, landete das erste deutsche Einwandererschiff im Süden Brasiliens. Die deutschen Einwanderer, die jahrzehntelang in Brasilien ohne staatliche Hilfen auskommen mussten, klammerten sich viele Jahrzehnte an die alte Heimat und halfen, wie 1945, wenn es dort schlecht ging. Die neue Heimat feiert den Beginn der deutschen Einwanderung, die mit der Gründung der Kolonie São Leopoldo bei Porto Alegre in Rio Grande do Sul begann, mit einem Festjahr. Dass die deutsche Einwanderung nach Brasilien kurz nach der Erlangung der Unabhängigkeit des Landes von Portugal im Jahre 1822 begann, ist kein Zufall.

In Portugal hatten rund eineinhalb Jahrzehnte zuvor, im Jahre 1807, napoleonische Truppen das Land besetzt. Der portugiesische König, Johann VI. aus dem Hause Braganza, und seine Familie flohen nach Brasilien und ließen sich in Rio de Janeiro nieder, was auch die neue Hauptstadt des portugiesischen Weltreiches wurde. Nach der Liberalen Revolution in Portugal von 1821/22 forderten die Revolutionäre den König auf, nach Portugal zurückzukehren. Nolens volens folgte der Monarch der Aufforderung. Seinen ältesten Sohn Peter ließ er als Regenten in Brasilien zurück.

Am 24. Juli 1824 kamen die Ersten

Peter war seit 1817 mit dem fünften Kind und der vierten Tochter des österreichischen Kaisers Franz I., Erzherzogin Leopoldine, verheiratet. Diese erklärte 1822 an der Stelle ihres kranken Mannes Brasilien für unabhängig. Der neue unabhängige Staat wurde ein Kaiserreich mit Peter und Leopoldine als Kaiserpaar. Um die Unabhängigkeit auf feste Grundlagen zu stellen, brauchte das junge Kaiserreich, das damals eine mehrheitlich afrobrasilianische Bevölkerung hatte, europäische Einwanderer. Diese suchte Leopoldine vor allem in ihrer alten Heimat Deutschland. In Rio Grande do Sul, Santa Catarina und Paraná wurden die drei Kolonien São Leopoldo, São Pedro de Alcântara und Rio Negro gegründet. Diese drei Siedlungen sollten die Muttersiedlungen aller deutschen Einwanderer in Südbrasilien werden.



Beitrag der Bundesrepublik zum Jubiläum: Von Jenny del Corte Hirschfeld aus Frankfurt am Main gestaltete Sonderbriefmarke

Foto: Bundesministerium der Finanzen

Gekrönte Häupter Brasiliens



Johann VI. schrieb allein schon dadurch Geschichte, dass er sein Kolonialreich von Rio de Janeiro und damit von einer Kolonie aus regierte. Er starb 1826.



Peter I. war von 1822 bis 1831 Brasiliens erster Kaiser und wurde nach dem Tod seines Vaters zusätzlich König von Portugal. Dort starb er auch 1834.



Leopoldine war ungleich gebildeter als ihr Ehemann. Sie nutzte ihren Einfluss auf Peter, um das von ihr geliebte Brasilien in die Unabhängigkeit zu führen.

Hauptorganisator der Auswanderung im Auftrag Brasiliens war zunächst der deutsche Arzt Georg Anton von Schaeffer aus Münnerstadt in Unterfranken, der bereits 1821 eine Kolonie in Bahia, im Nordosten Brasiliens, gegründet hatte. Zusammen mit Leopoldine suchte er deutsche Siedler, um im Regenwald Landwirtschaft zu betreiben, und Reservisten für die Armee im Kampf gegen Uruguay und Argentinien.

tinien, die beide Ansprüche auf den Süden Brasiliens erhoben. Jede Familie erhielt 77 Hektar Land, dazu Vieh, Saatgut und landwirtschaftliche Geräte. 39 Menschen im Alter von wenigen Monaten bis 49 Jahren verkauften damals in Norddeutschland ihr Hab und Gut, sofern sie welches hatten, und stachen in See über die Häfen von Hamburg und Bremen. Nach einer 120-tägigen Überfahrt und einer weiteren

beschwerlichen Reise auf dem Landweg erreichten sie im Juli 1824 den heutigen Bundesstaat Rio Grande do Sul. Die Siedler mussten das Land roden, Häuser errichten und Getreide anpflanzen. Kirchen und Schulen bauten sie Jahre danach. Später kamen die meisten Auswanderer aus dem Südwesten Deutschlands

Die deutschen Bauern in Brasilien waren Selbstversorger und verkauften bald Überschüsse. Vor ihnen gab es in Brasilien nur Großgrundbesitz mit Monokulturen für den Export und Sklaverei, die erst 1888 abgeschafft wurde. Diese deutschen Kleinbauern, die sich bald auch in Kooperativen à la Raiffeisen zusammenschlossen, waren die Pioniere der bäuerlichen Familienbetriebe, die heute sieben Zehntel aller Lebensmittel in Brasilien erzeugen. Insgesamt kamen im Laufe von mehr als einem Jahrhundert etwa eine Viertelmillion Deutsche, welche die Landwirtschaft prägten.

Konfessionell war die Verteilung ähnlich wie im Herkunftsland. Die eine Hälfte war protestantisch, die andere katholisch. 1846 wurde die erste lutherische Kirche Brasiliens in São Leopoldo gebaut, kurz darauf die ersten beiden katholischen

Pfarreien für die Deutschen errichtet. Bis 1945 gingen Protestanten und Katholiken getrennte Wege. Erst als Deutschland am Ende des Zweiten Weltkrieges am Boden lag und die Brasiliendeutschen als erste ein Dutzend Schiffsladungen Hilfsmaterial in die alte Heimat schickten, war die alte Feindschaft vergessen.

Jeder Zehnte hat deutsche Wurzeln

Lange lernten viele Deutsche nur rudimentär Portugiesisch. Das änderte sich erst, als Brasilien 1942 auf Druck der USA den Achsenmächten den Krieg erklärte und der Gebrauch der deutschen Sprache als Straftat verfolgt wurde. Trotzdem ist Deutsch bis heute die am zweithäufigsten gesprochene Sprache in Brasilien. Etwa zwei bis drei Millionen Brasilianer sprechen heute noch einen deutschen Dialekt; jeder zehnte Brasilianer hat deutsche Wurzeln. In zwölf brasilianischen Gemeinden ist Deutsch als Hunsrückisch oder Pommerisch zweite Amtssprache. Im Süden Brasiliens sind deutsche Traditionen noch sehr lebendig, Würstchen, Sauerkraut, Bier und Oktoberfest sowie Fachwerkhäuser kennt jeder Brasilianer. Das weltweit zweitgrößte Oktoberfest findet in der Großstadt Blumenau in Brasilien statt.

Auf der anderen Seite verschwinden jedoch sichtbare deutsche Einflüsse. Mit mehr als tausend deutschen Unternehmen ist São Paulo zwar die größte deutsche Industriestadt außerhalb Deutschlands, aber die letzte deutsche Zeitung wurde dort eingestellt und die meisten der einst mehr als eineinhalbtausend deutschen Schulen in Brasilien gibt es nicht mehr.

Manche Brasiliendeutsche treibt es sogar wieder zurück in die alte Heimat. Zwischen 2002 und 2017 ist die Zahl der in Brasilien ausgestellten deutschen Pässe stark gestiegen. Großes Interesse an den Nachkommen der deutschen Auswanderer hat die Bundesregierung jedoch nicht.

Luxemburg macht es anders. In den letzten zehn Jahren hat das kleine Großherzogtum 30.000 Brasilianern Luxemburger Abstammung die Staatsangehörigkeit gewährt. Die brasilianischen Luxemburger, die einst zusammen mit den Hunsrückern ausgewandert sind, stellen heute ein Zehntel aller Luxemburger.

NIKLAUS RIGGENBACH

Schweizer Pionier der Zahnradbahn

Das Leiterzahnstangensystem des vor 125 Jahren gestorbenen Ingenieurs und Lokomotivbauers findet noch heute Verwendung

Die Eisenbahn ist eine tolle Erfindung, doch hat sie durch die geringe Reibung zwischen Rad und Schiene bauartbedingt Probleme mit der Überwindung von Höhenunterschieden. Nun ist die Schweiz eine Alpenrepublik und ihre Bewohner sind ein innovatives Völkchen, wie wir spätestens seit der „Wer hat’s erfunden?“-Werbung von Ricola wissen. Und so kann es kaum erstaunen, dass dieses Land mit dem Erfinder des sogenannten Zahnradbahnsystems Riggenbach und der Gegendruckbremse einen bedeutenden Pionier der Zahnradbahn hervorgebracht hat.

Niklaus Riggenbach ist zwar am 21. Mai 1817 im elsässischen Gebweiler zur Welt gekommen, aber seine Familie kam ursprünglich aus Rütenberg, er selbst war Bürger dieses Schweizer Ortes, und nach dem frühen Tod seines Vaters zog seine Mutter mit ihren acht minderjährigen Kindern zurück in die Eidgenossenschaft.

Nach einer Mechanikerlehre zog es den Jüngling in die Fremde. Der gebürtige Franzose landete 1837 in der französischen Hauptstadt. Durch den Besuch von Abendkursen erwarb er sich fundierte Kenntnisse in Mathematik und Physik.

1839 erlebte er die Eröffnung der Bahnlinie von Paris nach St. Germain mit. Das war ein Schlüsselerlebnis. Fortan wollte er sich dem Bau von Lokomotiven widmen.

1840 wechselte er an die Kessler’sche Maschinenfabrik in Karlsruhe. Das Unternehmen, in dem er bald bis zum Werkführer und Geschäftsleiter aufstieg, bot ihm die Gelegenheit, beim Bau der ersten in Deutschland erstellten Lokomotive mitzuwirken. Rund 150 weitere Loks folgten.

Eine von denen, die „Limmat“, war für die Schweiz bestimmt. Diese überführte Riggenbach von ihrem Herstellungs- zu ihrem Bestimmungsland. Auf der Strecke von Baden nach Zürich nahm er Erpro-

bungen vor. Eine weitere Stärkung erfuhren seine Bande zur Schweiz durch die Hochzeit mit Emma Socin im Jahre 1847. Die Braut stammte aus Basel.

In Basel wurde sechs Jahre später die Schweizerische Centralbahn (SCB) gegründet. Für die Leitung ihrer Hauptwerkstätte, die ursprünglich auch in Basel, aber dann in Olten errichtet wurde, gewann die Firma Riggenbach. Letzterer baute die Werkstatt, die Bahnmaterial anfänglich nur wartete, zu einer Produktionsstätte mit über fünfhundert Mitarbeitern aus, in der Lokomotiven und Waggons, ja sogar Brückenelemente hergestellt wurden.

Aufgrund ihrer großen Höhenunterschiede erwies sich die 1858 von der SCB eröffnete Hauensteinstrecke zwischen den beiden Städten Basel und Olten als besondere Herausforderung. Sie animierte Riggenbach zur Entwicklung eines Zahnradbahnsystems mit einem Zahnrad auf der Loko-

motive und einer Leiterzahnstange aus zwei U-förmigen Profilen mit dazwischen eingesetzten Sprossen auf der Strecke.



Niklaus Riggenbach Foto: unbekannt

Um die Praxistauglichkeit des Systems unter Beweis zu stellen, baute er mit dem Ingenieur und Politiker Olivier Zschokke sowie dem Ingenieur und Bauunternehmer Ferdinand Adolf Naeff 1869/70 die Rigibahn. Nachdem sich diese heute noch bestehende erste Zahnradbahn Europas unübersehbar bewährt hatte, verließ Riggenbach die SCB und gründete mit den beiden Schweizer Kollegen eine eigene Gesellschaft zur Vermarktung der Erfindung. Diese Internationale Gesellschaft für Bergbahnen zählte in ihren besten Zeiten 300 Mitarbeiter, wurde jedoch ein Opfer der Großen Depression. 1875 stellte sie den Geschäftsbetrieb ein, ab dem darauffolgenden Jahr wurde sie liquidiert.

Die letzten Berufsjahre arbeitete Riggenbach erfolgreich als freier Ingenieur in Olten. Dort starb der national wie international hoch angesehene Fachmann auch am 25. Juli 1899. Manuel Ruoff

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die US-amerikanische Arzneimittelbehörde FDA, welche mittlerweile zu 75 Prozent von der Pharma-Industrie finanziert wird, ist wegen einer ernsten Gesundheitskrise in den USA in die Kritik geraten. Dort registriert man seit 1995 kontinuierlich wachsende Zahlen von Drogenopfern. Insgesamt starben allein in den vergangenen zwei Jahrzehnten mehr als eine Million US-Amerikaner an einer Überdosis, weswegen der damalige Präsident Donald Trump im Oktober 2017 den medizinischen Notstand ausrief.

Drei Viertel der tödlichen Intoxikationen sind dabei auf Opiode zurückzuführen, also synthetische Substanzen mit morphiumpartigen Eigenschaften (2021 waren es von 107.000 Drogentoten 71.000), wie das Schmerzmittel Oxycontin, das 1996 auf den Markt gebracht wurde. Das Präparat enthält den Wirkstoff Oxycodon, der Atemlähmungen bewirken kann und bereits seit 1919 in der Medizin zum Einsatz kommt. Allerdings bedurfte es erst des geschäftstüchtigen Brüdertrios Arthur, Mortimer und Raymond Sackler, damit das Mittel seinen makabren Siegeszug in den Vereinigten Staaten anzutreten vermochte.

Die drei kauften 1952 die Firma Purdue Pharma und legten damit den Grundstein für ein florierendes Familienunternehmen, von dem Kritiker jetzt sagen, dass es „ganz Amerika krank gemacht“ habe. Der Durchbruch erfolgte dabei aufgrund der innovativen Vermarktungsstrategie der Sacklers, die im Kern darauf hinauslief, nicht mehr die Patienten als Konsumenten der Medikamente anzusprechen, sondern die verschreibenden Ärzte. Auf diese Weise verhalf Arthur Sackler dem Beruhigungsmittel Valium von Hoffmann-La Roche in den 1960er Jahren zu einem reißenden Absatz. Mit der gleichen Strategie verkaufte Purdue Pharma dann auch sein Oxycontin.

Wechsel von der FDA zu Purdue

Diesmal wurden die Mediziner aber mit wertvollen Geschenken korrumpiert und parallel dazu dreiste Lügen verbreitet. So behauptete das Unternehmen wahrheitswidrig, sein Schmerzmittel mache sehr viel weniger süchtig als andere Opiode, weshalb es nicht nur von Krebspatienten, sondern auch von Menschen mit Rückenschmerzen oder ähnlichen Problemen eingenommen werden könne. Darüber hinaus versprach Purdue Pharma eine unrealistisch lange Wirkungszeit.

In dieser Situation versagte die FDA laut Kritikern auf ganzer Linie: Anstatt die Angaben der Firma zu überprüfen, ließ die Aufsichtsbehörde das Medikament nach weniger als zwölf Monaten und ohne nennenswerte klinische Studien zu. Eine maßgebliche Rolle spielte dabei der FDA-Abteilungsleiter Curtis Wright, der kurz nach



Zahl der Drogenopfer explodiert: Erstversorgung eines Opioid-Konsumenten in Boston

Foto: pa/Reuters/Brian Snyder

SUCHTMITTEL

Eine gewaltige Drogen-Invasion bedroht Europa

Aus den USA schwappt die Opioid-Welle auf unseren Kontinent – Die mittlerweile schwer unter Druck geratene US-Firma Purdue Pharma spielt in der Geschichte dieser Substanzen eine finstere Rolle

der Freigabe von Oxycontin zu Purdue Pharma wechselte und dort einen Einstiegsbonus von 400.000 Dollar kassierte.

Das war freilich eine lächerlich geringe Summe im Vergleich zu dem Umsatz beim Verkauf des synthetischen Opioids. Dieser lag bei insgesamt 35 Milliarden Dollar. Dadurch brachte es die Familie Sackler bis 2015 zu einem geschätzten Vermögen von 13 Milliarden Dollar, was ihr die Möglichkeit gab, als Mäzen der Wissenschaften und Künste aufzutreten. So sponserten die Sacklers unter anderem den Pariser Louvre, das Metropolitan Museum in New York und die Tate Gallery in London. Mittlerweile ist das Geld der Oxycontin-Gewinnler allerdings nicht mehr willkommen, weil seit 2019 mehr als 2000 Klagen mit einem Gesamtstreitwert von rund 2,5 Billionen Dollar gegen das Unternehmen Purdue Pharma und dessen Eigentümer wegen der mutmaßlich betrügerischen Vermarktung des Schmerzmittels angängig sind.

Um ihr Vermögen angesichts der potentiell ruinösen Zivilklagen zu schützen, beantragten die Sacklers 2019 eine Insolvenz des Unternehmens, welche aber jetzt vom Obersten Gerichtshof der USA auf Antrag des Justizministeriums in Washington mit fünf zu vier Richterstimmen abgewiesen wurde, weil die angebotenen freiwilligen Entschädigungszahlungen an die Oxycontin-Opfer oder deren Hinterbliebene sowie auch den Staat in Höhe von sechs Milliarden Dollar nicht den „vollen Vermögenswerten“ der Familie entsprächen.

Cannabis: Berlins riskantes Spiel

Parallel zu den Prozessen gegen Purdue Pharma wurden legal hergestellte Opiode wie eben Oxycontin in den vergangenen Jahren durch illegal produzierte Substanzen abgelöst, wobei Fentanyl an erster Stelle stand. Verantwortlich hierfür waren mehrere mexikanische Drogenkartelle, welche erkannten, dass sie mit syntheti-

schen Erzeugnissen, deren Grundstoffe aus China und Indien stammen, größere Gewinnspannen erzielen können als mit den Naturprodukten Heroin oder Kokain. Dazu kam eine Verknappung des Heroins auf dem Weltmarkt durch das radikale Vorgehen der Taliban gegen den Mohnanbau in Afghanistan. In welch großem Stil die Kriminellen hier mittlerweile agieren, zeigt der Umstand, dass die US-amerikanischen Drogenfahnder 2022 eine Menge an schwarz hergestelltem Fentanyl beschlagnahmten, die ausgereicht hätte, sämtliche Einwohner der Vereinigten Staaten zu töten.

In den USA sterben inzwischen mehr junge Menschen an Drogen als durch Autounfälle und Schusswaffen: Das heißt, der Opioid-Missbrauch ist zur häufigsten Todesursache von Amerikanern zwischen 18 und 45 Jahren geworden. Und nun schwappt das Problem auch nach Europa beziehungsweise Deutschland herüber.

/In ihrem aktuellen Jahresbericht warnt die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA) vor einem stark wachsenden Angebot an synthetischen Opioiden auf dem europäischen Markt für illegale Rauschmittel. Gleichzeitig melden die Drogenberatungsstellen in der Bundesrepublik zunehmend Fälle, bei denen Heroin mit Fentanyl gestreckt wurde, was insofern lebensgefährlich ist, als Fentanyl etwa 50 Mal intensiver wirkt als Heroin. Außerdem sieht die EMCDDA die Gefahr, dass nun zusätzlich noch sogenannte Nitazene auf den Markt kommen.

Die Stärke dieser speziellen Opiode soll sogar beim 500-fachen von Heroin liegen. Tatsächlich gibt es erste Hinweise auf die Beimischung von Nitazenen auch zu Cannabis-Produkten zwecks Senkung der Herstellungskosten. Insofern ist die von der Ampel-Regierung initiierte Cannabis-Legalisierung ein höchst riskantes Spiel mit dem Feuer.

GESUNDHEIT

Neue Wege aus der Depression

Millionen Menschen sind betroffen, oft aber versagen gängige Therapien – Innovative Verfahren wecken Hoffnung

Wer an einer Depression erkrankt, bekommt zunächst Medikamente verschrieben. Wenn diese nicht helfen, sehen die aktuellen medizinischen Leitlinien eine Psychotherapie vor. Allerdings sprechen rund 30 Prozent der Betroffenen weder auf klassische Antidepressiva noch auf die verschiedenen Verfahren der Psychotherapie an. In solchen Fällen können einige alternative Methoden oder Substanzen Heilung bringen.

So gibt es jetzt ein Nasenspray mit Esketamin, welches besonders bei Depressionen im Zusammenhang mit chronischen Schmerzen Linderung verspricht und oft binnen einer Stunde wirkt. Patienten mit

Bluthochdruck oder der Neigung zu bestimmten psychiatrischen Zuständen sollten Esketamin aber aufgrund möglicher starker Nebenwirkungen meiden.

Forscher um Guy Goodwin von der Universität Oxford fanden zudem heraus, dass die in „Zauberpilzen“ enthaltene halluzinogene Substanz Psilocybin nicht nur Rauschzustände zu verursachen vermag, sondern auch depressive Symptome abmildert. Jedoch treten hier ebenfalls etliche Nebenwirkungen wie Kopfschmerzen und Übelkeit auf. Außerdem kommt es im Einzelfall zu Psychosen oder zur Verstärkung von Freitodgedanken. Ein schon länger bekanntes Mittel gegen Depressionen

ist die Elektrokonvulsionstherapie (EKT). Kurze elektrische Reize führen zu Krampfanfällen, die bei immerhin 40 bis 70 Prozent der so Behandelten zur Heilung führen und einen ähnlichen Effekt im Gehirn erzeugen wie der Neustart beim Computer. Hier liegt das Problem vor allem im schlechten Ruf der EKT, weswegen am Ende nur jeder hundertste Erkrankte eine solche Therapie akzeptiert.

Ebenso mit Krämpfen arbeitet die neuartige Magnetkonvulsionstherapie (MKT), wobei die Hirnrinde in diesem Fall durch Magnetfelder stimuliert wird, was den Vorteil birgt, dass weniger Gedächtnisstörungen als unerwünschte Be-

gleiterscheinung auftreten. In ersten kleineren Studien sprach jeder zweite Patient auf diese Behandlung an.

Im Gegensatz zur MKT kommen bei der Transkraniellen Magnetstimulation (TMS) magnetische Impulse zum Einsatz, die keine Krampfanfälle auslösen, womit sich die sonst nötige Narkose erübrigt. Das Verfahren wird derzeit an sieben deutschen Kliniken getestet, wobei die Ergebnisse noch uneindeutig sind.

Die sechste alternative Methode zur Behandlung schwierig zu therapierender Depressionen ist die Tiefe Hirnstimulation (TMS). Dabei fungieren Elektroden im Belohnungszentrum des Vorderhirns wie

ein „Hirnschrittmacher“ und sorgen bei vielen Patienten für Besserung. Der Nachteil dieser Vorgehensweise ist, dass das Einsetzen der Impulsgeber mit etlichen Risiken behaftet ist.

Das Gleiche gilt für die Vagusnervstimulation (VNS). Hier wird ein batteriebetriebener Impulsgeber, der elektrische Signale an den sogenannten Selbstteilungsnerve sendet, in die Brust eingepflanzt. Ursprünglich kam die VNS nur bei der Behandlung von Epileptikern zum Einsatz, doch mittlerweile ist sicher, dass sie auch die stark niedergedrückte Stimmung von Depressions-Patienten heben kann. W.K.



KÖNIGLICH STEINAU

„Vielfalt auf der Wiese des Lebens“

Die Neidenburger Gesellschaft der Deutschen Minderheit feiert ihr 30-jähriges Bestehen

VON UWE HAHNKAMP

Wo sind nur die Jahre hin? Im Jahr 1994 wurde sie als letzte eigenständige Gesellschaft der Deutschen Minderheit im südlichen Ostpreußen gegründet. Am 29. Juni feierte die Neidenburger Gesellschaft der Deutschen Minderheit in Königlich Steinau mit einem sommerlichen Familienfest ihr 30-jähriges Bestehen. Die Bilder erinnern in vielem an die Feier vor fünf Jahren, 2019, ebenfalls am 29. Juni.

Der Vorstand und die Mitglieder der Neidenburger Gesellschaft der Deutschen Minderheit, die damals wie heute das Fest auf die Beine gestellt haben, scheinen ein Abonnement auf strahlenden Sonnenschein für diesen Tag zu haben. Ein blauer Himmel wölbte sich wiederum über das „Wioska Garncarska“, das Töpferdorf in Königlich Steinau. Der malerische Gutshof mit Töpferei, Schmiede und Orangerie sowie einem weitläufigen „Paradiesgarten“ bietet künstlerische und pädagogische Werkstätten an und hat für kulturelle Veranstaltungen, wie die der Neidenburger Gesellschaft, an der Scheune ein kleines Amphitheater mit familiärer Stimmung, das nach den umstehenden Eberschen benannt ist.

Auf der Suche nach Schatten

Das einzige Manko ist immer noch der fast vollständig fehlende Schatten im Zuschauerraum, den sich die Damen des Chors des Vereins daher mit ihren Regenschirmen selbst spendeten. Einige lokale Honoratioren und der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen (LO), Stephan Grigat, hatten sich aus Erfahrung die überdachten Plätze in der Mitte der obersten Reihe gesichert. Ein zweiter Wermutstropfen bei der Feier: Die Mitglieder der Kreisgemeinschaft Neidenburg hatten es anders als vor fünf Jahren nicht geschafft zu kommen. Das bedauerte auch die Vizevorsitzende der Kreisgemeinschaft, Ute Kondritz, in ihrem Grußwort. Dafür waren neben Grigat auch die



Gelungener Auftritt: Der Chor der Neidenburger Gesellschaft der Deutschen Minderheit beim Jubiläumsfest

Foto: U.H.

Vertreter des Kreises Heilsberg, Jutta und Karl-Heinz Küting, sowie die Büroleiterin des Verbands der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG), Joanna Hassa angereist. Außer dem nach 30 Dienstjahren ausscheidenden Bevollmächtigten für Minderheiten des Marschalls, Wiktor Marek Leyk, konnte Sabina Regula, die Vorsitzende der Neidenburger Gesellschaft, auch seine Nachfolgerin, Aneta Brzyska, begrüßen, die seit Mitte Juni im Amt ist.

Um 10 Uhr eröffnete die Feier ein ökumenischer Gottesdienst, den der evangelische Pastor in Neidenburg, Roland Zagóra, und der katholische Seelsorger der Deutschen Minderheit, Domherr Andre Schmeier, zelebrierten. Der formelle Teil mit Ostpreußenlied, Begrüßung und Ansprachen der Gäste wurde danach zugunsten der Jubiläumstorte und des von den Frauen aus dem Verein selbst gestalteten Kuchenbuffets etwas nach hinten verschoben. Dank der souveränen Lei-

tung des Programms durch Iga Potapiuk und Damian Wierzchowski, dem Leiter des Verbindungsbüros der LO in Allenstein, ging es jedoch bald zügig mit dem offiziellen und kulturellen Teil weiter.

Vielfalt in Projekten und Ideen – und viele Helfer

Die Laudationes fielen kurz aus, was dem heißen Wetter sowie der fröhlichen und lebhaften Stimmung geschuldet war, jedoch ließen sich weder die lokalen Gäste noch Grigat und Hassa die Gelegenheit entgehen, die Neidenburger Gesellschaft für ihre Arbeit zu loben. Hassa griff dabei ein Stichwort aus dem Gottesdienst auf: „Es freut mich, dass Ihr so aktiv seid und eine so vielseitige Arbeit macht. Ihr pflegt die Vielfalt auf der Wiese des Lebens.“ Domherr Schmeier hatte diese Vielfalt in seiner Predigt auf die großen Apostel des Christentums Johannes sowie Petrus und Paulus, die am 29. Juni Namenstag haben, gemünzt. Sie symbolisieren nämlich die

katholische und evangelische sowie die Ostkirche.

Nach einem längeren Auftritt des Chors verlagerte sich mit den Gewinnern des diesjährigen Walter-Kollo-Gesangswettbewerbs des deutschen Liedes sowie den Kindern und Jugendlichen der Tanzgruppe des Vereins die Lebhaftigkeit auf die Bühne des Amphitheaters, die nach der Mittagspause auch noch den jungen Künstlerinnen Iga Potapiuk und Julia Perzanowska offenstand. Potapiuk war mit der Moderation, dem Singen im Chor und anschließend mit ihrer Kollegin die ganze Zeit beschäftigt, aber auch viele andere helfende Mitglieder des Vereins hatten alle Hände voll zu tun.

Stellvertretend für sie, aber vor allem für ihren eigenen jahrelangen Einsatz als Schatzmeisterin und ihr goldenes Händchen für Projektmittel verliehen Regula und der Vizevorsitzende Michał Schlueter an Gertruda Wylengowska symbolisch einen goldenen Kugelschreiber.

OSTERODE

„Sei mein Gast“ – Schüler sprachen über Flucht und Migration

Seit 30 Jahren: Schüler aus Osterode/Ostpreußen und Osterode/Harz kommen dank Städtepartnerschaft jährlich zusammen

Im Rahmen des alljährlichen Schüleraustausches waren Schüler des Tilmann-Riemenschneider-Gymnasiums in Osterode am Harz beim Jan-Bażyński-Lyzeum in Osterode zu Gast. Die Schüler setzten sich in der Veranstaltung „Sei mein Gast. Migration von Jugendlichen“ mit der Frage der Migration und ihren Auswirkungen auseinander. Mit dabei waren junge Ukrainer, die in Allenstein leben.

Der Schüleraustausch zwischen Osterode und Osterode am Harz besteht so lange wie die Städtepartnerschaft. Seit 30 Jahren lernen sich junge Menschen kennen und knüpfen Kontakte. „Sie leisten einen Beitrag zu Völkerverständigung und sind Botschafter ihres eigenen Landes“, betont die Lehrerin Birgit Möller-Kühn vom Riemenschneider-Gymnasium, die dort seit zwölf Jahren den Schüleraustausch leitet. Olga Żmijewska, die Gründerin und Leiterin der Stiftung „Kunst der

Freiheit“, und Chantal Stannik, die Kulturmanagerin des Instituts für Auslandsbeziehungen in Stuttgart beim Verband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren, hatten für die Schüler die Veranstaltung „Sei mein Gast“ vorberei-

tet. Kern war eine Ausstellung mit Fotos von Żmijewska von den Orten ihrer Emigration in der Bundesrepublik.

Damit sollten sich die Schüler aus Polen und der Bundesrepublik sowie ihre ukrainischen Gäste auseinandersetzen

und sich mit dem Thema Migration junger Menschen beschäftigen. „Wir haben zuletzt viele Ukrainer an der Schule, aber vor allem in den jüngeren Klassen. Ein syrischer Schüler, der mitkommen wollte, ist leider gerade bei einem anderen Austausch unterwegs“, bedauerte Möller-Kühn. Unter den Teilnehmern der Arbeitsgruppe waren auch keine Nachfahren von geflüchteten oder vertriebenen Ostpreußen oder Polen, die bereits länger in der Bundesrepublik oder anderswo außerhalb Polens gelebt hatten.

Bemerkenswert war, dass die jungen Menschen in ihren Diskussionen den negativen Begleiterscheinungen einer Migration wie Verwirrung, Depression und Einsamkeit positive Begriffe wie Verständnis, Akzeptanz und neue Freunde entgegenstellten. Das Motto „Sei mein Gast“, das eine offene Aufnahme migrierter Menschen signalisierte, zeigte sich

deutlich in den Argumenten der jungen Menschen. Auch die Berichte und Erlebnisse der Gäste aus der Ukraine, die von dort fliehen mussten, weckten großes Interesse.

Die Verständigung lief in Osterode in vielen Sprachen: englisch, polnisch, ukrainisch, deutsch – und in der internationalen Sprache der Musik der polnisch-ukrainischen Schulband „riplejsi“ aus Allenstein auf der Bühne der Osteroder Aula. Den Geist der Verständigung erlebten die Teilnehmer anschließend auch beim Besuch im Deutschen Haus, dem Sitz der Gesellschaft der Deutschen Minderheit „Tannen“ in Osterode. Heinrich Hoch, ihr Vorsitzender und Symbolfigur der Städtepartnerschaft und des Schüleraustausches, erzählte von der Aktivität der Deutschen Minderheit in Osterode und im südlichen Ostpreußen. U.H.



Fragen an die ukrainischen Gäste: Mit Chantal Stannik (r.)

Foto: U.H.

● MELDUNGEN

Die Arbeiten schreiten voran

Tapiau – Die Restaurierungsarbeiten an der Burg Tapiau schreiten voran. Die Rekonstruktion der Fassade ist zu 75 Prozent abgeschlossen, zurzeit wird noch an der Nordfassade gearbeitet. Bis zum Herbst sollen jedoch alle Baugerüste verschwunden sein. Die Sanierungsarbeiten im Keller sind abgeschlossen und die am Erdgeschoss zu 95 Prozent fertiggestellt. Einige Räumlichkeiten sind bereits für Besucher geöffnet. Im Obergeschoss der Burg sollen noch Trennwände für das geplante Multimedia-Museum gezogen werden, dessen Eröffnung für Ende des Jahres vorgesehen ist. Am Eingang zur Burg wurde ein Tor im historischen Stil angebracht. Der Innenhof wurde mit Pflastersteinen ausgelegt. Außerdem soll eine Anlegestelle für eine Art „Flusstaxi“ eingerichtet werden, das noch in dieser Saison in Betrieb genommen werden soll. MRK

Malereien auf Holz und Putz

Dietrichswalde – Wer braucht schon Leinwand? Dem Maler Arkadiusz Andrejkow aus Sanok an der südöstlichen Grenze Polens reichen ein altes Foto und die verputzte Wand eines Wohnhauses oder die Holzwand einer Scheune. Unter seinem Pinsel entstehen Erinnerungen vor allem an ehemalige Bewohner, seit Kurzem auch in der Gemeinde Dietrichswalde. Die ersten Malereien gab es zum 670. Jubiläum der Ortschaft vor zwei Jahren. Sie sind eine Möglichkeit zur Rettung von Schuppen und Scheunen, die wegen der neuen Immobiliensteuern für Landwirte oft nicht mehr rentabel sind. Holz ist für Andrejkow angenehmer zu bemalen. So auch bei seinem neuesten, über 150. Werk. In Nagladen ist seit Kurzem der frühere Schult- heiß des Ortes, Jan Białojan, mit seinem Fuhrwerk auf der Scheune seines Enkels zu sehen. U.H.



ZUM 101 GEBURTSTAG

Mäckle, Irmgard, geb. Pallasch, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 23. Juli

ZUM 100. GEBURTSTAG

Bodmann, Hedwig, geb. Abt, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 19. Juli
Schuba, Hildegard, geb. Reetz, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 24. Juli
Topeit, Hermann, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 19. Juli

ZUM 99. GEBURTSTAG

Abbott, Eva-Maria, geb. Paprotka, aus Treuburg, am 25. Juli
Ahlgrimm, Edith, geb. Gaidies, aus Moditten, Kreis Fischhausen, am 20. Juli
Fiedrich, Karl, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 24. Juli
Kolenda, Gerda, geb. Gedaschke, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 16. Juli
Kugland, Gerhard, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 18. Juli
Petermann, Siegfried, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 21. Juli

ZUM 98. GEBURTSTAG

Heinsch, Gertrud, geb. Dehnert, aus Alt Kriewen, am 25. Juli
Heybowitz, Horst, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 19. Juli
Stiller, Alfred, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 25. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Rohloff, Inge, geb. Herholz, aus Taplacken, Kreis Fischhausen, am 22. Juli
Santelmann, Irmgard, geb. Kijewski, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 22. Juli
Schusdziarra, Ruth, geb. Butzek, aus Rohnanen, Kreis Ortelsburg, am 19. Juli
Winzel, Helene, geb. Tonk, aus Wickenau, Kreis Neidenburg, am 20. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Kositzki, Emil, aus Friedrichsfelde, Kreis Ortelsburg, am 19. Juli
Maeck, Richard, aus Strauchwitz, Kreis Ortelsburg, am 22. Juli
Muchow, Erna, geb. Rehfeld, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 22. Juli
Sütterlin, Siegfried, aus Grünsee, Kreis Lyck, am 23. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Borg, Werner, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 17. Juli
Engel, Traute, geb. Ritter, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 12. Juli
Gohlke, Erna, geb. Rykowski, aus Wagenfeld, Kreis Ortelsburg, am 19. Juli
Heske, Fritz, aus Groß Eschenbruch, Kreis Insterburg, am 22. Juli
La Motte, Rolf-Dieter, aus Ortelsburg, am 20. Juli
Polak, Horst, aus Neuvölklingen, Kreis Ortelsburg, am 25. Juli
Schulz, Thea, geb. Dieckmann, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 18. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Jäger, Ilse, geb. Mehldau, aus Langheide, Kreis Lyck, am 25. Juli
Kaminski, Kurt, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 20. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Erdmann, Lothar, aus Treuburg, am 19. Juli
Fiedrich, Herta, geb. Zagorny, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 21. Juli
Labusch, Horst, aus Babanten, Kreis Ortelsburg, am 24. Juli
Mielenz, Gertrud, geb. Ostrowski, aus Ulleschen, Kreis Neidenburg, am 25. Juli
Müller, Mariechen, geb. Dierks, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 20. Juli
Schmidtke, Hildegard, aus Lyck, Morgenstraße 30, am 21. Juli
Tiemann, Brigitte, geb. Wiczorek, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 21. Juli
Wilhelm, Meta Anna, geb. Burkatzki, aus Brodau, Kreis Neidenburg, am 22. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bek, Horst, aus Lippitz, Kreis Mohrungen, am 23. Juli
Brennemann, Ernst, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 22. Juli
Dworak, Irma, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 23. Juli
Glowienka, Helga, aus Lötzen, am 22. Juli
Holleitner, Renate, geb. Hornmann, aus Venedien, Kreis Mohrungen, am 19. Juli
Marzowka, Margarete, geb. Kiejewski, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 24. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Allmeroth, Rosemarie, geb. Nehm, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 20. Juli

Manthey, Elfriede, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 25. Juli
Ostermeier, Gisela, geb. Körber, aus Lyck, Hindenburgstraße 11, am 21. Juli
Portleroi, Hans, aus Regeln, Kreis Lyck, am 25. Juli
Röber, Edith, geb. Saszik, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 24. Juli
Statz, Fritz, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 25. Juli
Straka, Hildegard, geb. Gramatzki, aus Gilgetal, Kreis Elchniederung, am 21. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Dame, Kay, aus Lötzen, am 21. Juli
Dargies, Werner, aus Gilgenfeld, Kreis Elchniederung, am 20. Juli

ANZEIGE

Erneute Busreise nach Königsberg vom 17. bis 22. September 2024

Nach der ersten, im April dieses Jahres durchgeführten Reise zum 300. Geburtstag von Immanuel Kant in seine Heimatstadt bieten wir aufgrund der großen Nachfrage eine Reise mit den gleichen Inhalten im September 2024 an.

Dieses Jahr ist für alle, denen Königsberg, Kant und das einstige Ostpreußen etwas bedeuten, ein Besonderes: Denn Immanuel Kants 300. Geburtstag wird das ganze Jahr über mit zahlreichen Veranstaltungen gefeiert! Diese werden u. a. von der Kant-Universität, der Regionalverwaltung der Stadt Kaliningrad, dem Stadtmuseum und dem Museum der Bildenden Künste organisiert. Im April 2024, zu Kants Geburtstag am 22. April, fand auch der Kant-Weltkongress mit zahlreichen Gelehrten und Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland statt. Damit ehren sowohl die Stadt Kaliningrad als auch die anderen beteiligten Institutionen diesen weltberühmten Philosophen und Ehrenbürger Königsbergs.

Bereits zu diesem Termin im April 2024 führten wir eine erste Reise nach Kaliningrad durch. Die Reise kam bei den Teilnehmern außerordentlich gut an und anschließend gab und gibt es zahlreiche Nachfragen nach einer Wiederholung der Reise. Diesen Nachfragen komme ich sehr gerne nach.

Es ist mir deshalb eine Freude, Sie zur Teilnahme an einer erneuten Reise nach Königsberg zum Kant-Jahr einzuladen.

Die Kant-Reise wird organisiert durch Russland Reisen Romanova, Hamburg, ein Büro, das vielen von Ihnen durch gemeinsame Reisen mit Arno Surminski, Ulla Lachauer, Graf Dohna, Friedrich Dönhoff oder aus Anlass von Gedenktagen bekannt ist. Organisiert und begleitet wird die Reise von Frau Natalia Romanova.

Um schriftliche Anmeldung ab dem 1. Juli 2024 unter folgender Mailadresse **info@romanova-reisen.de**

oder postalisch

Russland Reisen Romanova, Mühlendamm 84 a, 22087 Hamburg wird gebeten.

Bienert, Erwin, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 22. Juli
Fahr, Erika, geb. Sembritzki, aus Wellheim, Kreis Lyck, am 22. Juli
Kaminski, Kurt, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 21. Juli
Kukla, Paul, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 20. Juli

Dorka, Walter, aus Waldburg, Kreis Ortelsburg, am 21. Juli
Glas, Horst, aus Burdungen, Kreis Ortelsburg, am 24. Juli
Heckt, Elli, geb. Hauswald, aus Rantau, Kreis Fischhausen, am 19. Juli
Hochgräbe, Ingrid, geb. Marquardt, aus Rothebude, Kreis Treuburg, am 22. Juli
Malow, Elfriede, geb. Christ-ochowitz, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 22. Juli
Pscolla, Helmut, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 20. Juli

Landsmannschaft Ostpreußen – Termine 2024

20. bis 22. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt
7. bis 13. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt
1. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden** in Wuppertal (gT)
2. November: **Mitgliederversammlung der LO-Bruderhilfe e.V.** in Wuppertal (gT)

2. und 3. November: **Ostpreußische Landesvertretung** in Wuppertal (gT)

Auskünfte: Landsmannschaft Ostpreußen – Bundesgeschäftsstelle, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Schulz, Ulrich, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 23. Juli
Stein, Hildegard, geb. Chmielewski, aus Kutzburg, Kreis Ortelsburg, am 23. Juli
Toll, Erika, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. Juli
Vaillant, Hans, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 13. Juli
Wirsinna, Edith, geb. Kaliski, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 22. Juli

Die PAZ zum Probelesen Vier Wochen gratis
Telefon (040) 41400842

ZUM 85. GEBURTSTAG

Böttcher, Kurt, aus Amtal, Kreis Elchniederung, am 25. Juli
Gerowitz, Ingrid, geb. Kiy, aus Wapltitz, Kreis Ortelsburg, am 23. Juli
Gräwe, Gerda, geb. Parodat, aus Grünau, Kreis Tilsit-Ragnit, am 21. Juli
Hellmick, Horst, aus Groß Ponau, Kreis Wehlau, am 18. Juli
Heymuth, Monika, geb. Noack, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 17. Juli
Koschorr, Helmut, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 25. Juli
Kuhn, Alfred, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 24. Juli
Niedrig, Renate, geb. Maschinowski, aus Narwickau, Kreis Ebenrode, Stallupönen, am 24. Juli
Ohge, Irene, geb. Oprotkowitz, aus Groß Retzken, Kreis Treuburg, am 20. Juli
Reimnitz, Erika, geb. Lukat, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 21. Juli

Schindler, Bärbel, geb. Sprengel, aus Arlen, Kreis Lötzen, am 19. Juli
Smollich, Regine, geb. Supplie, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 17. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Ahrens, Helga, geb. Ziegann, aus Groß Keylau, Kreis Wehlau, am 17. Juli
Matern, Karl-Heinz, aus Neidenburg, am 24. Juli
Matties, Christian, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 23. Juli
Scheffler, Elfi, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 20. Juli
Schröder, Karl-Heinz, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 19. Juli

ZUM 75. GEBURTSTAG

Twardowski, Marion, geb. Olschewski, aus Ortelsburg, am 21. Juli

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Zusendungen für die Ausgabe 31/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 31/2024 (Erstverkaufstag 2. August) **bis spätestens Dienstag, den 23. Juli**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Groddeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: groddeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen
Buchstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



ANZEIGE

Hochwertiges Krawattenklammer- und Manschettenknöpfe-Set mit Elchschaufeln

Edles Set für den Herrn: Krawattenklammer und ein Paar Manschettenknöpfe mit Elchschaufel im schwarzen Velourtui für 35,- Euro zzgl. 5,- Euro Versand- und Verpackungskosten

Bestellung: Preußische Allgemeine Angela Selke selke@paz.de Tel: 040-414008-0

35,- Euro zzgl. Porto und Verpackung

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

**Bayern**

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Sommerabend
Altmühlfranken – Freitag, 26. Juli, 19 Uhr, Kastaniengarten im Röschelskeller: Sommerabend der Landsmannschaften. Im August ist Sommerpause.

Treffen
Nürnberg – Dienstag, 30. Juli, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Langwasser, Ende der U1: Treffen.

**Hessen**

Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Monattstreffen
Wiesbaden – Auf dem Programm des monatlichen Treffens stand diesmal das Thema „Eine Reise in die Heimat“. Die Besucher sahen den Film einer neuntägigen Preußenfahrt, den der Heimatkreis Stuhm (Westpreußen) im Jahr 2015 unternommen hatte. Unser Mitglied Bernhard Kolb, der bei der Reise federführend mitgewirkt hatte, erläuterte eingangs Entstehung und Besonderheiten des Films.
Mit der liebevoll zusammengestellten DVD aus über sechs Stunden Videomaterial zeigte der Autor und Kameramann Lennard Böttner die endlos erscheinenden Weiten der ost- und westpreußischen Landschaft mit Wäldern, Seen und Störchen. Zudem waren Impressionen zu sehen von den Orten

Stuhm, Marienwerder, Cadinen, Danzig mit dem Ostseebad Zoppot und Szenen von der Stadt Marienburg mit der gewaltigen Burganlage an der Nogat. Eine Schiffsreise auf dem Oberlandkanal mit den „Geneigten Ebenen“ führte bis zur Stadt Elbing mit der gotischen Nikolaikirche aus dem 13. Jahrhundert. Orgelkonzerte erklangen in den Domen von Frauenburg und Oliva.
Den 40-minütigen Film rundete das Interview mit dem Westpreußen Emil Klingenberg ab, der mit heimatlichem Sprachklang aus seinem bewegten Leben erzählte. Und alles hat er in seinem Buch „Meine Erinnerungen“ auch aufgeschrieben. 1939 in Stuhmsdorf (Kreis Stuhm) geboren, lebt der 85-Jährige noch heute in seinem Geburtsort. Dort reichen die Wurzeln seiner Vorfahren bis ins 17. Jahrhundert zurück. Und alle wohnten und wohnen auf demselben Hof, erwähnt Klingenberg stolz.

**Nordrhein-Westfalen**

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzender:** Joachim Mross, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Heimatinachmittag
Bielefeld – Montag, 22. Juli, 15 Uhr, Gasthaus-Restaurant Bültmannshof „Das Wirtshaus 1802“, Kurt-Schumacher-Straße 17a, erreichbar mit der Straßenbahnlinie 4 „Universität“, Haltestelle „Bültmannshof“: Heimatinachmittag der Ost- und Westpreußen in Bielefeld. Info bei Barbara Dörr, Telefon (0521) 82026. Alle Mitglieder werden gebeten, nach Möglichkeit teilzunehmen. Themen: Sommer in Ost-

preußen und Bilder vom Ostpreußentreffen und Lüneburg. Willkommen sind Angehörige unserer Mitglieder, ständige Mitarbeiter und Mitglieder anderer Kreisgruppen sowie aus anderen Landsmannschaften und Freunde Ostpreußens. Wir freuen uns auf Ihr Kommen.

**Sachsen**

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Ostseebäder in Ostpreußen
Dresden – Dienstag, 6. August, 14 Uhr, Großenhainer Straße 96, 01127 Dresden: Weltbekannte Ostseebäder in Ostpreußen.

**Schleswig-Holstein**

Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM FI) e.V.
Flensburg – Mittwoch, 21. August, 10.30 Uhr, Friedhof Hattstedt Tagesausflug zum Thema „Mit Herrn Schmidt auf den Spuren des Schimmelreiters“. Nach dem Treffen am Friedhof Hattstedt geht es anschließend zur Hamburger Hallig zum Mittagessen, gefolgt vom Schloß vor Husum, wo wir zum Kaffee einkehren. Es werden Fahrgemeinschaften gebildet.
Anmeldung bitte bis Dienstag, 30. Juli, bei Frau Kunde unter Telefon (0461) 91170, per E-Mail: rehekunde@aol.com oder bei Herrn

Legies unter Telefon (0461) 32006, per E-Mail: hans.legies@t-online.de.
Bericht – Am 3. Juli fand unser schon gewohntes Nachmittags-Grillen wetterbedingt im Saale statt; dies tat aber der Fülle des Angebotes keinen Abbruch. Etliche Mitglieder sowie Gäste der deutsch-polnischen Gesellschaft Flensburg hatten ausreichenden Appetit und Gesprächsstoff mitgebracht, sodass es ein gelungener Nachmittag wurde. *Michael Weber*

**Heiligenbeil**

Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, reyvio@web.de. **1. Stellvertreterin:** Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Telefon (02354) 4408, brschulz@domkom.net; **2. Stellvertreterin:** Heidi Pomowski, Heinegras 42, 31840 Hess. Oldendorf, Telefon (05158) 2841, heidi.pomowski@t-online.de; **Kassenwart:** Arnold Hesse, Amelstraße 6, 26847 Detern, Telefon (04957) 575, Arnold.Hesse@ewetel.net; Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Kreistreffen
Burgdorf – Freitag, 6. September, bis Sonntag, 8. September, Gasthaus Haase, Lehrter Straße 12: Kreistreffen.
Den Auftakt wird am Freitag, den 6. September, unser gemeinsames Matjesessen (Selbstzahler) bilden. Beginn ist 18.30 Uhr. Bei leckerem Essen und guten Gesprächen wollen wir uns auf das Treffen einstimmen. Wir bitten dafür um Anmeldung bei der Kreisvertreterin Viola Reyentanz, telefonisch unter (0173) 3810407 oder per E-Mail: reyvio@web.de.
Am Sonnabend öffnet dann der Veranstaltungssaal ab 9 Uhr. Der

Eintritt beträgt nach wie vor 5,- Euro. Wie in jedem Jahr werden wir am Gedenkstein im Burgdorfer Stadtpark Blumen niederlegen. Daran schließt sich die festliche Feierstunde im Saal des Gasthauses Haase an. Neben dem Auftritt der Schützenkapelle Gehrden wird es diesmal einen besonderen kulturellen Höhepunkt geben. Ab 18 Uhr tritt der bekannte und beliebte Sänger Bernd Krutzinna, BernStein, auf und präsentiert ostpreußische Lieder, natürlich auch unser Heiligenbeil-Lied. Eine Anmeldung dafür ist nicht nötig. Im Anschluss an das Konzert wollen wir noch gemütlich beisammen sitzen.
Den Abschluss des Treffens wird am Sonntag ein gemeinsames Frühstück bilden.
Wir freuen uns auf Sie, bitte kommen Sie zahlreich. Besonders froh sind wir, dass auch ältere Landsleute der Erlebnisgeneration ihr Kommen angekündigt haben. Bitte nutzen Sie diese Gelegenheit zum Austausch und zu Gesprächen, die in den kommenden Jahren vielleicht nicht mehr möglich sein werden. *Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil e. V.*

**Johannsburg**

Kreisvertreter: Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01662 Meißen, Telefon (03521) 4592901, www.kreisgemeinschaft-johannsburg.de; kodo48@aol.com; **Kassenverwalter:** Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, g.awoy@htp-tel.de

Hauptkreistreffen
Dortmund – Sonntag, 8. September, Einlass ab 9 Uhr, Beginn um 10 Uhr, Kongresszentrum Westfalenhalle: Hauptkreistreffen.
Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen, das Treffen an dieser

traditionellen Stelle mit folgender Tagesordnung zu begehen:
1. Begrüßung, 2. Bericht des Vorstands, 3. Kassenprüfungsbericht, 4. Totenehrung, 5. Wortmeldung / Verschiedenes, ab 11 Uhr: Beginn der Jubiläumsfeierstunden zu 75 Jahre Kreisgemeinschaft, 70 Jahre Patenschaft Kreis Schleswig-Flensburg, 70 Jahre eingetragener Verein, 70 Jahre Heimatbrief, Begrüßung durch den Vorstand, Grußwort Teil 1, gemeinsames Mittagessen, anschließend Ansprachen und Programm. Der ganze Tag wird begleitet von der Wanderausstellung „Verlorene Dörfer in Masuren“.
Herzlich Willkommen zu Ihrer Veranstaltung, bringen Sie Ihre Kinder und Enkel mit nach Dortmund.

**Lyck**

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Hauptkreistreffen
Hagen – Wochenende, 24. und 25. August, Hotel Mercure, Raum Berlin: Hauptkreistreffen mit folgendem Programm:
Sonnabend, 24. August, 11 bis 12.30 Uhr: Möglichkeit zur Besichtigung des Archivs, Elbersufer 20; 14 Uhr: öffentliche Kreistagssitzung im Rathaus der Stadt Hagen, Rathausstraße 13; 17 Uhr: Kranzniederlegung an den Gedenksteinen im Stadtgarten Hagen; 17.30 Uhr: Öffnung der Räume im Hotel Mercure; 19 Uhr: Heimatabend im Raum Berlin, Hotel Mercure mit einem Bildvortrag von Professor Siegmund Fröhlich zum

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter **www.paz.de**

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-R



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro
Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

- PAZ24_29

Heimatkreisgemeinschaften



Das Regionaltreffen in Hamm hatte mehr Teilnehmer als im letzten Jahr. So konnte Waldemar Czichon würdig verabschiedet werden: Der Geehrte (Mitte mit Urkunde) und die Teilnehmer des Regionaltreffens in Hamm

Foto: Burghard Gieseler



Osterode

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736.

Geschäftsstelle: Bergstraße 10, 37520 Osterode am Harz, Tel.: (05522) 919870. E-Mail: kgoev@t-online.de; **Sprechstunde:** Do. 14 bis 17 Uhr

Waldemar Czichon erhielt das Ehrenzeichen in Silber

Hamm – Aus Anlass seiner Verabschiedung aus dem Vorstand der Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen erhielt Waldemar Czichon das Ehrenzeichen in Silber der Landsmannschaft Ostpreußen.

Auf dem Regionaltreffen am 9. Juni in Hamm ging für die Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen eine Ära zu Ende, denn an diesem Tag wurde der langjährige Kassenwart und Organisator des Regionaltreffens, Waldemar Czichon, aus dem Vorstand verabschiedet.

Deshalb war in diesem Jahr die Spannung besonders groß, ob die Teilnehmerzahl ausreichen würde, um Czichon in einem würdigen Rahmen verabschieden zu können. Erfreulicherweise kamen sogar mehr Teilnehmer als im Vorjahr, was sicher auch daran lag, dass sich der eine oder andere von Czichon persönlich verabschieden und ihm für sein Engagement danken wollte.

In seiner Laudatio ging Kreisvertreter Burghard Gieseler zunächst auf den Lebensweg von Waldemar Czichon ein, dessen Vater von 1932 bis 1945 Bürgermeister von Steffenswalde im Landkreis Osterode in Ostpreußen war. Der Vater wurde 1942 zur Wehrmacht eingezogen, geriet noch Ende April 1945 in russische Kriegsgefangenschaft und starb nach einem etwa 1500 Kilometer langen Fußmarsch unterernährt und völlig entkräftet in einem Lager am Fuße des Urals. Waldemar Czichon wurde erst nach Kriegsende geboren und lernte seinen Vater nicht mehr kennen. Seine Kindheit in Steffenswalde war nicht leicht, weil die polnischen Neubürger den wenigen verbliebenen Deutschen feindselig gegenüberstanden und die deutschen Kinder unter ständigen Quälereien durch polnische Jugendliche zu leiden hatten. Kaum zu glauben, wenn man bedenkt, wie gut sich das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen im Landkreis Osterode Ostpreußen inzwischen entwickelt hat. Aber damals waren die Verhältnisse so. Deshalb siedel-

te die Familie 1961 – nach langer Wartezeit – in den Westen über und fand zunächst im Lager Friedland Aufnahme, wo Czichon seinen 16. Geburtstag „feierte“. In den folgenden Jahren holte er die deutschen Schulabschlüsse nach und erlernte den Beruf des Industriekaufmannes. In seiner Firma erklomm er rasch Führungspositionen und lernte dort auch seine Frau Angelika kennen, mit der er zwei Kinder hat. Nach seinem Eintritt in den Ruhestand engagierte er sich ehrenamtlich in der Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen, übernahm die Kasse und zusätzlich die Organisation des Regionaltreffens in Hamm. Beide Aufgaben nahm er korrekt, umsichtig und mit großem Erfolg wahr. „Aber das ist nicht das Entscheidende“, sagte Gieseler. „Entscheidend ist vielmehr seine charakterliche Geradlinigkeit, seine Zuverlässigkeit und Hilfsbereitschaft. In den letzten Jahren gab es im Vorstand durchaus so manchen heftigen Sturm. Aber ich wusste stets, auf Waldemar kann ich mich verlassen. Menschen, auf die man sich immer verlassen kann, die da sind, wenn man sie braucht, gibt es nicht viele – einer von ihnen ist Waldemar.“

Nach seiner Laudatio überreichte Gieseler Waldemar Czichon das Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen in Silber und vergaß dabei nicht, den Anteil von Angelika Czichon an dieser hohen Auszeichnung zu erwähnen. Der Geehrte bedankte sich sichtlich erfreut und überreichte seinerseits seinem Nachfolger als Organisator des Regionaltreffens,

Karl Rusche, und dem Kreisvertreter eine in seinem Wohnort Steinhagen hergestellte markante Steinflasche mit ihrem gehaltvollen Inhalt.

Die Feierstunde schloss nach guter alter Sitte mit dem Ostpreußenlied und der deutschen Nationalhymne. Nach einem Gruppenfoto saßen die Teilnehmer noch lange gemütlich beieinander und freuten sich darüber, dass es auch im nächsten Jahr wieder ein Regionaltreffen in Hamm geben wird.

Burghard Gieseler



Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

Kreistreffen

Verden/Aller – Freitag, 20. September, bis Sonntag, 22. September, Kreishaus, Lindhooper Straße 67: Gesamt-Vorstandssitzung am 20. September, die Tagesordnung wird den Mitgliedern des Vorstandes fristgerecht zugestellt; Kreistreffen vom 21. bis 22. September.

Von 9.30 bis 11 Uhr ist unser Heimatmuseum am Freitag den 20. September für die Delegation aus der Republik Polen und Besucher des Kreistreffens geöffnet im Landkreis Verden, Eingang Ost, Lindhooper Straße 67, 27283 Verden (Aller). Für einen Besuch in unserem Archiv bitten wir um Anmeldungen bei Frau Bilke-Krause per E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de. Auf Ihre Anmeldung hin wird unsere Beauftragte für das Archiv der Kreisgemeinschaft am Freitag im Heimatmuseum/Archiv anwesend sein und Ihre Fragen beantworten, beziehungsweise im Archiv in den vorhandenen Unterlagen nachsehen. Wir machen darauf aufmerksam, dass das nur nach vorheriger elektronischer Anmeldung und Nennung des Wunsches möglich ist. Die Anmeldungen müssen bis zum 15. September vorliegen.



Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg – Sonntag, 4. August, 14 Uhr, 1,50 Euro, zusätzlich Museumseintritt: **Immanuel Kant. Weltender aus Königsberg.** Öffentliche Sonntagsführung durch die Sonderausstellung „Kant 300. Ein Leben in Königsberg“ mit Katja Eichhorn. Was bewegte den Denker, was prägte ihn? Ein Einblick anhand einzigartiger Objekte. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Das Kreistreffen unserer Kreisgemeinschaft findet am Sonnabend, 21., und Sonntag, 22. September in unserer Partnerstadt im Landhotel Zur Linde, Thedinghauser Straße 16, statt.

Deutsches Polen-Institut

Darmstadt – Eine neue Folge von „Alles über Polen“ ist da. In der neuesten Folge dreht sich (fast) alles um das Thema Sicherheit. Da kommt es uns gerade recht, dass wir mit Justyna Gotkowska vom OSW eine ausgewiesene Sicherheitsexpertin zu Gast haben. Mit ihr haben wir sowohl über die jüngsten deutsch-polnischen Regierungskonsultationen als auch über

deutsch-polnische Sicherheits- und Verteidigungspolitik gesprochen. Natürlich haben auch diesmal wieder alle ein polnisches Fundstück vorgestellt: <https://www.deutsches-poleninstitut.de/blogpodcast/podcast/folge-12-deutsch-polnische-regierungskonsultationen-geteilte-sicherheit/>

Bastian Sendhardt und Andrzej Kaluza

Der richtige Weg, anderen vom Tode eines lieben Menschen Kenntnis zu geben, ist eine Traueranzeige.

Preußische Allgemeine

Verlag für Presse und Werbung

Buchtstraße 4
22087 Hamburg
Telefon 0 40 / 41 40 08 32
Fax 0 40 / 41 40 08 50
www.paz.de



Gerhard Jelonnek

* 13. März 1933 † 28. Juni 2024

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von meinem Ehemann, unserem Vater, Schwiegervater und Opa.

Deine Erika, Björn, John Dong und Thomas
sowie alle, die Dich lieb und gern hatten.

Die Urnentrauerfeier findet statt am Freitag, den 2. August 2024, um 15.00 Uhr in der Hauskapelle des Bestattungsinstitutes Wulff & Sohn, Segeberger Chaussee 56-58 in Norderstedt.

Die Seebeisetzung erfolgt im Familienkreis.



Regierungsdirektor a.D.

Fritjof Berg

* 9. 6. 1931 † 29. 6. 2024
Königsberg (Preußen) Kiel

Träger des goldenen Ehrenzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen und anderer ostdeutscher Auszeichnungen

1959/60 Vorsitzender des Verbandes heimatvertriebener und geflüchteter deutscher Studenten (VHDS)

1992 bis 1995 Stadtvorsitzender Stadtgemeinschaft Königsberg (Pr.)

Covorsitzender des Deutsch-Russischen Kuratoriums für das 450-jährige Jubiläum der Universität Königsberg/Kaliningrad 1994

Sein Leben war geprägt von Einsatz und Pflichterfüllung für sein Land, seine geliebte ostpreußische Heimat, seine Landsleute und die Aussöhnung der Völker.

In stillem Gedenken

Dr. Johannes Berg und Dr. Friedemann Berg mit Familien

Die Beisetzung hat bereits im engsten Familien- und Freundeskreis stattgefunden.

Für die bereits erwiesene und noch zugedachte Anteilnahme sagen wir herzlichen Dank.



In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Fritjof Berg

* 9. Juni 1931 † 29. Juni 2024
in Königsberg (Preußen) in Kiel

Der Verstorbene war von 1992 – 1995 Vorsitzender der Stadtgemeinschaft Königsberg (Pr.) und Mitglied des Bundesvorstandes der Landsmannschaft Ostpreußen.

In Würdigung seiner hervorragenden Verdienste um Ostpreußen verlieh die LO Herrn Fritjof Berg im Jahre 1995 das Goldene Ehrenzeichen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Hans-Jörg Froese Stephan Grigat Friedrich-Wilhelm Böld
Stellv. Sprecher Sprecher Schatzmeister



EINE AUFREGENDE REISE IN DIE GESPROCHENE VERGANGENHEIT

Faszinierende Vielfalt Preußischer Dialekte

Alt-, Neu-, Hoch- und Niederpreußisch mit dazu unzähligen Mundarten: Sprachen, die es zu bewahren gilt

VON WOLFGANG KAUFMANN

Bevor der Deutsche Orden das heutige Ostpreußen eroberte, wurde in dem Gebiet zwischen der Weichsel und der Memel vorwiegend die altpreußische Sprache der Prußen gesprochen. Hierbei handelte es sich um ein relativ archaisches indogermanisches Idiom. Das Altpreußische kannte zwei Hauptdialekte, und zwar das Pomesanische und das Samländische. Mit der Assimilierung der Prußen starb deren Sprache bis zum Anfang des 18. Jahrhunderts aus – Reste fanden sich später nur noch in vielen Orts- und Flurnamen in Ostpreußen sowie einigen Lehnwörtern, die ihren Weg ins Deutsche nahmen. Allerdings gab es seit den 1980er Jahren immer wieder Versuche, das Altpreußische wiederzubeleben. Darüber hinaus erlangte die verschwundene Sprache nach der Auflösung der Sowjetunion Ende 1991 kurzzeitig politische Bedeutung, als die Idee einer Baltischen Föderation zwischen Estland, Lettland und Litauen sowie dem Königsberger Gebiet aufkam und dabei auch die Frage der möglichen Amtssprachen diskutiert wurde.

Das Altprußische wurde ab dem 13. Jahrhundert von den zwei ostpreußischen Hauptdialekten verdrängt, nämlich dem Niederpreußischen und dem Hochpreußischen. Das Niederpreußische gelangte mit den Kolonisten ins Land, die aus heutigen Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt sowie Hinterpommern stammten. Es wies zahlreiche Unterdialekte auf, wie die im Bereich der Frischen Nehrung verbreitete Nehrungsmundart, das Natangisch-Bartische, welches zwischen dem Tal des Pregel, dem Frischen Haff und der ermländischen Nordostgrenze gesprochen wurde, die west- beziehungsweise ostsamländische Mundart, die Mundart des Ostgebietes zwischen der Memel und Masuren sowie das Käslausche. Wobei das Letztere noch



In Braunsberg wurden verschiedene Mundarten des ostpreußischen Dialekts gesprochen, was typisch für das Käslausche war:

West- sowie Ostkäslausch als auch die regionale Form aus Braunsberg / Frauenburg

Foto: Bildarchiv Ostpreußen / Hans Grimm

mals drei verschiedene Varianten aufwies. Das waren die Mundart der Region um Braunsberg und Frauenburg sowie das Westkäslausche, das man insbesondere um Mehlsack herum hören konnte, und das Ostkäslausche, welches im Raum um Röfel und Bischofstein dominierte.

Wenn die Sprache konfessionell geprägt wird

Hochpreußisch wiederum sprachen die Nachkommen der thüringer und schlesischen Einwanderer, die vor allem im katholisch geprägten Ermland und dem ostpreußischen Oberland siedelten. Dabei kam es wie beim Niederpreußischen zu einer weiteren Ausdifferenzierung. Im

mittleren Ermland verwendeten die Menschen in der Regel das Breslauische, wobei dessen Sprachinsel innerhalb eines Vierecks lag, das durch die Städte Wormditt, Heilsberg, Bischofsburg und Allenstein gebildet wurde und nahezu deckungsgleich mit dem Gebiet war, welches der Bischof des Ermlandes in den 1320er und 1330er Jahren kolonisieren ließ. Dahingegen überwog in den späteren Kreisen Preußisch Holland und Mohrunen sowie den westlich angrenzenden Landstrichen das Oberländische. Hier lebten viele Nachkommen von ursprünglich mitteldeutsch sprechenden Siedlern aus Thüringen, was vor allem auf das Wirken des Ordenskomturs Christburg Sieg-

hard von Schwarzburg zurückgeht, dessen Geschlecht einst im Raum Saalfeld-Rudolstadt residierte.

Prägend war die Vorliebe für Verkleinerungssilben

Die geographische Trennlinie zwischen den beiden Unterdialekten des Hochpreußischen bildete der Fluss Passarge, während das Niederpreußische nördlich der sogenannten Benrather Linie gesprochen wurde. Diese zog sich in Ostpreußen von Deutsch Eylau nach Nordwesten in Richtung Marienwerder und dann im Großen und Ganzen von West nach Ost. Dabei bildete sie nach Ansicht vieler Linguisten die am schärfsten wahrnehmbare

Sprachgrenze in ganz Deutschland vor 1945. Gleichzeitig gab es aber durchaus auch Gemeinsamkeiten in Phonetik, Grammatik und Wortschatz zwischen den beiden ostpreußischen Hauptdialekten nach dem Verschwinden des Altpreußischen. Dazu gehörten unter anderem die Vorliebe für Verkleinerungssilben oder umlautlose Verkleinerungsformen. Außerdem verdienen die diversen Lehnwörter aus dem Altpreußischen, Litauischen, Kurischen und Polnisch-Masurischen wie „Kujel“, „Lorbas“, „Marjell“, „Flins“ und „Schucke“ Erwähnung.

„Idioticon prussicum“ als erster Preußischer Duden

Infolge der Flucht und Vertreibung aus Ostpreußen sind die dort bis 1945 gesprochenen Dialekte weitgehend ausgestorben und haben in der deutschen Alltagssprache von heute keine praktische Bedeutung mehr. Umso wichtiger ist es, dass Wörterbücher existieren, die den früheren Wortschatz der Menschen in Ostpreußen zumindest dokumentieren und für die Nachwelt festhalten. Das früheste dieser Werke namens „Idioticon prussicum“ erschien 1759 und wurde von dem Literaturwissenschaftler und Dichter Johann Georg Bock zusammengestellt. Den ersten Versuch, den gesamten Sprachreichtum der Ost- und Westpreußen zu erfassen, unternahm der Germanist Walther Ziesemer mit seinem zweibändigen „Preußischen Wörterbuch“, das 1939 beziehungsweise 1941 herauskam. 1952 wiederum begann dann Ziesemers letzter Assistent Erhard Riemann, die Arbeit seines akademischen Lehrers fortzusetzen. Im Ergebnis dessen entstand zwischen 1974 und 2005 ein neues sechsbändiges „Preußisches Wörterbuch“, welches nach Riemanns Tod im Jahre 1984 von Ulrich Tolksdorf weitergeführt und von Reinhard Goltz herausgegeben wurde.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Heimat im Gepäck

Vertriebene zeigen sich in diesem besonderen Werk von ihrer schönsten und traditionellsten Trachtenseite

Selten haben die zwei Pandemie-Jahre etwas Positives hervorgebracht. In diesem Fall jedoch wurde aus der ursprünglichen Idee, „Heimat im Gepäck“ mittels einer Fotoausstellung von Trachtenträgerinnen und -trägern zu zeigen, ein bemerkenswertes Buch: „Vertriebene und ihre Trachten“. Sogar das vorangestellte Grußwort des Bezirkstagspräsidenten von Mittelfranken, Armin Kroder, ist lesenswert.

Den Blickfang des im Volk Verlag München Ende 2023 erschienenen und sehr schön gestalteten Werks bilden Dutzende von ganzseitigen Farbaufnahmen. Der Fotograf Walther Appelt hat hier, nachdem er bereits 2018 mit „Oberfrankens Trachten“ ein bemerkenswertes Buch vorgelegt hat, wieder sein Können unter Beweis gestellt. Der Industriefotograf ist „nebenbei“ Leiter des Arbeitskreises Männertracht des Fränkischen Schweiz-Vereins. Alle für „Vertriebene und ihre Trachten“ abgebildeten Personen sind echte Trachtenträger, die jetzt in der Region Mittelfranken leben, und keine Modelle! Sie sind Repräsentanten der ehemaligen Heimatregion. Bewusste Haltung, Stolz, Würde, eine ihnen durch das Tragen der Tracht eigene Schönheit und – im Einzelfall – auch Fröhlichkeit kom-

men auf diesen Fotografien erkennbar zum Ausdruck.

Die Herausgeberin des Buches, Katrin Weber, hat die Umsetzung ihrer Idee durch mehrere Textbeiträge fundiert. Sie ist seit 2016 die Leiterin der Trachtenforschungs- und beratungsstelle des Bezirks Mittelfranken. Für einzelne inhaltliche Schwerpunkte wurde ein halbes Dutzend weiterer wissenschaftlicher Mitarbeiter gewonnen.

Weber nimmt im Einführungstext notwendige Begriffsklärungen im Kapitel „Vertrieben – Geflohen – Abgewandert?“ vor. Knapp, klar und gut verständlich äußert sie sich zu den Bezeichnungen Flüchtling, Heimatvertriebene, Grenzlandvertriebene, verdrängte Auslandsdeutsche, Umsiedler, Spätaussiedler, definiert Heimat und Tracht.

Der über die regionalen Medien gestartete Aufruf nach Zeitzeugen und ihren Nachkommen im Großraum Franken löste ein erstaunliches Echo aus. Im Zusammenhang mit den Zeitzeugenbefragungen per Fragebogen und/oder per Telefon musste bei dieser Methodik auch der Quellenwert menschlicher Erinnerungsstrukturen geprüft und berücksichtigt werden. Es wurden Menschen der Erleb-

nisgeneration und Nachkommen derselben, die sogenannte Bekenntnisgeneration, befragt. Aufgrund der regionalen Beschränkung der Umfrage auf Mittelfranken können die Zahlen der Rückmeldungen nur Tendenzen wiedergeben. Sie sind nicht statistisch repräsentativ für die gesamte Gruppe der Vertriebenen und Aussiedler in Deutschland. Ein Textbeitrag informiert über die Landsmannschaften der Vertriebenen, ihre Entstehung und Programmatik und auch über die Rolle des BdV vor und nach 1972.

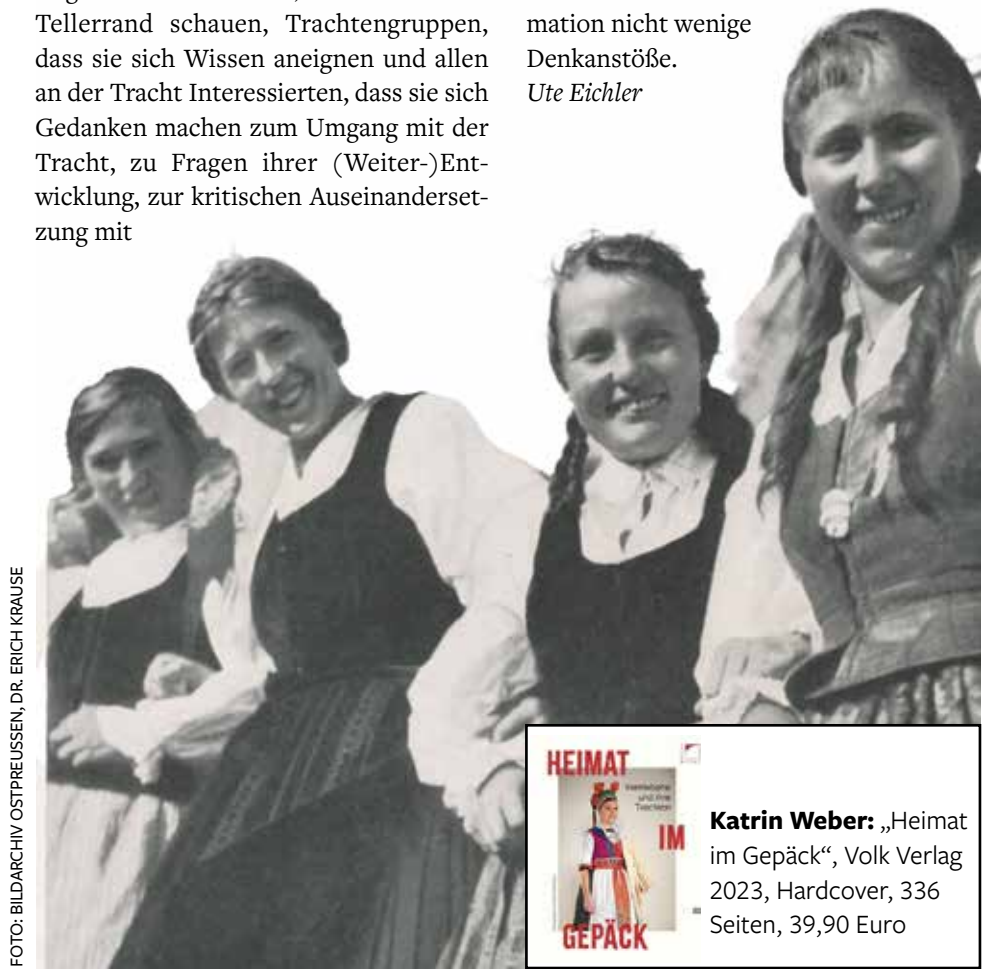
Folgende Trachtengebiete finden Darstellung und Erläuterung: Das Sudetenland, das Egerland, die Wischauer Sprachinsel, Oberschlesien, Niederschlesien, Ostpreußen, dazu die Tracht(en) der Siebenbürger Sachsen, der Ungarndeutschen, der Banater Schwaben. Pommern beschließt den Trachtenreigen und lässt ein wenig staunen, weil nicht nur die Jamunder Tracht, die Pyritzer Weizackertocht und die Festtagstracht aus der Belbucker Abtei, sondern auch die Mönchguter Fischertracht (das Mönchgut – südöstliche Halbinsel der Insel Rügen) Berücksichtigung findet.

Das Buch „Heimat im Gepäck – Vertriebene und ihre Trachten“ verdient das

Prädikat „besonders wertvoll“. Trachtenträgern ist zu wünschen, dass sie über den Tellerrand schauen, Trachtengruppen, dass sie sich Wissen aneignen und allen an der Tracht Interessierten, dass sie sich Gedanken machen zum Umgang mit der Tracht, zu Fragen ihrer (Weiter-)Entwicklung, zur kritischen Auseinandersetzung mit

Heimatverlust und Identität. Dazu bietet dieses Buch außer der sachlichen Information nicht wenige Denkanstöße.

Ute Eichler



Katrin Weber: „Heimat im Gepäck“, Volk Verlag 2023, Hardcover, 336 Seiten, 39,90 Euro

FOTO: BILDARCHIV OSTPREUßEN, DR. ERICH KRAUSE

ASTRONOMIE

Von Greifswald in die Sterne gucken

Die Sternwarte Greifswald begeht 100-jähriges Jubiläum – Kleinplaneten tragen pommersche Namen

VON ERWIN ROSENTHAL

Greifswald begeht in diesem Jahr den 250. Geburtstag seines großen Sohnes Caspar David Friedrich. Das hindert die Stadt jedoch nicht daran, auch den weniger spektakulären Jubiläen Beachtung zu schenken. So hatte am 12. Juli Magnifizentia Prof. Katharina Riedel zu einer Festveranstaltung in der Aula der Greifswalder Universität eingeladen. Anlass waren das Jubiläum und die feierliche Wiedereröffnung der punktgenau 100 Jahre alten Greifswalder Sternwarte.

Großzügige Unterstützer

Das Herzstück der Sternwarte, das Teleskop, wurde in den vergangenen Jahren aufwendig saniert. Hierzu war es in vier Einzelteile zerlegt und mit einem Kran aus der Sternwartenkuppel gehoben worden. Die drehbare sechs-Meter-Kuppel befindet sich in etwa 35 Metern Höhe auf einer Turmplattform des ehemaligen Physikalischen Instituts. In Bernburg (Sachsen-Anhalt) wurde das Himmelsfernrohr von einem Teleskopspezialisten in seine Einzelteile zerlegt und restauriert. Den sechsstelligen Betrag für die Generalrestaurierung des weltweit einzigen CARL-ZEISS-DOPPELTELESKOPs musste die Universität nicht alleine stemmen. Die Firma Carl Zeiss steuerte eine fünfstellige Summe bei und die 60 Mitglieder des Sternwartenvereins warben durch Spenden ei-

walder Physiker jedoch erst im Jahr 1891. In seinen Räumen forschten unter anderem Gustav Mie, der Nobelpreisträger Johannes Stark und Rudolf Seeliger. Im Stil der norddeutschen Backsteingotik im historischen Campus erbaut, existiert das frühere Physikalische Institut noch heute weitgehend in seinem ursprünglichen Zustand. Es ist allerdings leergezogen, seit dem Jahr 2007 verfügt das Physikalische Institut über einen modernen Neubau im naturwissenschaftlichen Campus am Berthold-Beitz-Platz. Trotz notwendiger Sanierungsarbeiten am alten Institutsgebäude ist die in seinem Turm zu findende Sternwarte weiterhin für die breite Öffentlichkeit zugänglich.

1775 erste Astronomieprofessur

Der Baumeister des alten Physikalischen Instituts hatte erfreuliche Weitsicht bewiesen, als er dem Gebäude jenen Turm aufsetzte, der Jahrzehnte später das Himmelsfernrohr aufnahm. Astronomische Forschung hatte es in der alten Hansestadt schon sehr viel früher gegeben. Andreas Mayer, heute vor allem als Baumeister des spätbarocken Hauptgebäudes der Greifswalder Universität bekannt, hatte die wissenschaftliche Astronomie an der Universität Greifswald etabliert und die Gründung der ersten Sternwarte in Greifswald initiiert. Für seine Beobachtungen richtete er ein Observatorium in seinem Wohnhaus in der Martin-Luther-Straße und später im



Das weltweit einzige CARL-ZEISS-DOPPELTELESKOP ist das Herzstück der Greifswalder Sternwarte, es wurde dank großzügiger Spenden aufwendig restauriert

der Institutsdirektor Friedrich Krüger sowie Alfred Klose. Zunächst wurde für die praktischen Beobachtungen ein Refraktor (Linsenteleskop) mit einem Durchmesser von 20 Zentimetern und einer Brennweite von drei Metern angeschafft. Zu dieser Zeit lehrten und forschten in Greifswald unter anderem die Astronomen Alfred Klose, Erich Schönberg und Paul ten Bruggencate. Im Jahre 1935 wurde ein 40cm-Newton-Reflektor der Firma CARL ZEISS JENA angeschafft, womit das einmalige, noch heute existierende Doppelfernrohr der Greifswalder Sternwarte komplett war. Es hatte einen Durchmesser von 40 Zentimetern und eine Brennweite von 6,4 Metern. Der Spiegel wurde damals nur für fotografische Aufnahmen genutzt, insbesondere bei der Erforschung von Sternen, die ihre Helligkeit verändern.

Pommersche Kleinplaneten

Weltweit bekannt wie ihre Kollegen Friedrich August Johannes Loeffler und Ferdinand Sauerbruch von der medizinischen Fakultät der Königlichen Universität zu Greifswald, konnten die Greifswalder Astronomen nicht werden. Versöhnlich stimmt ein Brief des Astronomen Wilhelm Ebert, in dem er die Philosophische Fakultät der Königlichen Universität zu Greifswald darüber informiert, „dass auf meinen Antrag hin der Planet 496 Gryphia genannt worden ist“. Ebert hatte die Bahn dieses Kleinplaneten berechnet.

Neben den Kleinplaneten Greifswald und Gryphia gibt es weitere Himmelskörper mit Bezug zur Region. Es sind dies die Kleinplaneten Friedrich (Casper David Friedrich), Fallada und Rügen.

Bewahrt von Amateurastronomen

Nach 1945 wurde die Sternwarte mit ihrem wertvollen Instrumentarium durch die Arbeit von Amateurastronomen erhalten und gepflegt. Mitarbeiter der damaligen Sektion für Physik regten schließlich an, die Sternwarte wieder öffentlich zugänglich zu machen. Im Jahre 1992 gründete Holger Kersten den Verein „Greifswalder Sternwarte e.V.“, der sich durch den Erhalt der Greifswalder Sternwarte und die Förderung der astronomischen Bildung Verdienste erwarb.

In den vergangenen Jahren war die Ausstattung der Sternwarte immer wieder ergänzt worden. Weitere moderne Teleskope sowie Fernrohre konnten erworben werden. Im Jahre 2019 wurde das

bisherige Newton-Spiegelteleskop von 1935 in ein Cassegrain-Spiegelteleskop mit einer Brennweite von 10,3 Metern umgebaut. Genutzt wird es für die Ausbildung von Studenten und die Weiterbildung von Lehrern. Zudem bietet der Sternwartenverein am 1. und 3. Donnerstag eines jeden Monats den Einwohnern und Gästen Greifswalds gegen einen kleinen Obolus öffentliche Führungen mit Himmelsbeobachtungen an, die stets gut besucht werden.

Schweden und Preußen

Die Einwohner Greifswalds sind stolz auf ihre bereits im Jahre 1456 gegründete Universität, die zu den ältesten Hochschulen Mitteleuropas gehört. Sie war bis 1648 die Pommersche Landesuniversität, von 1648 bis 1815, als Greifswald zum Königreich Schweden gehörte, die älteste Universität Schwedens und als „Königliche Universität Greifswald“ die älteste Hochschule Preußens.

Von 1933 bis 1945 und von 1954 bis 2018 trug die Alma Mater den Namen Ernst Moritz Arndt. Heute ist sie namenlos, denn die Kritiker Arndts scheuten sich nicht, an sein Werk die Forderungen der heutigen Political Correctness anzulegen. Flugs machten sie ihn zum Antisemiten und Nationalisten, gar zum Franzosenfeind, kurz zu ihrem politischen Gegner, dessen Namen keine deutsche Hochschule tragen dürfte. Viele Pommern lehnten die Namensänderung ab und waren sehr traurig, als sich die Gegner (die mitnichten Pommern waren) ihres hoch verehrten Landsmanns durchsetzen konnten.

Un erwünschte Namensänderung

In der Tat war Arndt kein nationaler Nihilist. Vaterlandsliebe war für ihn nichts Negatives, sondern eine Herzenssache. Als bedeutender Lyriker der Epoche der Befreiungskriege widmete er sich – ähnlich wie es Caspar David Friedrich mit seinen Mitteln tat – der Mobilisierung der Menschen gegen die Fremdherrschaft Napoleon Bonapartes in Deutschland. Er wollte auf diese Weise das noch unterentwickelte Nationalbewusstsein seiner Landsleute wecken. Besonders erwähnenswert ist auch Arndts Einsatz für die Meinungs- und Pressefreiheit und für die Abschaffung der Leibeigenschaft.

Es bleibt zu hoffen, dass nicht eines Tages moderne Ikonoklasten an Friedrich oder gar an Luther die gleiche Elle wie an Arndt anlegen.

MELDUNGEN

Botschafter, Heringe und Bronzestatue

Stettin – Der bekannte Fotograf A. Lazowski und der angesehene Arzt M. Lickendorf sind die „Botschafter von Stettin 2024“ – Lazowski ist Initiator des Projektes „Baum der Erinnerung“ auf dem Zentralfriedhof, Lickendorf setzt für die Rehabilitation chronisch kranker Kinder ein. TS

Pasewalk – Seit einem Monat ist die Bronzestatue von Oskar Picht am Eingang des gleichnamigen Gymnasiums verschwunden, die Ermittlungen laufen. Der Kopf des Pasewalkers zierte seit 1998 die Schule. Picht war Erfinder der ersten Punktstift-Schreibmaschine für Blinde. TS

Pyritz – Am 13. Juli mussten sich Autofahrer erneut auf Staus und Umwege einstellen. So kam es auf der Schnellstraße S3 zwischen den Anschlussstellen Pyritz und Greifenhagen zu Blockaden der Transportunternehmen. PKWs mussten über die Landstraßen ausweichen. TS

Greifswald – Die pommersche Universitätsstadt ist auf Wachstumskurs: Seit 2014 ziehen jährlich 440 Bürger (mit Hauptwohnsitz) zu, so dass 2024 insgesamt knapp 58.000 Einwohner in Greifswald leben. Auch Stralsund wächst vergleichsweise – 2022 gab es 59.363 Bürger. TS

Kolberg – Während in Vorpommern die Auslastung der Ferienunterkünfte noch steigerungsfähig ist, kann Hinterpommern auf eine gute Saison hoffen: Im Sommer wird mit fast 100%iger Auslastung gerechnet, Deutsche machen vor allem in Swinemünde und Kolberg Urlaub. TS

Damgarten – Auf dem ehemaligen Militärflugplatz Pütznitz wurde am 6. Juli das 24. Internationale Ostblock-Fahrzeugtreffen durchgeführt. Neben Trabant, Wolga und Lada fanden sich auch Motorräder, Busse und Militärfahrzeuge ein, die den Alltag in Osteuropa bis 1990 prägten. TS

Stolp – NATO-Generalsekretär Stoltenberg erklärte am 10. Juli, dass der Stützpunkt in Reitz bei Stolp mit US-Raketenabwehrschiffen endlich einsatzbereit ist. Der 2016 begonnene Bau des Schildes mit einem AEGIS-System und Boden-Luft-Raketen kann ballistische Raketen abfangen. TS

Demmin – Laute Schreie, Rumpeln und beängstigende Geräusche aus einer Nachbarwohnung verunsicherten einen Demminer letzte Woche so sehr, dass er die Polizei herbei rief. Diese gab jedoch Entwarnung: Die Geräusche kamen aus einem Fernseher – es lief ein Horrorfilm. TS

Stettin – Heringsgeschichte live erleben. Während eines Spaziergangs erfahren die Teilnehmer etwas über den Einfluss des Herings auf die Entwicklung der Stadt und ihr Leben, hören interessante Fakten über diesen besonderen Fisch und sehen Orte, die mit dem Heringshandel in Stettin verbunden sind. Der deutsch-polnische „Heringsspaziergang“ beginnt am 27. Juli 2024 um 11:00 Uhr an der Tourist-Info, Königsplatz [p.l. Żołnierza 20] Stettin. Bis Ende September finden weitere interessante Spaziergänge statt. Das Projekt „Grenzüberschreitende Stadtrundgänge“ wird von der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit kofinanziert. BS



Im Turm des alten Physikalischen Instituts, das 1891 auf dem historischen Campus der Greifswalder Universität erbaut worden war, befindet sich die Sternwarte.

nen weiteren, nicht unwesentlichen Betrag ein. Nun ist das Herzstück der Sternwarte „wie neu“ zurück, und auch das ist ein Anlass zum Feiern.

Illustre fachkundige Gäste

Den Festvortrag in der Aula hielt Prof. Dr. Michael Kaschke, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Carl Zeiss AG und Präsident des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft. Weitere Vorträge hielten Dr. Peter Kendl von der Urania-Sternwarte Zürich, die einen Carl-Zeiss-Refraktor von 1907 besitzt, Günther Bendt von der Volkssternwarte Aachen, in der sich das Greifswalder Zeiss-Schwerterteleskop von 1935 befindet, und Prof. Dr. Holger Kersten, der im Jahre 1992 den Verein Greifswalder Sternwarte gegründet hatte. Er lehrt heute an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel Plasmaphysik und Plasmatechnologie. Die geladenen Gäste folgten den Ausführungen der Referenten mit großem Interesse.

Bedeutende Forscher in den Reihen

Physik wurde in Greifswald seit 1456 gelehrt. Ihr erstes eigenes, hochmodern ausgestattetes Institut erhielten die Greifs-

Grauen Kloster (heute Pommersches Landesmuseum) ein. 1775 wurde auf sein Betreiben hin die erste Astronomieprofessur in Greifswald an seinen Schüler und späteren Amtsnachfolger Lampert Hinrich Röhl vergeben. Röhl wurde auch erster Direktor der neuen Sternwarte auf dem 13,5 Meter hohen Pulverturm (heute als „Fangenturm“ Domizil des Hafenmeisters am Ryck), der zeitweise auch als Gefängnis diente. Der erstmals 1329 im Stadtbuch erwähnte Turm ist ein Rudiment der mittelalterlichen Befestigungsanlage, die Greifswald einst umschloss.

12. Juli 1924

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts installierte man astronomische Instrumente und Uhren in den oberen Räumlichkeiten des Physikalischen Instituts. Das Vorlesungsverzeichnis enthielt nun auch wieder astronomische Vorlesungen und Übungen. Im Jahre 1923 wurde die aus privaten Mitteln finanzierte Sternwartenkuppel eingebaut. Schließlich konnte am 12. Juli 1924 die neue Sternwarte eröffnet werden. Sie gehörte zum Astronomisch-Mathematischen Institut. Initiiert hatten die Einrichtung der Sternwarte

„Sehr viele Menschen hätten die Kirche gebraucht“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Danke, Herr Kaufmann, dass Sie ein wenig Licht in diese dunkle Vergangenheit gebracht haben“

Annegret Kümpel, Antalya
zum Thema: Die Botschaft der untergegangenen Reiche Europas (Nr. 27)



Ausgabe Nr. 28

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

SELTENER KLARTEXT ZU: DAS EISIGE HERZ DER RESPEKTKULTUR (NR. 28)

Ich bin gerade von einem Urlaub aus Südtirol zurückgekehrt, wo in den beiden Städten Bozen und Meran die Kriminalität eingewanderter Nordafrikaner in einem solchen Maße zugenommen hat, dass die einheimische Bevölkerung im öffentlichen Raum mehr und mehr verunsichert ist. Veronika Stirner, ehemalige Stadträtin von Meran, äußerte sich dazu in der Tageszeitung „Dolomiten“ wie folgt: „Wir erfahren nur einen Bruchteil von dem, was tagtäglich passiert.“ Das Aggressionspotential „dieser ausländischen Jugendlichen bzw. Männer bzw. Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist enorm. Unsere Jugend hat mittlerweile Angst auszugehen. Da schwindet jegliches Verständnis, auch wenn ich mich noch so bemühe.“ Und dann sprach sie Klartext, wie es in Deutschland kaum möglich wäre, ohne sofort in die rechtsradikale und fremdenfeindliche Ecke gerückt zu werden: „Ich will diese Menschen nicht in meiner Stadt, in meinem Land, dessen Kultur und Lebensgewohnheiten sie mit Füßen treten ... mit vollster Absicht. Ich will ohne Angst ins Theater, zum Konzert oder einfach nur ausgehen. Das ist so nicht mehr möglich. Das kann es nicht sein.“ Ein deutliches Votum gegen solche „bunten Gesellschaften“, wie wir sie inzwischen in vielen europäischen Staaten erleben und die von deutschen Grünen am liebsten noch ausgeweitet werden sollen, um den nationalen Charakter eines Volkes verschwinden zu lassen.

Wolfgang Reith, Neuss

DIE ERSTE FRIEDENSTAUBE ZU: ORBÁNS MISSION (NR. 28)

Ob Viktor Orbán ein Rechtspopulist ist oder nicht, das ist eine Sache des Standpunktes, auf dem man steht. Für mich machte er das einzig Richtige, was man in solch einer fatalen und verfahrenen Situation machen kann. Erst reiste er zum

Gespräch zu Selenskyj in die Ukraine, danach zu Putin nach Russland, weiter zu Xi Jinping nach China und auch noch in die USA zu Donald Trump. Die EU steht nun Kopf und sieht in Orbán einen „Outlaw“. Doch Orbán tut wenigstens etwas, er will vermitteln, um den Dritten Weltkrieg zu verhindern und dazu braucht er auch keine Genehmigung der EU. Er reist als Ministerpräsident von Ungarn durch die Welt. Bravo Herr Orbán, sie haben wenigstens mal die erste Friedenstaube losfliegen lassen!

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

BEGRIFFLICHE UNSCHÄRFE ZU: LESERBRIEF „WIE DAS EI IM EISWASSER“ (NR. 27)

Wie viele andere versteht auch Jante Waterende das Wort „Nächstenliebe“ falsch. „Nächstenliebe“ wird von fast allen als Liebe zu allen Menschen missverstanden. Aber die Heilige Schrift besagt etwas anderes. Als Musterbeispiel für die christliche „Nächstenliebe“ gilt die Erzählung vom barmherzigen Samariter (Lk 10,25–37). Diese Geschichte erzählt Jesus aufgrund der Frage eines Juden, wer der Nächste sei, dem die Nächstenliebe gelten sollte. In dieser Geschichte geht es um einen Reisenden, der von Räubern überfallen und halbtot liegengelassen wurde. Ein Levit und ein Rabbi, also jüdische Ehrenmänner, lassen den Überfallenen hilflos liegen, erst ein Samariter (Samariter waren im Judentum verachtet) hilft dem Überfallenen. Interessant nun die Frage, die Christus nach dieser Erzählung dem Juden stellt: Er fragt nicht, wer dem Samariter der Nächste war, sondern wer dem Überfallenen der Nächste war. Der Levit und der Rabbi waren das nicht, sie waren also keine Nächsten der Nächstenliebe. Der Nächste war der Samariter und nur der Samariter. Neben der „Nächstenliebe“ gilt im Christentum auch das Gebot der „Feindesliebe“. Da fragen sich doch viele, wie man nur einen Feind lieben kann. Des Rätsels Lösung liegt in der Originalsprache des Neuen Testaments. Die-

ses wurde in Altgriechisch verfasst, und diese Sprache kennt drei Wörter, die im Deutschen gleichermaßen mit „Liebe“ übersetzt werden, aber recht unterschiedliche Bedeutung haben. Da wäre zunächst der „Eros“, der hier wohl mit den Ableitungen „erotisch“ = „erosartig“ und „Erotik“ = „Erosanwendung“ ausreichend beschrieben sein dürfte. Dann die „Philia“, die Freundesliebe, die auch in Wörtern wie „Philosoph“ (= Weisheitsfreund) und Namen wie „Philipp“ (= Pferdefreund) enthalten ist. Das dritte Wort ist die „Agape“, im Deutschen zuweilen als „Liebesmahl“ gebraucht. Aber mit Speise hat die altgriechische „Agape“ nichts zu tun, ist aber mit „Liebe“ auch nur eher schlecht übersetzt. Am nächsten dürfte der altgriechischen „Agape“ die deutsche „Wertschätzung“ kommen. Demnach ist geboten, dem Nächsten und auch dem Feind (als Geschöpf Gottes) mit Wertschätzung zu begegnen. Darauf beruht beispielsweise der christliche Umgang mit Kriegsgefangenen. So verstanden, lassen sich die „Nächstenliebe“ und erst recht die „Feindesliebe“ verstehen und auch beherzigen.

Christoph Klein, Rauenthal

WÜNSCHE FÜR EINE ANDERE AMTSKIRCHE ZU: ENTSCHEIDEND IST DIE GOTTESLIEBE (NR. 23)

Es gibt viele Menschen, die an Gott glauben oder an „da muss es doch noch etwas anderes geben“. Das sind oft auch Menschen, die im christlichen Sinne „Heiden“ sind. Und oft stellt sich die Frage, wer die besseren Christen sind – die, die jeden Sonntag in die Kirche gehen oder die anderen, die ohne Bindung an eine Organisation ihren Glauben haben. Die Aussage von Pablo Neruda, die Sebastian Kleinschmidt, Mitherausgeber von „Bild der Welt“ in dem Sammelband „Bild der Welt und Geist der Zeit“ zitiert, ist lobenswert. Wer waren die Menschen, die ihm die Türen geöffnet haben und was hat Herr Kleinschmidt von diesen Gesprächen mitgenommen? Im Übrigen gibt es zu we-

nige Kleinschmidts. Wenn ihm viele Türen geöffnet wurden, so wurden viele Kirchentüren zum Beispiel während der Coronazeit nicht geöffnet. Was die Kirche damit angerichtet hat, wirkt noch heute nach. Sie hat sich in vollem Umfang auf die Seite des Staates gestellt. Sehr viele Menschen hätten genau zu diesem Zeitpunkt die Kirche gebraucht. Doch sie hat sich nicht quergestellt. Da ist die Kirche in der Vergangenheit in ähnlichen Situationen sehr oft anders vorgegangen. Mit Feinden und Andersdenkenden sprechen, dagegen ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Wenn aber immer wieder diese Menschen Verbrechen jeglicher Art begehen, dann kann sich auch die Kirche nicht hinstellen und verkünden, dass dies alles Einzelfälle sind. Aussagen wie „Christen sollten die Angst überwinden und mit Kraft, Liebe und Besonnenheit reagieren oder wir sollten diesen Menschen mit Betten und Liebe begegnen“ sind wenig hilfreich. Solche Vorfälle lassen sich aber nicht wegbeten. Die Bibel ist sicherlich an vielen Stellen sperrig und quer zum Geist der Zeit stehend. Aber müssen wir das aushalten? Es gibt viele Theologen, die es sehr gut verstehen, die Bibel in die heutige Zeit zu transportieren. Ich wünsche mir eine christliche Amtskirche, die mit einer Sprache spricht, die sich in erster Linie um die Belange der Christen kümmert und zuhört, wo der „Schuh drückt“. Das bedeutet ja nicht, dass andere Türen geschlossen bleiben.

Heinz Peter Kröske, Hameln

RICHTIGSTELLUNG DER RICHTIGSTELLUNG ZU: „TÜRCHAU IST NICHT THEUERN“ (NR. 27)

Leserbriefschreiber Neumann hat den deutschen Ortsnamen des heutigen Turon/PL richtiggestellt. Doch muss er sich selbst berichtigen lassen: Der Ort mit dem umstrittenen Kraftwerk liegt nicht im „ehemaligen Ostschlesien“, sondern im ehemaligen westlichen Niederschlesien.

Hans-F. Lietke, Cottbus

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-R



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro
Prämie**



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

ORTSGESCHICHTE

Unter Nussknackern und Lichterengeln

Vor 700 Jahren wurde das Spielzeugdorf Seiffen im Erzgebirge gegründet – Zahlreiche Veranstaltungen zum Jubiläum

VON VEIT-MARIO THIEDE

Am 26. Juli anno 1324 schloss Friedrich II., Landgraf von Thüringen und Markgraf zu Meißen, mit dem Brüderpaar von Bergowe einen Lehnungsvertrag, in dem erstmals der in einem Tal des östlichen Erzgebirges gelegene Flecken „Cynsifen“ erwähnt wird. Der nun 700 Jahre alte Ort nennt sich heute „Spielzeugdorf Seiffen“. Der Ortsname leitet sich ab von der Arbeitstechnik des „Zinnseifens“. Bei der wird zinnhaltige Erde in Bäche geworfen, die dank Dämmen aus Geäst langsam fließen, so dass sich die Zinngrauen von den anderen Stoffen trennen und auf den Grund des Baches sinken. Ab dem 15. Jahrhundert war der Bergbau auf Zinn, Eisen und Kupfer die Hauptidealverberquellle der Seiffener. Relikt des damaligen steinbruchartigen Abbaus ist die 34 Meter tiefe „Binge Geyerin“, die heute als Freilichtbühne genutzt wird. Holz verarbeiteten die Seiffener zunächst nur im Nebenerwerb. Vor 175 Jahren schloss das letzte Bergwerk. Da war die kunstvolle Holzbearbeitung längst zum Hauptgeschäft der Seiffener geworden – und ist es in der 2000-Seelen-Gemeinde neben dem Tourismus bis heute geblieben.

Erzgebirgisches Spielzeugmuseum

Eines der größten Bauwerke Seiffens ist das mintgrün verputzte Erzgebirgische Spielzeugmuseum. Das täglich geöffnete Museum führt zunächst in die Ortsgeschichte ein, stellt kurz den Bergbau sowie die in Seiffen hergestellten Waren aus Zinn und Glas vor. Und dann geht es in aller Ausführlichkeit um den Werkstoff Holz. Zunächst stand das Flechten von Spankörben sowie das Drechseln von Hausrat wie Tellern und Schalen im Vordergrund. Im späten 18. Jahrhundert begann die Spielzeugherstellung, veranlasst von Verlegern, welche die Waren auf den Märkten in Leipzig und Nürnberg absetzten. Bald darauf begann der Überseehandel. Exportschlager war „Noahs Arche“, bestückt mit acht Menschenfiguren und denen von zahlreichen Tieren. Museumsleiterin Sybille Gluch erzählt: „Vor allem in strenggläubigen Familien Amerikas und Englands gehörte sie zu den wenigen erlaubten Sonntags-Spielzeugen.“ Und zwar, weil sie sich auf das Alte Testament bezieht. Beim Rundgang durch die drei Ausstellungsetagen werden neben Werkzeugen und Maschinen mehrere tausend hölzerne Spielsachen sowie Oster- und Weihnachtsdekorationen präsentiert. Im Zentrum steht eine über sechs Meter hohe Drehpyramide aus den 1930er Jahren. Um sie herum sind in Vitrinen und verglasten Wandschränken auf mehreren Ebenen Ritterburgen, Puppenstuben und Kauf-



Im Zentrum des Erzgebirgischen Spielzeugmuseums: Die über sechs Meter hohe Drehpyramide aus den 1930er Jahren

mannsläden, heimische und exotische Tiere mit und ohne Räder, Hampelmänner und Bauklötze ausgestellt. Eine besondere Spezialität der Seiffener Spielzeugmacher sind Miniaturobjekte in der Streichholzschachtel. In die passt etwa eine Kleinstadt oder ein Kinderchor hinein.

Weihnachtsdekorationen

Berühmt ist Seiffen für seine seit der Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelten Weihnachtsdekorationen. Sie sind im Spielzeugmuseum reich vertreten. Viele Stücke beziehen sich auf den Bergbau und die große Bedeutung des Lichts, das für den Bergmann unter Tage überlebenswichtig war. Der in jeder Hand eine Kerze haltende Bergmann in Paradeuniform symbolisiert die beschwerliche und gefährvolle Arbeit. Der neben ihm stehende Schutzengel im taillierten langen Gewand, ebenfalls mit Kerzen in den Händen, bringt Segen und verheißt die Hoffnung auf das jenseitige Leben. In vielen Größen und mit bis zu sechs Drehtellern, auf denen zum Beispiel Tiere oder die Figuren der Weihnachtsgeschichte aufgestellt sind, gibt es Weihnachts-Pyramiden zu bestaunen. Ihr eigentlich durch die aufsteigende Wärme brennender Kerzen angetriebenes Flügelrad steht still, da offenes Feuer im Museum verboten ist. Die Schwibbbögen müssen mit aufgefplanten elektrischen Kerzen auskommen. Die Bögen überspannen je nach Lust und Laune des Kunsthandwerkers ganz unterschiedliche Figuren und Objekte. Traditionsgealten sind Bergleute, Kurrendesänger,

Spinnerinnen, Spielzeugmacher und Engel. Oft steht die Seiffener Bergkirche im Zentrum. Grimmig schauen die Nussknacker drein. Zum Beispiel als Musketier, Wachtmeister oder König verkörpern sie die Obrigkeit, welcher der „einfache Mann“ so manche harte Nuss zu knacken gibt. Die mit Pfeife im Mundloch ausgerüsteten, hohlgedrechselten Räuchermännchen gehören ebenso zum Sortiment wie die Seiffener Spanbäume, bei denen der Kunsthandwerker von der konischen Holzspindel mit dem Stecheisen gelockte Späne abgehoben hat. Erfunden hat die um 1920 Alwin Seifert, der Direktor der örtlichen Fachschule. Heute ist sie bundesweit die einzige, die Holzspielzeugmacher und Drechsler ausbildet.

Die Fachschule residiert seit 1904 im weitläufigen Gebäude an der Hauptstraße. Geht man diese ortsauwärts weiter, gelangt man zum Freilichtmuseum. Hier wird eine weitere nur in Seiffen und der näheren Umgebung kultivierte Technik vorgeführt: das Reifendrehen. Der Drechsler stattet den Holzreifen mit Profilen aus. Sodann wird der Reifen in 40 bis 60 gleiche Teile aufgespalten. Die haben die Form von Tieren, Figuren oder Häusern, die durch Beschnitzen und Bemalen vollendet werden. Die nur noch von wenigen Handwerkern beherrschte Technik des Reifendrehens wird in der Werkstatt des 1758 bis 1760 erbauten Wasserkraft-Drehwerks gezeigt. Um dieses in situ erhaltene Bauwerk gruppieren sich die 14 weiteren Gebäude des Freilichtmuseums. Das Spielzeugmacherhaus, das Bergmannswohnhaus, das Waldarbeiterwohnhaus, das Dorfspritzenhaus, die Umspannstation oder das Wasserkraftsägewerk wurden aus unterschiedlichen Orten des Erzgebirges hierher versetzt. Alle Häuser sind eingerichtet, und man kann sich in ihnen umsehen, oder mit den dort tätigen Kunsthandwerkern ins Gespräch kommen.

Auch in Seiffen selbst gibt es viel zu sehen. In zwei Schauwerkstätten wird gehobelt, gesägt, gefräst, gedrechselt, gebohrt, geschliffen, bemalt und montiert. Wer will, kann mitmachen und so unter Anleitung sein Seiffener Souvenir selber herstellen. Es gibt im Ort rund 100 Handwerksbetriebe. Beim Rundgang durch die hügelige Streusiedlung, für die schiefergedeckte Häuser mit holzverkleideten Obergeschossen charakteristisch sind, trifft man auf mehr als 50 Geschäfte, die Kunsthandwerk aus Holz anbieten. Ne-

ben denen mit breitem Sortiment gibt es viele, die sich spezialisiert haben. Da hat sich jemand auf Sterne für Baum und Busch sowie Fensterbilder aus feinsten Holzspänen verlegt, ein anderer auf Miniaturen für die Streichholzschachtel, das Stüblmachen, Spanbäume in vielen Größen, das Blumendreheln oder die Herstellung von Nussknackern, die den unterschiedlichsten Berufsgruppen angehö-

Hausbesitzers hin oder machen es sich stellvertretend für ihn im Vorgarten gemächlich. Auch mehrere Weihnachtsmänner dösen so vor sich hin. Der Weihnachtsmann hat in Seiffen eine besonders lange Saison vor sich. Im September wird er in der öffentlichen Vorführung „Seiffen weckt den Weihnachtsmann“ leibhaftig aus dem Bett geholt. Bereits im Oktober beginnt der bis zum Jahresende laufende festliche Sternemarkt. Am ersten Advent startet die mit 40 Ständen ausgestattete „Seiffener Weihnacht“, während welcher der Weihnachtsmann auf dem Motorrad durch die Dorfstraßen knattert, wenn nicht gerade eine Bergparade, ein Lichterzug oder Chorgesang stattfindet. Bereits jetzt läuft am Eckhaus, vor dem von der Hauptstraße die Seitenstraße hinauf zur Bergkirche abzweigt, die weihnachtliche Rückwärtsuhr. Ihr digitaler Countdown zeigt die Tage, Stunden, Minuten und Sekunden bis zur Christmette am Heiligabend in der Bergkirche an.

Feierliche Gottesdienste

Die auf einer Anhöhe stehende Kirche überragt mit ihrer mit Kreuz und Bergmann ausgestatteten Spitze alle anderen Gebäude und auch alle Baumwipfel des Spielzeugdorfes. Sie ist Seiffens in aller Welt verbreitetes Wahrzeichen. Und das millionenfach. Pfarrer Michael Harzer hat 30 Hersteller gezählt, die Holzmodelle seiner Kirche produzieren. Eines davon steht sogar auf dem Kanzelaltar der 1776 bis 1779 nach dem Vorbild der Dresdener Frauenkirche erbauten Bergkirche. Der Zentralbau auf achteckigem Grundriss ist



Seiffens Wahrzeichen: Die Bergkirche

Fotos (3): Veit-Mario Thiede

ren. Der Nussknacker in Form eines schwarzhäutigen Weihnachtsmanns wird übrigens als „Auslaufmodell“ bezeichnet. „Neu und exklusiv“ wird in einem anderen Geschäft Thomas Gottschalk als Räuchermann im rosa Glitzerjackett angeboten. Auch das Schwibbogenhaus, das Pyramidenhaus, das Reifendrehwerk, die Räuchermannstube, das Adventshaus und das Weihnachtshaus zeichnen sich durch ein besonderes Sortiment aus. Das Seiffener Jahr kennt keinen Ruhetag. Die Geschäfte sind auch sonn- und feiertags geöffnet. Und wer erst nach Ladenschluss einen Nussknacker oder Lichterengel kaufen will, der muss nur klingeln – und schon bald wird ihm freundlich der Laden geöffnet.

Seiffener Spanbäume

Vor vielen Häusern befinden sich lebensgroße Puppen in Arbeits- oder Freizeitkleidung. Sie weisen auf den Beruf des

gelb und weiß verputzt. Vor jeder zweiten Außenwand steht ein quadratischer Anbau, dessen Treppen zu den Emporen führen. Den Gottesdiensten können jeweils 500 Besucher beiwohnen. Pfarrer Harzer erzählt, dass die in der Weihnachtszeit besonders feierlich sind, da sie im Schein von 160 echten Kerzen stattfinden. Aber ausgerechnet der Lichterengel und der Bergmann, die links und rechts des Ausgangs montiert sind, spielen da nicht mit. Sie verabschieden die Kirchgänger nämlich mit elektrischem Kerzenlicht.

● Informationen über beide Museen: www.spielzeugmuseum-seiffen.de, über die Bergkirche: <https://seiffen.de/ort/bergkirche-seiffen/>, über das Spielzeugdorf: www.seiffen.de. Reisetipps: www.erdgebirge-tourismus.de. Die „Festschrift Kurort Seiffen 2024“ kostet in der im Spielzeugmuseum angesiedelten Touristinformation 14,95 Euro.



Nicht nur im Bergleutehaus: Schutzengel und Bergmann mit einer Kerze in jeder Hand

FÜR SIE GELESEN

Gegen die Ängste

Penny hat viel Angst, vor Bakterien, vor dem Sprecher, vor einer Gruppe oder davor, dass ihrer Familie etwas zustößt. Deshalb geht die Fünftklässlerin in der Schule zu einer „Gefühlslehrerin“, die ihr rät, ein Tagebuch zu führen. Dieses Tagebuch mit vielen Schwarz-Weiß-Zeichnungen ist Sara Shepards Kinderbuchdebüt „Penny kritzelt sich durchs Leben“. Es ist ein Buch über Freundschaft, Familie und den Umgang mit Ängsten. Die große Schrift und die vielen Illustrationen bereiten ein kurzweiliges Leseerlebnis. CRS



Sara Shepard:
„Penny kritzelt sich durchs Leben“, Baumhaus, Bastei Lübbe Verlag, Köln 2024, gebunden, 252 Seiten, 14 Euro

Israel und Palästina

Der Nahostkonflikt beschäftigt viele Menschen – auch Kinder. Aber woher rührt dieser Konflikt? Wie kann man ihn verstehen? Zu diesem Thema ist im Hanser Verlag ein Sachbuch erschienen, das die Geschichte der Israelis und Palästinenser aus Sicht derer beleuchtet, die den Konflikt erlebt haben. Martin Schäuble hat schon einige Texte über diese Thematik geschrieben, allerdings noch nicht für junge Leser. Sein Buch enthält Erlebnisberichte beider Seiten, viele historische Dokumente in Übersetzung, Fotografien, Medientipps sowie Karten und eine Zeittafel, die eine Einordnung deutlich erleichtern. Eine Lösung enthält es nicht, aber doch eine gelungene Möglichkeit des Verstehens, und zwar sowohl für junge als auch erwachsene Leser. CRS



Martin Schäuble:
„Die Geschichte der Israelis und Palästinenser“, Carl Hanser Verlag, München 2024, gebunden, 237 Seiten, 22 Euro

Psychologie im Comicstil

Das Kindersachbuch von Wouter de Jong ist schrill in unterschiedlichen Rot- und Schwarztönen gestaltet, setzt auf den Trend der Challenges auf und ist wirklich humoristisch stark und informativ. Wie funktioniert der Kopf? Wie grübele ich weniger? Wie werde ich selbstsicherer? Was vermag Atmung und ein positiver Gedanke? In 15 Kapiteln macht sich der Autor gemeinsam mit dem Leser auf den Weg, diesen Fragen nachzugehen. CRS



Wouter de Jong:
„Dein Kopf, der Superheld“, Baumhaus, Bastei Lübbe AG, Köln 2023, gebunden, 157 Seiten, 16 Euro

RATGEBER DER WOCHE



Elixier des Lebens

Wie wichtig gesunder Schlaf für unser Wohlbefinden ist, verraten die Medizin-Professoren Clemens Heiser und J. Ulrich Sommer in ihrem aktuellen neuen Ratgeber

Schlafstörungen sind ein weit verbreitetes Problem der modernen Gesellschaft. Stress durch ständige Erreichbarkeit, die Reizüberflutung durch die Medien sowie Bewegungsmangel tragen dazu bei. Die renommierten

Schlafforscher Clemens Heiser und J. Ulrich Sommer zeigen Ursachen und Wirkungen von Schlafmangel und wie es gelingt, wieder zur Ruhe zu kommen und erholsamen Schlaf zu finden. MRK



Clemens Heiser/J. Ulrich Sommer:
„Schlaf. Das Elixier des Lebens“, Humboldt Verlag, Hannover 2024, broschiert, 168 Seiten, 22 Euro

ZEITGESCHICHTE

Ein Appell gegen den Krieg

Raffael Scheck schildert den „Frühling 1940“ aus verschiedenen Blickwinkeln

VON KARLHEINZ LAU

Der Autor Raffael Scheck legt ein Buch über den Zweiten Weltkrieg vor mit dem besonderen Gesichtspunkt der Reaktion und der Eindrücke der Menschen, die 1939/1940 in den Kampfgebieten der Beneluxstaaten, in Nordostfrankreich und in den Grenzregionen im Westen Deutschlands lebten, also nur bezogen auf diesen Teil Europas.

Beginn des Krieges war der 1. September 1939 mit einer schnellen Niederlage Polens. Als Reaktion erklärten bereits Anfang September Frankreich und Großbritannien Deutschland den Krieg. Man rechnete nach dem Polen-Feldzug mit einem zeitnahen Angriff an der Westfront, gegen Frankreich, das geschah nicht. Auf den Zeitraum vom Beginn des Krieges 1939 und der Niederlage der Franzosen im Juni 1940 konzentrieren sich die Untersuchungen des Autors.

In vier Hauptkapiteln, die jeweils inhaltlich gegliedert werden, folgt er den Orten der bedeutendsten Schlachten. Zum Beispiel: „Kriegsausbruch und Sitzkrieg“ mit Teilabschnitten wie „Frankreichs Eintritt in den Krieg“ oder „Das zweite britische Expeditionskorps“ und an anderer Stelle „Dünkirchen: Sieg oder Niederlage?“. Sehr hilfreich für den Leser ist die Karte des behandelten Raumes mit genauen Angaben der wichtigsten Orte. Wünschenswert wäre zusätzlich eine Zeittafel mit den zahlreichen in der Darstellung genannten Daten gewesen.

Scheck hat mit großer Akribie an seinem Buch gearbeitet, wie die zahlreichen Anmerkungen, Quellen, Briefe, Tagebücher und vor allem die kommentierten Zeitzeugen-Aussagen belegen. Dies sind überwiegend schriftliche Zeugnisse von Militärangehörigen, aber auch von Zivilisten. Belgier – Flamen und Wallonen –, Franzosen, Engländer, Deutsche und Italiener sind die sich feindlich gegenüber-

stehenden Nationalitäten. Der Leser findet bekannte Namen: Lion Feuchtwanger, Hans Habe oder Ernst Jünger und Astrid Lindgren. Diese Persönlichkeiten zeigen auch, dass sich unter den Zeitzeugen – Militärs und Zivilisten – viele Veteranen des Ersten Weltkrieges befinden. Überhaupt spielt dieser erste Krieg in den Erinnerungen der Menschen eine sehr große Rolle, auch weil die nunmehrigen Schauplätze Schlachtfelder von damals sind. Außerdem beträgt der zeitliche Abstand zwischen beiden Kriegen nur 21 Jahre.

Überwiegend schriftliche Zeugnisse von Militärangehörigen und Zivilisten

Als Sitzkrieg kennzeichnet auch Scheck die Phase bis zum Angriff Deutschlands auf Frankreich. Am 9./10. Mai 1940 beginnt dieser mit dem Angriff auf Belgien, die Niederlande und Luxemburg. Der Autor behandelt nun anhand der Quellen und eigener Interpretationen die einzelnen Orte, an denen entscheidende Kämpfe stattfanden, bis zum Waffenstillstand mit Frankreich am 25. Juni 1940. Einen breiten Raum nehmen die Ereignisse um Dünkirchen ein: für die Franzosen war es eine herbe Niederlage, für die Engländer ein großer Erfolg, weil der größte Teil des Expeditionsheeres nach Großbritannien überführt werden konnte. Für Deutschland war es ein Erfolg, man rechnete mit einer baldigen Invasion auf die britischen Inseln.

In den zahlreichen Anmerkungen der Unterlegenen spiegeln sich in allen Phasen des Westfeldzuges die Empfindungen, Sorgen und Hoffnungen der Menschen wider. Sie zeigen die Schrecken, Schmerzen, Verwundungen durch den Krieg vornehmlich bei der Zivilbevölkerung, bei Frauen, Kindern und Senioren. Es ist aber auch von Grausamkeiten und Verbrechen durch Truppen der Waffen-SS zu lesen.

Überraschend sind nicht wenige Aussagen von belgischen, britischen und französischen Zeitzeugen über Spannun-

gen und gegenseitige Vorwürfe unter den Bündnispartnern. Ein großes Problem für die Menschen war die Sorge und Angst vor Spionen im eigenen Umfeld, das heißt einer fünften Kolonne, die dem Gegner wichtige Informationen lieferte.

Das ganze Gegenteil waren die zum Teil euphorischen Anmerkungen der deutschen Zeitzeugen, die nicht den Bildern und Erinnerungen entsprachen, die viele Belgier und auch Franzosen an den Ersten Weltkrieg hatten. Der Autor schreibt: „Die ersten Begegnungen mit den Deutschen sind überwiegend positiv und widersprechen den vom Ersten Weltkrieg geprägten Befürchtungen.“ Beachtet werden muss, dass Stimmen in allen Lagern – auch bei Deutschen – erhebliche Unterschiede im Auftreten und Verhalten von Waffen-SS und Wehrmacht deutlich machen.

Unterschiede zwischen Waffen-SS und Wehrmacht

Bei einer Beurteilung des Buches muss grundsätzlich angemerkt werden, dass die Erlebnisse und Eindrücke der Zeitzeugen aus der jeweiligen Augenblickssituation wiedergegeben wurden, die sich im weiteren Verlauf bekanntlich verändert hat. Das Buch beschreibt den Beginn des Zweiten Weltkrieges im Westen und zeigt in Deutschland Siegeszuversicht und Hoffnung auf ein nahes Ende. Wir wissen, dass das Blatt sich wendete, und kennen das Ende 1945. In diesem Rahmen muss das Buch gelesen und verstanden werden, auch als ein Appell gegen den Krieg, der aufrütteln soll.



Raffael Scheck: „Frühling 1940. Wie die Menschen in Europa den Westfeldzug erlebten“, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2024, gebunden, 445 Seiten, 28 Euro

FÜR SIE GELESEN

Autor wiederentdeckt

Einige der zahlreichen Unterhaltungsromane und Novellen des einstigen Erfolgsautors Ewald Gerhard Seeliger (*1877 in Rathau bei Brieg in Schlesien, †1959 in Cham, Oberpfalz) handeln von Geschehnissen an schlesischen Schauplätzen der Jahrhundertwende 1900. So auch der 1914 erstmals veröffentlichte und jetzt als Nachdruck erschienene Roman „Schlesische Geschichten. Das sterbende Dorf“. Herausgeber ist L. Alexander Metz aus Cham als Inhaber der Rechte an den Büchern des ungemein produktiven Schriftstellers, der sich selbst „Ewger Seeliger“ oder auch „Ewger Seeliger Menschheit“ nannte. Heute ist sein Name noch wegen der Verfilmungen seines Romans „Peter Voß, der Millionendieb“ aus den 1950er Jahren und wegen seines in den 1980er Jahren wiederentdeckten Werkes „Handbuch des Schwindels“ in Erinnerung. Letzteres erschien 1922 und brachte Seeliger erhebliche Unannehmlichkeiten ein.

Der kritische Sarkasmus dieser Publikation steht hinsichtlich Form und Inhalt in seltsamem Gegensatz zur konventionellen Unterhaltungsliteratur wie dem vorliegenden Roman, der sich durch erheiternde und glaubhafte Schilderungen des Alltagslebens im kleinstädtischen und dörflichen Milieu auszeichnet. Kernthema ist der Widerstand einiger Bauern gegen die Eingemeindung ihres Dorfes in die fiktive Kreisstadt Breugnitz vor dem Hintergrund der voranschreitenden Industrialisierung. Dagmar Jestrzemski



Ewald Gerhard Seeliger: „Schlesische Geschichten. Das sterbende Dorf“, Books on Demand, Norderstedt 2024, broschiert, 270 Seiten, 12,99 Euro

MUSIK

Von der Musik gerettet, nach dem Krieg verurteilt

Zur Geschichte der Philharmonie des Generalgouvernements in Krakau (1940–1945)

VON JOLANTA LADA-ZIELKE

Lange wurde über die Existenz der Philharmonie des Generalgouvernements in Krakau nicht gesprochen. Der Gründer dieser Institution war nämlich Hans Frank, der Kriegsverbrecher, der zugleich ein großer Kunst- und Musikliebhaber war.

Nach der Besetzung Polens durch die Wehrmacht im September 1939 und der Bildung des Generalgouvernements mit der Hauptstadt Krakau übernahm Frank das Amt des Generalgouverneurs. Hier errichtete er nicht nur eine brutale Besatzungsherrschaft, hier beschloss er auch, sich einen langen persönlichen Traum zu erfüllen: die Gründung eines philharmonischen Orchesters, welches das Beste im Dritten Reich werden sollte.

Der Lebenstraum eines Kriegsverbrechers

Die Philharmonie des Generalgouvernements – kurz: GG-Orchester – war das einzige Ensemble im besetzten Polen, das ausschließlich aus polnischen Musikern bestand. Nach dem Krieg und dem Ende der deutschen Besatzung wurden diese jedoch vom kommunistischen Polen verfolgt. Selbst ihre vormaligen Kollegen, die weniger Glück hatten und während der Besatzung körperlich arbeiten mussten, behandelten die ehemaligen Mitglieder des GG-Orchesters abweisend. Auch heute wird in Polen stark darüber diskutiert, ob die Mitglieder des Orchesters Opfer oder Kollaborateure des NS-Regimes waren.

Vor dem Zweiten Weltkrieg gab es in Krakau einige kleine symphonische Ensembles, aber keine Philharmonie im eigentlichen Sinne. Erst im Juli 1940 gründete Frank hier die Philharmonie des Generalgouvernements als eine offizielle musikalische Institution. Dazu gehörten 93 der besten polnischen Musiker aus Warschau, Posen, Kattowitz, Lemberg, Tarnów und Krakau. Nur der Konzertmeister, der 21-jährige Fritz Sonnleitner aus München war Deutscher. Der erste künstlerische Leiter der GG-Philharmonie wurde Hans Rohr und der zweite Dirigent Rudolf Erb, der zwei Jahre später einen philharmonischen Chor gründete. In anderen Krakauer Kultureinrichtungen – wie der Oper, dem Ballett und später dem SS- und Polizeitheater – arbeiteten fast nur Deutsche als Künstler.

Polnische Musiker kamen aus verschiedenen Gründen in die GG-Philharmonie: einige, um der KZ-Deportation oder der Zwangsarbeit, zum Beispiel im Baudienst, zu entgehen. Andere wurden von den Besatzern dazu gezwungen, wie die Harfenspielerin Helena Rostkowska-Smoczyn, die von Warschau nach Krakau ziehen musste. Man gab ihr eine Wahl: Krakau oder Auschwitz. Ihre Entscheidung für Krakau hat sich nicht nur für sie ausgezahlt. Später holte Rohr die Mitglieder ihrer Familie aus Auschwitz und aus dem Gefängnis heraus.

Konzertkarten günstiger als Zucker

Das Eröffnungskonzert des GG-Orchesters fand am 14. Oktober 1940 im Gebäude der „Urania“ statt, das auch heute noch Sitz der Krakauer Philharmonie ist. Auf dem Programm standen Werke von Bach, Beethoven und Brahms. In der lokalen „Krakauer Zeitung“ erschien eine enthusiastische Rezension, in der man den stürmischen Beifall des Publikums hervorhob. In den fünf Jahren der Besatzung gab die Philharmonie insgesamt 210 Konzerte in Krakau und anderen Städten des Generalgouvernements. Das Ensemble trat zunächst für das deutsche



Jüngstes Mitglied der Philharmonie des Generalgouvernements in Krakau: Elżbieta Wysocka, die in der zweiten Geige zusammen mit ihrem Vater Kazimierz (re.) spielte
Foto: Blog „Deutsches Krakau 1939-1945“ (wordpress.com)

Publikum auf, und dann wiederholte es das gleiche Programm für die Polen.

Die Eintrittspreise zu den Philharmonischen Konzerten lagen zwischen 2,30 und 10,30 Złoty inklusive Garderobe. Zum Vergleich: Während des Krieges kostete ein Kilo Roggenbrot fünf Złoty, ein Liter Milch 1,5 Złoty, ein Kilo Rindfleisch acht bis zehn Złoty. Am teuersten war der Zucker, ein Kilogramm kostete zwischen 18 und 20 Złoty. Die Orchestermitglieder verdienten 500 Złoty und der Konzertmeister 680 Złoty im Monat. In der Philharmonie gab es eine Kantine, in der die Musiker zu Mittag essen konnten. Sie bekamen Lebensmittelgutscheine, auch für Wodka, den sie gegen Nahrungsmittelprodukte eingetauscht haben.

Erst 2010 haben zwei ehemalige Geiger des GG-Orchesters etwas von dieser Zeit erzählt. Leszek Izmailow (1925–2019), der zweite Konzertmeister seit 1943, kam als 17-Jähriger in das Ensemble: „Im GG-Orchester habe ich weder einen Druck noch eine Demütigung gespürt. Dort herrschten nur Mozart, Beethoven und Haydn. Die Deutschen haben uns mit einem gewissen Respekt behandelt.“ Die jüngste Musikerin des Orchesters war die erst 13-jährige Elżbieta Wysocka, die in der zweiten Geige zusammen mit ihrem Vater Kazimierz spielte.

Eine Insel europäischer Klassik inmitten des Krieges

Das Repertoire des GG-Orchesters bestand hauptsächlich aus Werken deutscher und österreichischer Komponisten: Bach, Beethoven, Brahms, Cornelius, Haydn, Mozart (vor allem im Mozartjahr 1941), Schubert, Schumann, Johann Strauss, Weber und Wagner. Man spielte auch französische, italienische und sogar slawische Stücke von Tschaikowsky und Smetana. Im Jahr 1942 hob man das Verbot der Aufführung der polnischen Komponisten auf, sodass man auch die Musik von Kurpiński, Chopin, Moniuszko und anderen spielen durfte.

Allerdings wollten polnische Solisten nicht, dass ihre Namen auf Plakaten erschienen, um den Verdacht zu vermeiden, dass sie freiwillig mit den Besatzern kollaborierten. Diese Probleme hatten deutsche Solisten, die das Orchester zu Gastauftritten nach Krakau einlud, zum Beispiel die berühmten Wagner-Sänger Marta Fuchs und Julius Patzak, nicht.

Was den polnischen Musikern jedoch am meisten in Erinnerung blieb, war der hervorragende Auftritt des Pianisten Wilhelm Kempff, der im Oktober 1941 Chopins Konzert in f-Moll spielte. „Hans Frank war gerührt von unserem Chopin-Spiel. Er hatte Tränen in den Augen, als er unsere Musik hörte; was ihn jedoch nicht daran hinderte, die Hinrichtungen unserer Landsleute zu befehlen“, so Izmailow später.

Als Hans Rohr seine Familie zu Weihnachten 1941 in Deutschland besuchte, starb er dort unerwartet an einem Herzinfarkt. Kazimierz Wysocki schrieb über ihn einen Artikel für „Ilustrowany Kurier Polski“, in dem er feststellte, dass dieser Dirigent durch die Kunst eine Brücke zwischen den beiden Nationen bauen wollte: „Als Mensch war Dr. Rohr sehr gut. Es gibt kein Mitglied unseres Orchesters, dem er in diesen schwierigen Zeiten nicht geholfen hat, sei es durch seinen Einfluss oder durch direkte finanzielle Unterstützung“. Nach dem Krieg bestraften die kommunistischen Behörden

Wysocki für diesen Nachruf mit einem sechsmonatigen Berufsverbot.

Beethoven wichtiger als Gestapo

Nach dem Tod Rohrs wurde Rudolf Hindemith, Cellist und Dirigent sowie Bruder des Komponisten Paul, neuer künstlerischer Leiter der GG-Philharmonie. Der Überlieferung nach war er nicht so freundlich wie Rohr, konnte wütend werden und schreien, hat allerdings niemanden im Orchester schlecht behandelt. Einmal rettete er sogar einige Orchestermitglieder, die gerade in eine Razzia hingeraten waren und nach Auschwitz deportiert werden sollten. Er holte sie aus der Menge heraus und schrie, dass er wegen der Gestapo nicht proben könne, und dass Beethoven das Allerwichtigste sei. Hindemith forderte auch die Herausgabe zweier jüdischer Musiker aus dem Konzentrationslager Plaszów, wo sie in Steinbrüchen arbeiten mussten. Dank ihm überlebten sie den Krieg.

Ab Herbst 1942 leitete Rudolf Erb den 80-köpfigen Philharmonischen Chor, der



War Leiter der GG-Philharmonie und konnte viele Künstler vor KZ und Zwangsarbeit retten: Dirigent Hans Rohr Foto: Blog „Deutsches Krakau 1939-1945“ (wordpress.com)

im Repertoire Bachs „Magnificat“, Haydns „Die Schöpfung“, Brahms „Requiem“ und Beethovens „Neunte“ hatte. Man stellte doppelt so viele Ausweise für Chormitglieder aus als tatsächlich angestellt waren. So bekamen viele Bedürftige eine fiktive Arbeitskarte. Sie kamen aber nie zu den Proben und niemand wusste, ob sie singen konnten.

1944 begann Rudolf Hindemith gesundheitlich zu schwächeln, und seine Aufgaben übernahm der österreichische Dirigent Hans Swarowsky. Zwar war seine Kandidatur umstritten, weil er angeblich „zu viele jüdische Verbindungen“ habe. Schließlich empfahl ihn Richard Strauss für die Stelle. Swarowsky behandelte die Musiker auf die gleiche Weise wie seine Vorgänger.

Das Ende und die Neuaufstellung einer Krakauer Philharmonie

In der letzten Saison des GG-Orchesters – vom 17. Oktober 1944 bis zum 14. Januar 1945 – fanden 35 Konzerte statt, die meisten davon für polnische Bürger. Im Laufe des Jahres 1944 verließen viele Deutsche Krakau, weil die Ostfront herannahte. Zu Beginn des Jahres 1945 wurde angeordnet, das gesamte Notenmaterial des Orchesters nach Deutschland zu transportieren. Ganze Sätze der Symphonien von Brahms, Beethoven, Bruckner, Schumann und anderen, von dem Wiener Universal, von den deutschen Peters und Breitkopf herausgegeben, sollten dazu in Kisten verpackt werden. Swarowsky schaute aufgrund einer gewissen Vermutung in eine der Kisten tiefer hinein und sah, dass dort ganz oben eine Stimme der ersten Geige lag – und darunter nur Zeitungen. Er lächelte nur in sich hinein und dachte: „Na dann, habt ihr ja nach dem Krieg etwas zum Spielen.“

Sein letztes Konzert in Krakau dirigierte Swarowsky mit der „Neunten“ Beethovens am 9. Januar 1945 für die Deutschen und am 14. Januar für die Polen. Dann packte er seine Sachen und verließ die Stadt für immer. Vier Tage später tauchte die Rote Armee in Krakau auf.

Am 3. Februar fand das erste Konzert in der neugegründeten Krakauer Philharmonie statt, die man von nun an für die erste und einzige richtige halten sollte. Einige Musiker des ehemaligen GG-Orchesters durften dort nicht spielen. Die anderen stellte man vor eine Verifizierungskommission. Izmailow wurde gefragt: „Haben Sie in diesem deutschen Orchester gespielt?“, „Ja“, antwortete er. „Haben sie das genossen?“ – „Ja.“ Und das war alles. Elżbieta Wysocka versuchte, die Dirigenten der GG-Philharmonie zu verteidigen: „Es waren keine schlechten Deutschen, sondern wunderbare Musiker! Es war mir eine große Freude, in diesem Ensemble zu spielen“. Dann gab die Kommission ihr Urteil schriftlich ab: „Aufgrund ihrer Minderjährigkeit erteilen wir unserer Kollegin nur einen strengen Verweis“.

Einen Verweis konnte man ebenso dafür bekommen, wenn man dem Gouverneur Frank die Hand schüttelte, wenn dieser einem polnischen Künstler gratulieren wollte. Die härteste Strafe war ein dreimonatiges Berufsverbot.

Izmailow und Wysocka hielten hingegen ihre Mitwirkung an dem Orchester für keine Kollaboration mit den Deutschen: „Dies war eine rein künstlerische Institution. Außerdem wollten alle leben und den Krieg überleben.“

● Jolanta Łada-Zielke ist freie Journalistin mit dem Schwerpunkt auf kulturelle Themen. Sie schreibt unter anderem für „klassik-begeistert.de“.

● AUFGESCHNAPPT

Ob durch „Anwohnerparken“ und gezielte Parkraumverknappung in den Innenstädten oder durch höhere Spritsteuern: Die Politik will den Deutschen das Autofahren vermiesen und möchte sie damit drängen, in die öffentlichen Verkehrsmittel umzusteigen. Gleichzeitig hat man die Bahn aber verrotten lassen und geht nun auch dem übrigen Nahverkehr ans Eingemachte. Die schwarz-grüne Landesregierung von Schleswig-Holstein hat angekündigt, dass die Zuwendungen an die Landkreise für den öffentlichen Busverkehr ab kommendem Jahr eingefroren werden. Praktisch heißt dies, dass die Zahlungen infolge der Inflation ab 2025 immer weiter sinken werden. Den Kreisen bleibt dann nur, die Preise spürbar zu erhöhen oder Busverbindungen zu reduzieren. In der Praxis dürfte es auf eine Mischung aus beidem hinauslaufen. In der Debatte ums „Deutschlandticket“ läuft es ohnehin auf eine baldige Preiserhöhung hinaus. So konterkariert die Politik ihre großspurig angekündigte „Verkehrswende“ selbst. Leidtragender ist der Bürger. *H.H.*



● STIMMEN ZUR ZEIT

Der FDP-Politiker und Jurist Wolfgang Kubicki erklärt das Verbot des Magazins „Compact“ für rechtlich äußerst problematisch. Auf „X“ (16. Juli) schreibt er:

„Das Vereinsrecht kann nicht als Hilfskonstruktion zum Verbot von Medien dienen. Der Satz von Nancy Faeser: ‚Ich habe heute das rechtsextremistische ‚Compact-Magazin‘ verboten‘, ist daher problematisch. Denn das Vereinsrecht ermöglicht das Verbot von Vereinigungen und nicht von Medien. Die Äußerung der Innenministerin könnte den Verdacht aufkommen lassen, dass das Verbot der hinter ‚Compact‘ stehenden GmbH vorgeschoben ist. Das Ziel scheint hier ausdrücklich das Magazin und nicht die Gesellschaft.“

Rainer Bonhorst, früherer Korrespondent der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ (WAZ) in London und Washington, empfiehlt auf „Achgut.de“ (16. Juli) einen pragmatischen Umgang mit dem Mann, der im November wieder zum Präsidenten der USA gewählt werden dürfte:

„Er ist im Stil kein angenehmer Gesprächspartner. Von Manieren keine Spur. Aber er ist kein Kriegstreiber. Im Gegenteil. Und seine robuste Art macht auch beim Gegner Eindruck, was durchaus von Vorteil sein kann. Die NATO ist klugerweise schon dabei, sich „trumpfest“ zu machen. So dass der künftige Präsident für seine Verachtung weniger Anlass sehen dürfte. Im Übrigen war Trump nicht der einzige, ja nicht einmal der Erste, der die NATO für hirtot erklärt hat. Sie ist wieder auferstanden.“

Joachim Weimann, Wirtschaftsprofessor an der Universität Magdeburg, macht in der Sendung „Schuler, sagen, was ist!“ bei „Nius.de“ (11. Juli) eine düstere Prognose zum Ausgang der deutschen „Energiewende“:

„Diese Energiewende wird so unglaublich teuer, bis relativ bald der Punkt erreicht wird, an dem wir das schlicht und ergreifend nicht mehr stemmen können ... Die ganzen Versuche, jetzt die Schuldenbremse zu schleifen, sind für mich nichts anderes als der Versuch, diesen Punkt, an dem die normative Kraft des Faktischen zu greifen beginnt, weiter hinauszuzögern.“

Im Gespräch mit „telepolis.de“ (10. Juli) kommentiert Martin Sonneborn, EU-Abgeordneter der Satire-Partei „Die Partei“, die sich abzeichnende Wiederwahl von Ursula von der Leyen (CDU) zur EU-Kommissionspräsidentin:

„Deren desaströse Bilanz, die verschwundenen 35-Milliarden-SMS, der Pfizer-Skandal irritieren offenbar niemanden. Die Kommissare sollen die Besten aus 450 Millionen Europäern sein, vorbildhaft in ihrem Verhalten, nicht irgendwelche moralisch fragwürdigen Subjekte, die sich benehmen wie Amtsträger in Südkalabrien oder auf dem Balkan.“

● WORT DER WOCHE

„Trump ... muss sich nun erstmals nicht mehr als Opfer inszenieren – er kann diesen Status tatsächlich für sich beanspruchen.“

Maximilian Lutz resümiert in der „Tagespost“ vom 14. Juli die propagandistischen Folgen des Attentats auf Donald Trump

DER WOCHENRÜCKBLICK

Der „Republikaner“

Wie unterschiedlich Attentate eingeordnet werden, und wie Habeck uns allen entrückt ist

VON HANS HECKEL

Kennen Sie das noch? „Das hat nichts mit dem Islam zu tun“, belehrte man uns jahrelang, wenn wieder einmal ein fanatisierter Moslem mit direktem Bezug auf seine Religion einen Anschlag verübt hatte. Der Kerl war dann als „Einzelfall“ zu werten, der aus einer Geistesstörung heraus gehandelt habe oder weil er sich sozial deklariert fühlte. Aber natürlich nicht aus religiösen Motiven. Wer anderes vermutete, der musste sich vorhalten lassen, die „Tat auszuschlachten“ für „islamfeindliche Hetze“.

Wie Ihnen allerdings aufgefallen ist, zieht diese Züchtigung der öffentlichen Interpretation radikal-islamischer Terrorakte nicht mehr. Schlimmer noch verkümmerte „Das hat nichts mit dem Islam zu tun“ zum kabarettreifen Schenkelklopfer, zur ironischen Pointe: Wer das heute noch sagt, meint in Wahrheit genau das Gegenteil und verlacht durch das Zitat nur die politischen und medialen Retuscheure der Wirklichkeit.

Linksextreme Gewaltakte erfreuen sich feinsten „Differenzierung“ oder werden sogar ob ihres angeblich „achtenswerten Motiv(s)“ noch vergoldet. So vor gut einem Jahr der Richter beim Urteilsspruch gegen die links-extreme „Hammerbande“, die Neonazis mit maßloser Gewalt überfiel.

Ganz anders verhält es sich, wenn eine möglicherweise politisch motivierte Gewalttat dem rechten Spektrum zugeordnet werden kann. Dann wird der ganz große Bogen gespannt und der Vorwurf der moralischen Mitverantwortung so weit wie möglich ins gesamte Lager rechts der Mitte geschleudert.

So geschehen beim Massenmord von Hanau, wo ein offensichtlich Geistesgestörter etliche Menschen mit ausländischen Wurzeln ermordete und schließlich seine eigene Mutter, bevor er sich selbst erschoss. Das war durch und durch politisch zu werten, die psychischen Defekte des Täters mussten weit in den Hintergrund treten. Bundespräsident Steinmeier brachte es fertig, beim jüngsten Gedenken an die Mordtat den Namen der Mutter des Täters ganz unter den Tisch fallen zu lassen, vermutlich weil der Mord an ihr nicht in die Erzählung von der durch und durch politisch gemeinten Tat passte.

Nach diesen Erfahrungen war abzusehen, wie der Trump-Attentäter eingeordnet werden würde: Ein Außenseiter, der sich eigent-

lich nie politisch geäußert habe und oben-drein selbst „Republikaner“ sei – Letzteres ist eine besonders wirkungsvolle Nebelkerze, die allerdings nur auf dem deutschen oder europäischen Markt zündet.

Wahr ist, dass sich Thomas Matthew Crooks in die Wahlliste der Trump-Partei eingetragen hat. Auf die Weise erlangen US-Bürger die Befugnis, bei den Vorwahlen innerhalb einer Partei über deren Präsidentschaftskandidaten mit abzustimmen. Sie können das einfach machen, die Partei hat da gar nichts zu sagen.

Ein dezidiert linker US-Ami hat dem Verfasser dieser Zeilen vor Jahren erzählt, dass er sich immer bei den Republikanern eintragen lasse, um dort für einen denkbar schwachen Kandidaten zu stimmen, damit der dann bei den Präsidentschaftswahlen gegen den demokratischen Konkurrenten verliere. Ob Crooks auch so kalkuliert hat? Seine einzig dokumentierte politische Tat war eine kleine Geldspende an eine Kampagnen-Organisation der Demokraten.

Wie dem auch sei: Hätte das widerliche Attentat einem demokratischen, also eher linken Kandidaten gegolten, hätten Medien und Politik gewiss sehr viel mehr Kampagnenhörigkeit aus der Sache gezogen. So ging es ihnen nur darum, im großen Wischi und Waschi der „unklaren Motive“ die Tat so unpolitisch wie irgend möglich erscheinen zu lassen.

Die „Sinnfrage“ hat sich erledigt

Das wird allerdings nichts ändern. Das Bild ist überwältigend: Trump, umringt von nervösen Sicherheitsleuten und regelrecht gekrönt vom Sternenbanner, mit blutverschmiertem Gesicht und fest entschlossener Miene, streckt die Faust zum Kampf in den Himmel. Wie soll man dagegen noch Wahlkampf machen? Bidens Demokraten können ihre Sachen packen. Es ist gelaufen.

Den Schrecken in Berlin kann man sich ausmalen. Wenn die Ampel tatsächlich bis Herbst 2025 beisammen bleibt, wird sie sich wohl oder übel noch für einige Zeit arrangieren müssen mit der transatlantischen Urgewalt, die man hasst wie kaum etwas anderes auf der Welt. Wer gern lacht, darf den ersten öffentlichen Auftritt von Annalena Baerbock mit dem neuen, von Trump eingesetzten US-Außenminister auf keinen Fall verpassen. Nicht allein ihre Worte, auch Baerbocks Mimik und Gestik bei dem Anlass dürften gute Unterhaltung bieten.

Die Sache mit den Wahllisten: Eine Nebelkerze, die nur in Deutschland und Europa zündet



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de